

Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ 2005

des Landes Sachsen-Anhalt



SACHSEN-ANHALT

Inhaltsverzeichnis

0.	Zusammenfassung	1
I.	Gegenstand des Fortschrittsberichtes	1
II.	Ökonomische, soziale und demografische Entwicklung in Sachsen-Anhalt	3
II.1	Wirtschaftliche Entwicklung	3
II.2	Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit	7
II.3	Demografische Entwicklung	9
II.4	Zusammenfassende Bewertung der Konvergenzfortschritte und der Rahmenbedingungen in Sachsen-Anhalt	12
III.	Finanzwirtschaftliche Entwicklung des Landeshaushaltes und der Kommunalhaushalte einschließlich der Begrenzung der Neuverschuldung	14
III.1.	Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen auf der Landesebene.....	14
III.1.1	Ausgaben	14
III.1.2	Einnahmen	23
III.1.3	Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Neuverschuldung auf Landesebene in Sachsen-Anhalt.....	26
III.2	Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in Sachsen-Anhalt auf der kommunalen Ebene	31
III.2.1	Ausgaben	31
III.2.2	Einnahmen	36
III.2.3	Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Neuverschuldung der kommunalen Ebene in Sachsen-Anhalt	40
III.3	Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen im Land Sachsen-Anhalt.....	42
III.3.1	Ausgaben im Land Sachsen-Anhalt insgesamt	42
III.3.2	Einnahmen im Land Sachsen-Anhalt insgesamt	45
III.3.3	Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Entwicklung der Neuverschuldung im Land Sachsen-Anhalt insgesamt	48
III.4	Zusammenfassende Bewertung der finanzwirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen-Anhalt.....	49
IV.	Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen im Berichtsjahr 2005 in Sachsen-Anhalt	50
IV.1	Der investive Einsatz der SOBEZ.....	51
IV.2	Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK)	52
IV.3	Zusammenfassende Verwendungsrechnung der SOBEZ.....	53

V.	Maßnahmen zur Schließung der Infrastrukturlücke in Sachsen-Anhalt im	
	Berichtszeitraum	56
V.1	Zur Ausgangssituation: Höhe und Struktur der Infrastrukturlücke	56
V.2	Infrastrukturinvestitionen des Landes Sachsen-Anhalt 2005	58
V.3	Beiträge zur Schließung der Infrastrukturlücke in Sachsen-Anhalt	61
VI.	Leistungen des Bundes an das Land Sachsen-Anhalt.....	66
VII.	Ausblick.....	71

0. Zusammenfassung

Entsprechend den Vereinbarungen im Solidarpakt II erhalten die Länder Mittel in Form von Bundesergänzungszuweisungen zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten sowie zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft (SOBEZ) und übernehmen die politische Verantwortung für den Erfolg der Mittelverwendung. Die neuen Länder einschließlich Berlin legen dem Finanzplanungsrat dazu jährlich „Fortschrittsberichte Aufbau Ost“ vor, in denen ihre Fortschritte bei der Schließung der Infrastrukturlücke, die Verwendung der Solidarpaktmittel und die finanzwirtschaftliche Entwicklung der Länder und Kommunalhaushalte einschließlich der Begrenzung der Nettoneuverschuldung dargelegt sind. Die Fortschrittsberichte werden zusammen mit einer Stellungnahme der Bundesregierung im Finanzplanungsrat erörtert. Mit dem vorliegenden Bericht erfüllt das Land Sachsen-Anhalt seine Verpflichtung im Rahmen des Solidarpaktfortführungsgesetzes und legt den Fortschrittsbericht für das Jahr 2005 vor.

Der Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ 2005 des Landes Sachsen-Anhalt dokumentiert erneut die Konvergenzerfolge, die Sachsen-Anhalt auch durch die Hilfe der Solidarpakt-Mittel erfahren hat. Trotz der schwachen Wirtschaftsdynamik in Deutschland, die auch im Jahr 2005 das Hauptproblem beim Aufbau Ost darstellte, konnte sich Sachsen-Anhalt bei zentralen volkswirtschaftlichen Indikatoren verbessern (s. Abschnitt II des Berichts).

Besonders schwierige Ausgangslage

Die Ausgangslage nach der Wende war in Sachsen-Anhalt besonders schwierig. Der Zusammenbruch der Monostrukturen in der chemischen Industrie, im Maschinenbau und Bergbau führte zum Verlust hunderttausender Industriearbeitsplätze und die schnelle Privatisierung führte nicht zu den erhofften Effekten auf dem Arbeitsmarkt. In vielen Fällen wurde eine Zweitprivatisierung notwendig. Insgesamt war der Systemwechsel 1989/90 in Sachsen-Anhalt mit besonderen Härten und hohen finanziellen Belastungen für das Land verbunden, die so von keinem anderen neuen Bundesland zu schultern waren. Diese Härten wirken bis heute nach und sind eine wesentliche Ursache für die nach wie vor viel zu hohe Arbeitslosigkeit, die etwa doppelt so hoch ist wie in Westdeutschland. Zu nennen sind aber auch die immer noch zu hohen Personalbestände sowie die teilungsbedingten Lasten für die Zusatz- und Sonderversorgung der DDR (jährlich rd. 400 Mio. Euro). Weiterhin resultieren aus der demografischen Entwicklung sowohl ein relativer Einnahmerückgang (Steuern und Finanzausgleich) als auch erhöhte Pro-Kopf-Ausgaben auf Landes- und Kommunal-ebene.

Sachsen-Anhalt holt wirtschaftlich auf

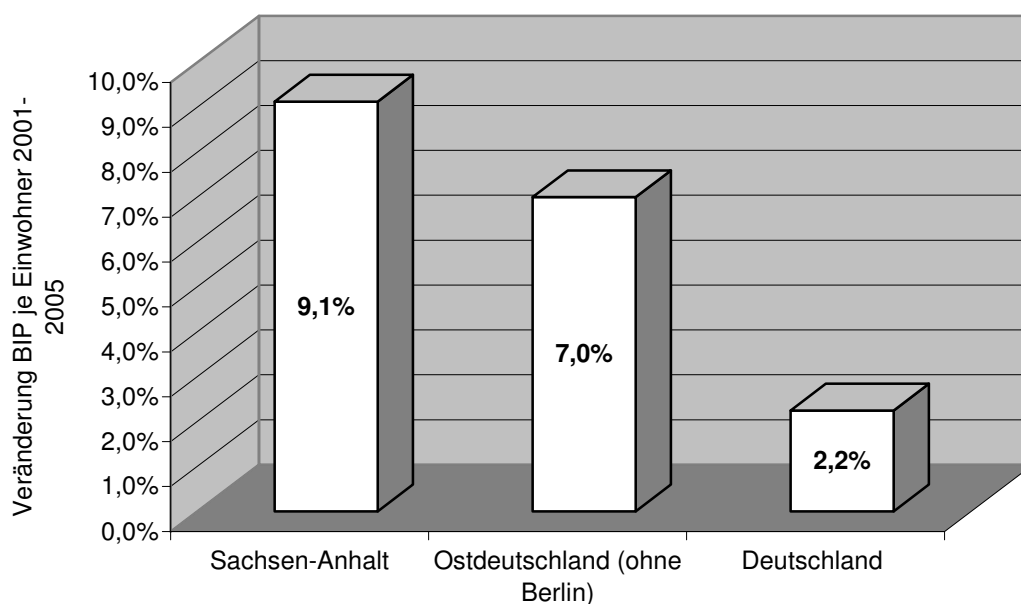
Trotz der besonders schwierigen Ausgangslage entwickelte sich Sachsen-Anhalt in den vergangenen Jahren dynamisch. Die volkswirtschaftlichen Indikatoren zeigen an, dass sich das Land im ostdeutschen Vergleich überdurchschnittlich entwickelt hat:

Im Vergleich des Jahres 2005 gegenüber 2001 hatte **Sachsen-Anhalt**

- das **zweitstärkste Wachstum beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Deutschland** (+ 9,1 vH),
- die **höchsten Produktivitätsgewinne bundesweit** (+ 10,8 vH),
- das **höchste Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe** (+27,9 vH),
- sowie 2005 die **günstigsten Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe bundesweit**.

Im Ergebnis der bisherigen Entwicklung Sachsen-Anhalts **hat sich der noch bestehende wirtschaftliche Rückstand gegenüber dem Bundesdurchschnitt weiter verringert, und zwar stärker als im Durchschnitt der neuen Länder**. Der Wachstumsvorsprung gegenüber dem Bundesdurchschnitt betrug zwischen 2001 und 2005 durchschnittlich 1,65 Prozentpunkte pro Jahr. Zur langfristigen Fortsetzung dieses Prozesses leisten die Solidarpaktmittel einen unverzichtbaren Beitrag, wie die bereits erreichten Erfolge bei Wachstum, Produktivität, Beschäftigung und Rückführung des Verbrauchsüberhangs auf eindrucksvolle Weise belegen.

Abbildung 0.1: Überdurchschnittliches Wachstum in Sachsen-Anhalt 2001-2005

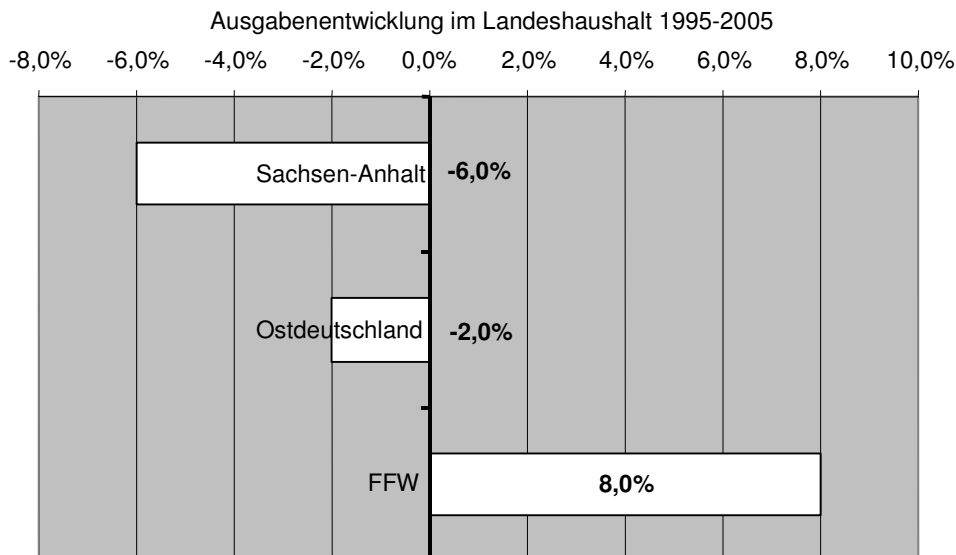


Konsolidierungsziele werden mit hoher Priorität verfolgt

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes wird die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weiter mit hoher Priorität verfolgt. Land und Kommunen haben gerade in den letzten Jahren erhebliche Beiträge zur Ausgabenreduzierung und damit zur Begrenzung des Schuldenwachstums im Land geleistet. **So wurde im Jahr 2005 gegenüber dem Ausgangsjahr 1995 des Solidarpakts eine nominale Ausgabenreduzierung um etwa 6 vH - ohne Fluthilfe - erreicht, während in den FFW im gleichen Zeitraum ein Anstieg um etwa 8 vH zu verzeichnen war.** Damit wurde belegt, dass das Land und seine Kommunen in den vergangenen Jahren die Entwicklung der Gesamtausgaben deutlich unterhalb der westdeutschen Vergleichswerte gehalten haben (s. Abschnitt III).

Dazu hat beigetragen, dass das Land und seine Kommunen in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um die Personalbestände zu reduzieren. Im Landeshaushalt sind insbesondere durch die Stellenrückführungen - bisher im Durchschnitt ca. 2000 Stellen jährlich - bereits Erfolge zu verzeichnen. Auch die vorgenommenen Eingriffe in Leistungsgesetze des Landes haben Konsolidierungsbeiträge erbracht.

Abbildung 0.2: Konsequente Haushaltskonsolidierung in Sachsen-Anhalt, Ausgabenentwicklung im Landeshaushalt 1995-2005



Der Bericht zeigt weiterhin, dass **das Land bei den gegenwärtigen durch einen hohen Anteil bundesgesetzlicher Verpflichtungen bestehenden Ausgabenstrukturen nicht in der Lage wäre, Investitionen ohne Solidarpakttransfers überhaupt durchzuführen. Damit sind die empfangenen SOBEZ die grundlegende Voraussetzung für die weitere Schließung der Infrastrukturlücke.** Darüber hinaus wird eine nachhaltige Konsolidierung auf der Landes- und Kommunalebene mittelfristig zur Verbesserung der Haushaltsstruktur

beitragen. Die Landesregierung hat die Absicht, ab 2010 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Damit werden neue Spielräume für künftig wichtige Zukunftsinvestitionen geschaffen und langfristig die Transferabhängigkeit Sachsen-Anhalts weiter reduziert.

Um das gesteckte Konsolidierungsziel zu erreichen, wird die Landesregierung mit der Haushaltsaufstellung 2008/2009 in eine umfassende strategische Diskussion hinsichtlich der künftig notwendigen und finanzierbaren Struktur des Haushaltes eintreten. Mit dem Nachtragshaushalt 2006 und dem Haushaltsplanentwurf 2007 und der Mittelfristigen Finanzplanung 2006 bis 2010 wurde hierzu nur der Auftakt geleistet. Gleichwohl wurde bereits 2007 eine Reduzierung der Neuverschuldung gegenüber 2005 um fast die Hälfte erreicht. In den kommenden Monaten werden eine umfassende Diskussion und Bewertung aller Politikfelder und ein neues Personalentwicklungskonzept die Grundlagen für die weitere Konsolidierung schaffen. Die kurz- und mittelfristige Umsetzung der Gebiets- und Funktionalreform, die Umstellung derzeit überproportionaler EU-Fördermittel auf revolvingende Fonds zur Sicherung einer langfristigen Förderung und die konsequente Anpassung einwohnerabhängiger Ausgaben an die zurückgehende Bevölkerungszahl sowie die Fortsetzung der Verwaltungsreform sind nur einige der geplanten Maßnahmen.

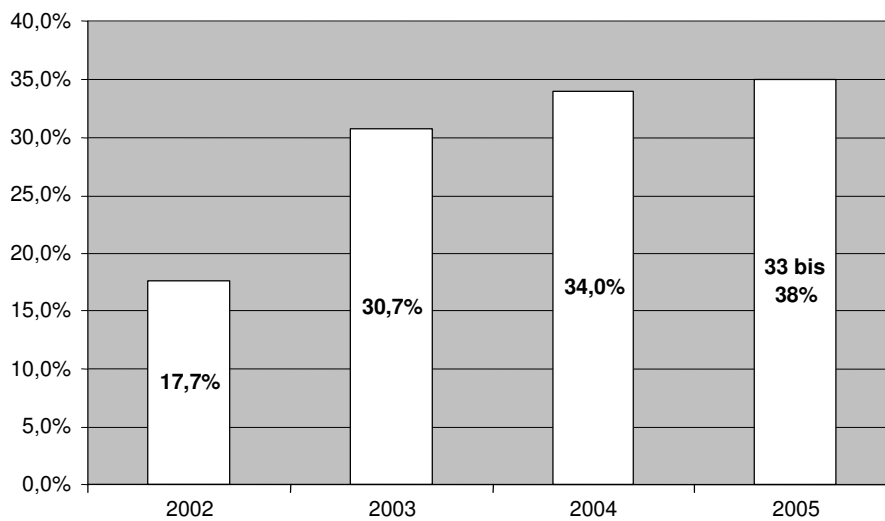
Es ist jedoch festzustellen, dass den fiskalischen Erfolgen teilweise zunächst volkswirtschaftliche Kosten gegenüberstehen, da sie kurzfristig zu einer Verminderung von Wirtschaftsleistung und Beschäftigung führen. Die positiven langfristigen Wirkungen der Konsolidierungspolitik Sachsen-Anhalts werden daher erst mittel- bis langfristig einsetzen. Dies ist ein Grund dafür, dass die Schließung der noch bestehenden Infrastrukturlücke trotz bereits erzielter Fortschritte ein längerfristiger Prozess bleibt.

SOBEZ-Verwendungsnachweis 2005

Zum vorgelegten Verwendungsnachweis für die empfangenen SOBEZ 2005 lässt sich Folgendes feststellen (s. auch Abschnitt IV bzw. Tabelle IV.3.1 des Berichts):

- **Unter Zugrundelegung des vereinbarten Berechnungsschemas ergibt sich ein Nachweis von rd. 33-38 vH der SOBEZ und damit im Bereich der *investiven* Verwendung eine kontinuierliche Steigerung seit 2002.**

Abbildung 0.3: Kontinuierliche Verbesserung des Nachweises der Verwendung der empfangenen SoBEZ (ohne teilungsbedingte Sonderlasten) in Sachsen-Anhalt



Mit der Umsetzung der geplanten Rückführung der Neuverschuldung auf Null bis zum Jahr 2010 wird eine weitere Verbesserung des Verwendungsnachweises einsetzen.

- Auf der Ausgabenseite sind die Investitionsausgaben in Sachsen-Anhalt 2005 gegenüber 2001 - bedingt durch die anhaltenden Konsolidierungserfordernisse - zurückgegangen. Gleichzeitig konnte ein Anstieg der aus SOBEZ finanzierten Investitionen nachgewiesen werden, der somit ausschließlich auf den erreichten Rückgang der Neuverschuldung zurückgeht. In diesem Zusammenhang wird auch die Einschätzung des Bundes in seiner Finanzplanung 2005-2009 verwiesen, nach der

„... die Einordnung einer Ausgabe als Investition nicht unbedingt gleichbedeutend mit ihrer höheren Qualität gegenüber konsumtiven Ausgaben ist; die Höhe der Investitionen in absoluten Zahlen oder als Quote der Gesamtausgaben ist kein zuverlässiger Indikator hinsichtlich der Qualität der Haushaltsstruktur. Dies zeigt ein Blick auf die Bereiche Forschung und Bildung, Kinder oder Umwelt, bei denen auch viele im haushaltsrechtlichen Sinne „konsumtive“ Ausgaben tatsächlich „Investitionen in die Zukunft“ bedeuten.“

- Das Land muss weiterhin in signifikantem Umfang **Aufwendungen für weitere teilungsbedingte Lasten**, so allein Aufwendungen für die Zusatz- und Sonderversorgung der DDR (sog. AAÜG-Zahlungen) leisten, die sich rechnerisch auf fast ein Viertel der empfangenen SOBEZ belaufen. Dieser Anteil wird durch die nicht quantifizierten Aufwendungen, wie z.B. zur Beseitigung von Altlasten und für die aktive Arbeitsmarktpoli-

tik, noch erhöht. Nach der geänderten Rechtslage des Solidarpakts II sind die Ausgaben für die teilungsbedingten Sonderlasten außerhalb von Infrastrukturausgaben nicht mehr auf die SOBEZ-Verwendung anrechenbar. Daher reduziert sich ab 2005 die Verwendungsquote, ebenso wie durch die verminderte Anrechenbarkeit der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK) aufgrund der Neuausrichtung des Länderfinanzausgleichs (LFA).

- **Ein wesentliches Ergebnis des Berichts ist die Feststellung, dass die neuen Länder – und somit auch Sachsen-Anhalt – ohne die SOBEZ nicht in der Lage wären, überhaupt überproportionale Investitionen zu tätigen.** Es müssten dann tiefe und irreversible Einschnitte in jene freiwilligen Leistungen gemacht werden, die zwar nach der Haushaltssystematik als konsumtiv gelten, tatsächlich aber investiven Charakter haben und standortpolitisch von größter Bedeutung sind. Dazu zählt vor allem die Finanzierung der Universitäten, Fachhochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen. Der Zusammenhang zwischen empfangenen SOBEZ und den überproportionalen Investitionen besteht somit unmittelbar.
- **Das Investitionsniveau ist in allen neuen Ländern annähernd gleich. Der vollständige rechnerische Nachweis der SOBEZ-Verwendung gelingt aber nur dem Freistaat Sachsen, da dieser eine weit unterdurchschnittliche Neuverschuldung aufweist. Hier ist noch einmal klar zu stellen, dass nicht fehlende Investitionen für den geringeren Nachweis in den anderen Ländern verantwortlich sind.**

Weiterhin hohe Investitionen in die Infrastruktur

Die Darstellung der Investitionsaktivitäten des Landes und seiner Kommunen (s. Abschnitt V des Berichts) zeigt, dass die Infrastrukturausgaben in den vergangenen Jahren zwar reduziert werden mussten, um Einnahmeausfälle und steigende Ausgaben, wie z. B. bei der Sozialhilfe, zu kompensieren. **Die vorgelegten Indikatoren belegen jedoch, dass Sachsen-Anhalt in den vergangenen Jahren und so auch 2005 doppelt so hohe Infrastrukturinvestitionen geleistet hat wie die Vergleichsländer West.** Dies zeigt den hohen Stellenwert der Infrastrukturinvestitionen, die weiter zum Schließen der Infrastrukturlücke beigetragen haben **und besonders in jene Bereiche gelenkt wurden, in denen hauptsächlich Infrastrukturlücken bestehen.**

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die **Mittel für den Aufbau Ost entscheidend dazu beigetragen haben, dass die Rahmenbedingungen verbessert werden konnten** und sich Sachsen-Anhalt kontinuierlich zu einem attraktiven und erfolgreichen Industrie- und Dienstleistungsstandort entwickelt. Diese gestiegene Wettbewerbsfähigkeit hat zu be-

deutenden Ansiedlungen geführt. In Arneburg im Altmarkkreis wurde die größte Zellstofffabrik Deutschlands in Betrieb genommen und sichert viele Arbeitsplätze, ebenso wird in Arneburg die Feinpapierherstellung ausgeweitet und stellt zusätzlich noch 200 Arbeitsplätze bereit. DELL gewährleistet in Halle/Saale in den nächsten 3 Jahren rd.700 Arbeitsplätze, an den Standorten Gatersleben, Piesteritz, Halle und Wanzleben entwickelt sich die Biodieselproduktion und sichert ca. 200 Arbeitsplätze. Ebenso hat die Solarproduktion einen hohen Stellenwert in der Wirtschaft von Sachsen-Anhalt und wird weiter expandieren, wie auch die Auto-Zulieferindustrie bereits einen hohen Stellenwert einnimmt und Arbeitsplätze sichert.

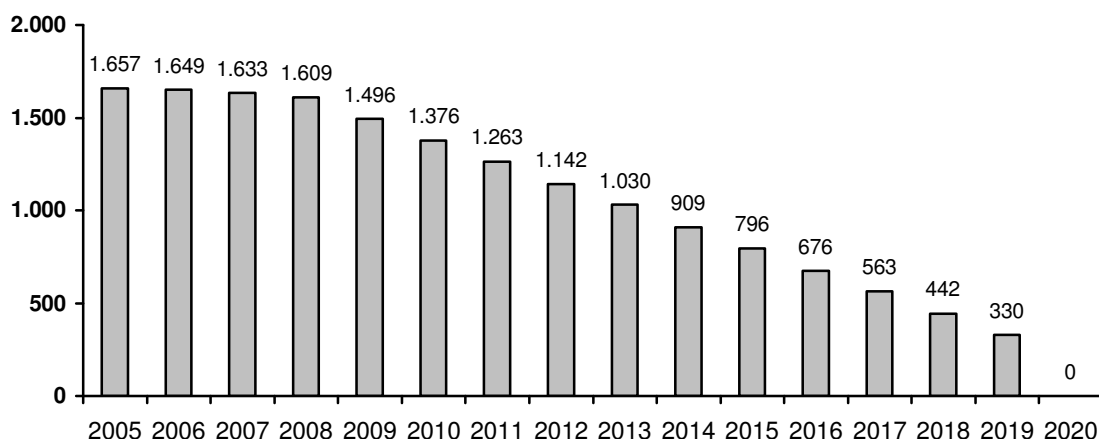
Wie Teil VI des Berichts zeigt, betrug das Gesamtvolumen der überproportionalen aufbau-relevanten Leistungen des Bundes an das Land Sachsen-Anhalt im Jahr 2005 rd. 209 Mio. Euro im Vergleich zum Durchschnitt der alten Länder. Gegenüber dem Jahr des ersten Fortschrittsberichts - 2002 - ist ein Rückgang um etwa ein Drittel zu verzeichnen. **Die Leistungen aus dem „Korb II“ des Solidarpakts II an die neuen Länder insgesamt (einschließlich Investitionszulage und Zuweisungen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung) sind gegenüber dem Jahr 2001 - dem Jahr, in dem der Solidarpakt II geschlossen wurde - um gut 20 vH zurückgegangen. Hier entsteht zunehmend Handlungsbedarf für die Bundesregierung.**

Insgesamt ist festzuhalten, dass der Bericht in vielen Bereichen die begonnenen Anpassungsprozesse in Sachsen-Anhalt aufgezeigt hat, die vom Land und seinen Kommunen im eigenen Interesse konsequent verfolgt werden. Trotz schwieriger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen haben das Land und seine Kommunen mit Hilfe der Solidarpaktmittel den Abbau der Infrastrukturdefizite weiter vorangetrieben und entsprechende Konvergenzfortschritte erreicht. **So hat Sachsen-Anhalt im Zeitraum 2001 bis 2005 seine Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessern und wichtige internationale Ansiedlungserfolge bewirken können. Dies zeigt, dass der Aufbau Ost eine lohnende Zukunftsinvestition für ganz Deutschland ist.**

I. Gegenstand des Fortschrittsberichtes

Der Fortschrittsbericht dokumentiert die Fortschritte des Landes Sachsen-Anhalt beim wirtschaftlichen Aufholprozess und den diesbezüglichen Einsatz der Solidarpaktmittel. Das Land Sachsen-Anhalt hat wie auch die anderen neuen Länder – einschließlich des Landes Berlin – im Rahmen des Solidarpakt I von 1995 bis 2004 Bundesergänzungszuweisungen zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten sowie zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft (SOBEZ) erhalten. Entsprechend dem Solidarpakt II werden ab 2005 SOBEZ zum Ausgleich der teilungsbedingten Sonderlasten aus der bestehenden Infrastrukturlücke und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft weiter bereitgestellt. Dabei wird ab 2006 eine jährliche Degression der Mittelzuweisungen einsetzen, so dass letztmalig im Jahr 2019 eine Zuweisung erfolgt. Die Degression der dem Land Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellten Mittel ist in Abbildung I.1 dargestellt.

Abbildung I.1: Degressive Ausgestaltung Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen in den Jahren 2005 bis 2019 (Mio. Euro)



Neben der Gewährung der SOBEZ hat der Bund zugesagt, in einem Korb II den neuen Ländern weitere 51 Mrd. Euro an überproportionalen Leistungen zur Verfügung zu stellen. Bislang hat der Bund noch keine verbindlichen Aussagen getroffen, wie diese Leistungen im Einzelnen ausgestaltet werden sollen.

Die neuen Länder einschließlich des Landes Berlin legen dem Finanzplanungsrat jährlich „Fortschrittsberichte Aufbau Ost“ vor, in denen die Fortschritte bei der Schließung der Infrastrukturlücke, die Verwendung der Mittel aus dem Solidarpakt II und die finanzwirtschaftliche Entwicklung der Länder und Kommunalhaushalte einschließlich der Begrenzung der Nettoverschuldung dargelegt sind. Die Fortschrittsberichte werden zusammen mit einer Stellungnahme der Bundesregierung im Finanzplanungsrat erörtert.

Mit dem vorliegenden Bericht erfüllt das Land Sachsen-Anhalt seine Verpflichtung im Rahmen des SFG und legt den vom Gesetz geforderten Fortschrittsbericht des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2005 vor.

Methodik

Zur Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen sowie der Fortschritte beim Abbau der noch immer vorhandenen erheblichen infrastrukturellen Defizite orientiert sich die Darstellung an einem gleitenden Fünfjahreszeitraum. Im vorgelegten Bericht werden alle Daten des Landeshaushaltes auf Grundlage des endgültigen Haushaltsabschlusses 2005 ermittelt (Stand 9. März 2006). Dabei wurden die Darstellungen zur Haushaltsentwicklung, insbesondere im Teil III des Berichtes, wie bereits in den Vorjahren um die Einnahmen und Ausgaben des Landes im Zusammenhang mit der Fluthilfe bereinigt. Die unbereinigten Zahlen werden ebenfalls in den Tabellen ausgewiesen.

Als Referenzwert für den Vergleich der Entwicklung Sachsen-Anhalts wird vereinbarungsgemäß der *Pro-Kopf-Durchschnitt der finanzschwachen Westflächenländer (FFW)*, bestehend aus den Ländern Niedersachsen (NI), Rheinland-Pfalz (RP), Schleswig-Holstein (SH) und dem Saarland (SL) herangezogen. Als Referenzzeitraum für die zeitliche Entwicklung wurde ein gleitender Fünfjahreszeitraum vereinbart, in diesem Bericht erfolgen daher die Betrachtungen jeweils für den Zeitraum 2001 bis 2005. Bei der Ermittlung der Pro-Kopf-Zahlen wurde jeweils der Einwohnerstand zum 30. Juni des Jahres zugrunde gelegt.

Für den Verwendungsnachweis der SOBEZ ist der Wegfall der Anrechnungsfähigkeit der teilungsbedingten Lasten außerhalb der Infrastruktur von enormer Bedeutung. Deshalb werden zur besseren Vergleichbarkeit die Werte in neuer Abgrenzung auch rückwirkend bis 2002 dargestellt. Entsprechend der am 12. Juni 2006 erfolgten Abstimmung der Länderfinanzminister mit dem Bundesminister der Finanzen wird ab 2005 erstmalig auch der Bereich der Schuldendiensthilfen (ohne Wohnungsbau) einvernehmlich in den Nachweis einbezogen, da diese für investive Zwecke gewährt werden und lediglich eine andere Form der Förderung darstellen (auch nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost war eine Förderung von Schuldendiensthilfen möglich). Für die Berechnung der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK) wird aufgrund der Neuregelung der Anrechnung im Länderfinanzausgleich nunmehr eine Spanne von 10-15 vH angesetzt. Dies entspricht der Methodik des BMF.

II. Ökonomische, soziale und demografische Entwicklung in Sachsen-Anhalt

II.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Zentraler Indikator der weiteren Konvergenz der neuen Länder ist die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Einwohner. Der Bezug zur Einwohnerzahl wird hier wie auch für andere zentrale Größen für wesentlich gehalten, da die Erwirtschaftung eines Produkts wie auch seine Verwendung unmittelbar an die Anzahl der davon betroffenen Menschen gekoppelt ist.

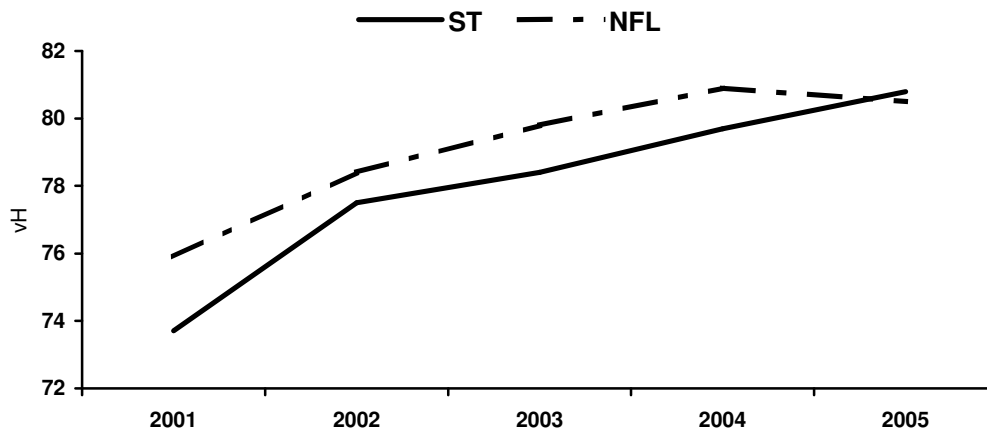
Tabelle II.1.1 zeigt die Entwicklung des realen BIP je Einwohner in den einzelnen Bundesländern und in Deutschland insgesamt im Jahr 2005.

Tabelle II.1.1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner nach Bundesländern im Jahr 2005

	in jeweiligen Preisen			preisbereinigt
	in Euro	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	in vH des bundesdeutschen Durchschnitts	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH
Saarland	26.090	3,9	95,8	3,1
Sachsen-Anhalt	19.376	2,8	71,2	1,9
Baden-Württemberg	30.818	1,9	113,2	1,3
Bremen	36.927	2,2	135,6	1,2
Schleswig-Holstein	24.381	1,0	89,5	1,2
Hamburg	45.992	1,7	168,9	1,1
Bayern	32.408	1,4	119,0	1,1
Thüringen	19.047	0,9	70,0	0,9
Nordrhein-Westfalen	27.080	1,5	99,5	0,8
Niedersachsen	23.534	1,3	86,4	0,8
Hessen	32.454	0,8	119,2	0,7
Rheinland-Pfalz	24.007	1,2	88,2	0,6
Sachsen	20.033	0,6	73,6	0,6
Mecklenburg-Vorp.	18.264	0,2	67,1	0,6
Berlin	23.470	0,0	86,2	-0,3
Brandenburg	18.755	-0,7	68,9	-1,2
Deutschland	27.229	1,4	100,0	0,9

Im Zeitraum von 2001 bis 2005 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner um 9,1 vH und damit hat Sachsen-Anhalt das zweitstärkste Wachstum in Deutschland. Wie Abbildung II.1.1. zeigt, konnte Sachsen-Anhalt einen beachtlichen Konvergenzfortschritt in Relation zu den FFW erzielen. **Betrag des Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Einwohner im Jahr 2001 erst 74 vH des Pro-Kopf-BIP in den FFW, so verbesserte sich dieser Wert bis 2005 auf 81 vH. Keinem anderen ostdeutschen Bundesland gelang ein so großer Anpassungsfortschritt.**

Abbildung II.1.1: Entwicklung des BIP je Einwohner in Sachsen-Anhalt und den NFL in vH des Durchschnittswertes der FFW



Das reale Wachstum in Sachsen-Anhalt - gemessen an der Wachstumsrate der realen Bruttowertschöpfung über alle Wirtschaftsbereiche - war in den vergangenen Jahren im deutlich positiven Bereich, siehe [Tabelle II.1.2](#).

Tabelle II.1.2: Wachstumsrate der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW in vH

	ST		FFW	
	2005/2001	2005/2004	2005/2001	2005/2004
1. alle Wirtschaftsbereiche	5,3	1,0	3,6	1,5
2. Land- und Forstwirtschaft und Fischerei	1,0	- 5,2	4,3	- 5,3
3a. Produzierendes Gewerbe insgesamt	10,6	3,3	2,0	2,5
3b. Produzierendes Gewerbe ohne Bau	22,3	6,1	3,9	3,4
3.1 Verarbeitendes Gewerbe	27,9	8,1	3,3	3,3
3.2 Baugewerbe	-19,2	-6,3	-7,7	-2,6
4. Dienstleistungsbereiche	3,6	0,3	4,2	1,1
4.1 Handel, Gastgewerbe und Verkehr	8,1	2,5	2,7	1,8
4.2 Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	5,9	0,7	6,4	2,0
4.3 Öffentliche und private Dienstleister	-1,0	-1,4	3,0	-0,4

Trotz der stark schrumpfenden Bauwirtschaft war das **reale Wachstum** im gesamten Zeitraum von 2001 bis 2005 sehr hoch gegenüber den **FFW**. Sachsen-Anhalt erzielte im Betrachtungszeitraum ein sehr hohes Wachstum unter allen Bundesländern (4. Stelle nach Bayern, Sachsen und Thüringen). Die sektorale Aufspaltung des realen Wachstums lässt

erkennen, dass sich nur die Bauwirtschaft deutlich negativ entwickelt hat. Aufgrund der Konsolidierungsanstrengungen in Land und Kommunen und dem damit ständig verbundenen Personalabbau schrumpfte allerdings der Bereich „öffentliche und private Dienstleister“ ebenfalls. Im Verarbeitenden Gewerbe, aber auch in den Bereichen Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie im Bereich der Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister war ein sehr hohes Wachstum zu verzeichnen, das deutlich über den Vergleichswerten der finanzschwachen Westflächenländer lag. **Das Verarbeitende Gewerbe Sachsen-Anhalts weist eine beachtliche und weit überdurchschnittliche Wachstumsdynamik auf. Die reale Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes stieg 2005 gegenüber 2001 um 27,9 vH, während sie in den FFW nur um 3,3 vH anstieg. Diese Tatsache ist besonders hervorzuheben, da dem Verarbeitenden Gewerbe für den gesamten weiteren gesamtwirtschaftlichen Konvergenzprozess eine herausragende Rolle zukommt.**

Als unmittelbare Folge des Wachstums bei gleichzeitig moderater Lohnentwicklung hat sich die Produktivität (gemessen als Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) deutlich verbessert. **Bundesweit erzielte Sachsen-Anhalt 2005 gegenüber 2001 mit real +10,8 vH die höchsten Produktivitätsgewinne** und kann auch 2005 mit + 2,9 vH auf den höchsten gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs unter allen Bundesländern verweisen. Im Verarbeitenden Gewerbe hat Sachsen-Anhalt 2005 mit 78 vH des Bundesdurchschnitts **die günstigsten Lohnstückkosten in Deutschland** und erweist sich somit gerade in diesem Wirtschaftsbereich als besonders wettbewerbsfähig.

Der Vergleich der Sektorstruktur in Sachsen-Anhalt und den FFW in der Tabelle II.1.3 zeigt, dass die industrielle Basis in den neuen Ländern zwar immer noch etwas kleiner ist als in den alten Ländern, der Abstand zu den FFW sich jedoch langsam verringert. Während die Zweige „Produzierendes Gewerbe ohne Bau, Handel, Gastgewerbe und Verkehr und Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ noch unter denen der FFW liegen, ist die Bauwirtschaft dagegen in Sachsen-Anhalt trotz des anhaltenden Schrumpfungsprozesses noch deutlich gewichtiger als in den alten Ländern, auch die öffentlichen und privaten Dienstleister liegen mit 4,4 vH über denen der FFW.

Tabelle II.1.3: Wirtschaftsstruktur: Anteil der Bruttowertschöpfung (BWS) 2005 nach Wirtschaftsbereichen in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW in vH

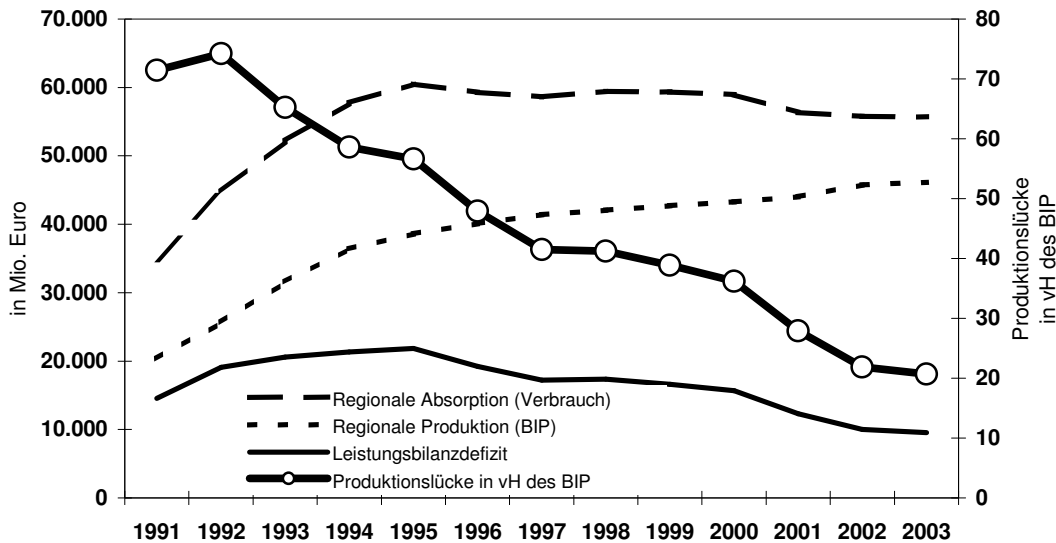
	ST	FFW
1. alle Wirtschaftsbereiche	100,0	100,0
2. Land- und Forstwirtschaft und Fischerei	1,7	1,4
3. Produzierendes Gewerbe ohne Bau	23,0	25,8
4. Baugewerbe	5,5	4,0
5. Handel, Gastgewerbe und Verkehr	20,8	18,8
6. Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	20,7	26,0
7. Öffentliche und private Dienstleister	28,4	24,0

Die Anpassungsfortschritte Sachsen-Anhalts kommen auch in der deutlich rückläufigen Produktionslücke („Leistungsbilanzdefizit“) des Landes zum Ausdruck, siehe [Abbildung II.1.2](#). Sie berechnet sich als die Differenz zwischen dem Verbrauch von Haushalten, Unternehmen und öffentlicher Hand einerseits und dem regionalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) andererseits. Die Produktionslücke in vH des BIP gibt an, um welchen Prozentsatz das Bruttoinlandsprodukt wachsen müsste, damit es dem regionalen Verbrauch gleicht.

Während die Produktionslücke im Jahr 1991 noch 71 vH des BIP betrug, sank sie bis 2003¹ auf 21 vH. Gegenüber 2001 wurde ein Rückgang um 7 vH-Punkte erreicht. Dafür verantwortlich ist zum einen die stetig wachsende Produktion (BIP) und zum anderen der seit 1995 rückläufige regionale Verbrauch. Sachsen-Anhalt deckt seinen Verbrauch somit zunehmend aus der eigenen wirtschaftlichen Leistungskraft. Dazu leisten die Solidarpaktmittel einen ebenso wichtigen Beitrag wie die Erfolge bei Wachstum, Produktivität und Beschäftigung.

¹ aktuellere Zahlen liegen noch nicht vor (Quelle: VGR der Länder)

Abbildung II.1.2: Rückläufige Produktionslücke in Sachsen-Anhalt



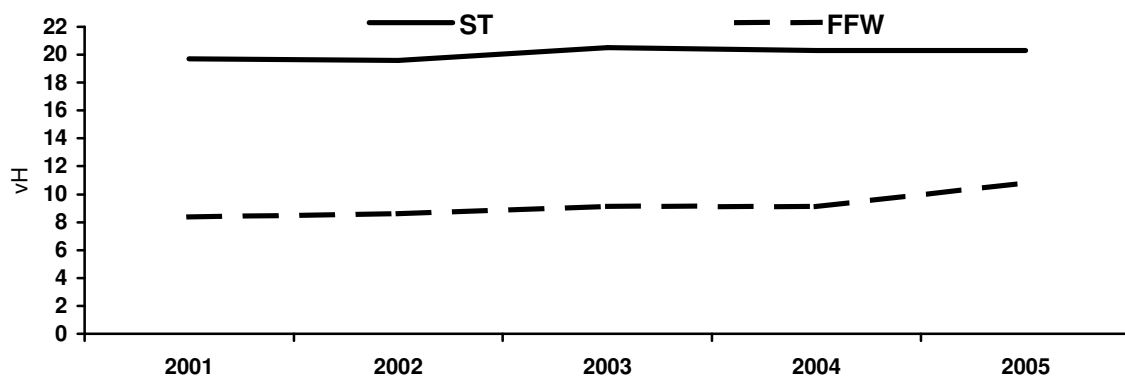
Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Sachsen-Anhalt deutliche Konvergenzfortschritte erzielt hat, sowohl bei der Wertschöpfung als auch bei der Entwicklung der sektoralen Wirtschaftsstruktur.

II.2 Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit

Die Einführung des SGB II brachte für den Arbeitsmarkt bundesweit eine Erhöhung der Arbeitslosenzahlen. Als Ergebnis stiegen die Jahresdurchschnittswerte der Arbeitslosenquote an, so dass ein Vergleich zu den Vorjahren nur bedingt möglich ist.

Der Arbeitsmarkt ist in Sachsen-Anhalt - wie auch in allen anderen neuen Ländern - noch immer von einer hohen Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Wie Abbildung II.2.1 zeigt, ist die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, immer noch fast doppelt so hoch wie in den FFW.

Abbildung II.2.1: Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt sowie den FFW, Jahresdurchschnittswerte von 2001 bis 2005



Im Vergleich der neuen Länder konnte Sachsen-Anhalt seine Position verbessern und lag 2005 knapp vor Mecklenburg-Vorpommern. Sachsen-Anhalt senkte in 2005 gegenüber dem Jahr 2001 die Anzahl der Arbeitslosen um 14 vH, dies war der zweitbeste Wert nach Brandenburg.

Wie Tabelle II.2.1 zeigt, ist in Sachsen-Anhalt die Arbeitslosenquote im Referenzzeitraum am geringsten angestiegen (+ 3 vH) .

Tabelle II.2.1: Veränderung der Arbeitslosenquote 2005 gegenüber 2001 bezogen auf die zivilen Erwerbspersonen (2001=100)

Bundesland	2005/2001
Sachsen-Anhalt	103
Sachsen	105
Brandenburg	105
Mecklenburg-Vorpommern	111
Thüringen	112
Berlin	118
Saarland	119
Deutschland	124
Niedersachsen	127
Rheinland-Pfalz	129
Bremen	135
Hamburg	136
Nordrhein-Westfalen	136
Schleswig-Holstein	138
Baden-Württemberg	143
Hessen	147
Bayern	147

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit ist in Sachsen-Anhalt, auch beeinflusst von demographischen Aspekten, weiterhin rückläufig. Sie wird durch einen starken Arbeitsplatzabbau in der Bauwirtschaft geprägt, in der seit 2001 Rückgänge um etwa 30 vH zu verzeichnen waren (in den FFW um etwa 14 vH). Die Erwerbstätigkeit insgesamt lag im Jahresdurchschnitt 2005 um 5 vH unter dem Wert des Jahres 2001. Eine ähnliche Entwicklung ist in allen neuen Ländern zu verzeichnen. Da in diesem Zeitraum der Bevölkerungsrückgang etwa so groß war

wie der Rückgang der Erwerbstätigen, ist die Erwerbsquote gegenüber 2001 nahezu unverändert geblieben. Auch dies entspricht der Entwicklung in den anderen neuen Ländern wie auch in Deutschland insgesamt, s. Tabelle II.2.2.

Tabelle II.2.2: Entwicklung der Erwerbsquote (Erwerbstätige je 1000 Einwohner) 2005 gegenüber 2001 (2001=100)

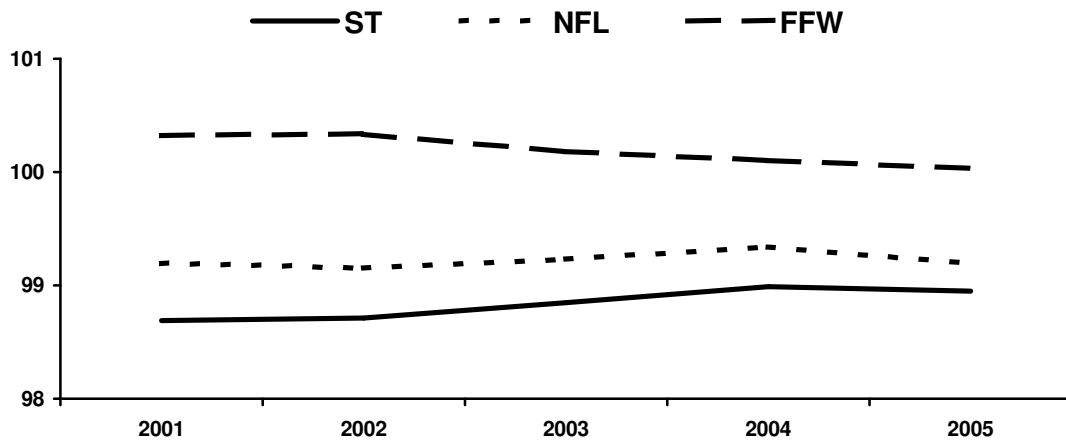
Bundesland	2005/2001
Sachsen	100
Saarland	100
Sachsen-Anhalt	99
Mecklenburg-Vorpommern	99
Thüringen	99
Niedersachsen	99
Rheinland-Pfalz	99
Deutschland	98
Bremen	98
Hessen	98
Brandenburg	98
Baden-Württemberg	98
Nordrhein-Westfalen	98
Berlin	97
Bayern	97
Hamburg	97
Schleswig-Holstein	96

II.3 Demografische Entwicklung

Das Land Sachsen-Anhalt hat in den vergangenen Jahren einen erheblichen Bevölkerungsverlust erlitten. Am 30.06.2005 lag die Einwohnerzahl um fast 4,4 vH niedriger als am 30.06.2001. Im gleichen Zeitraum hatten die neuen Flächenländer insgesamt einen Bevölkerungsverlust von ca. 3,1 vH und die finanzschwachen Westflächenländer einen Einwohnerzuwachs in Höhe von ca. 0,65 vH zu verzeichnen, siehe Abbildung II.3.1. Verantwortlich für diese Entwicklung ist insbesondere der negative Saldo zwischen Zu- und Abwanderungen, bedingt durch **im Durchschnitt zu geringe Zuwanderungen, aber auch ein überdurchschnittlich hohes Geburtendefizit**. Die Entwicklung ist auch in den anderen neuen Ländern ähnlich verlaufen, selbst Brandenburg, das zwischenzeitlich von Suburbanisierungsprozessen im Großraum Berlin profitierte, muss inzwischen wieder Bevölkerungsverluste verkraf-

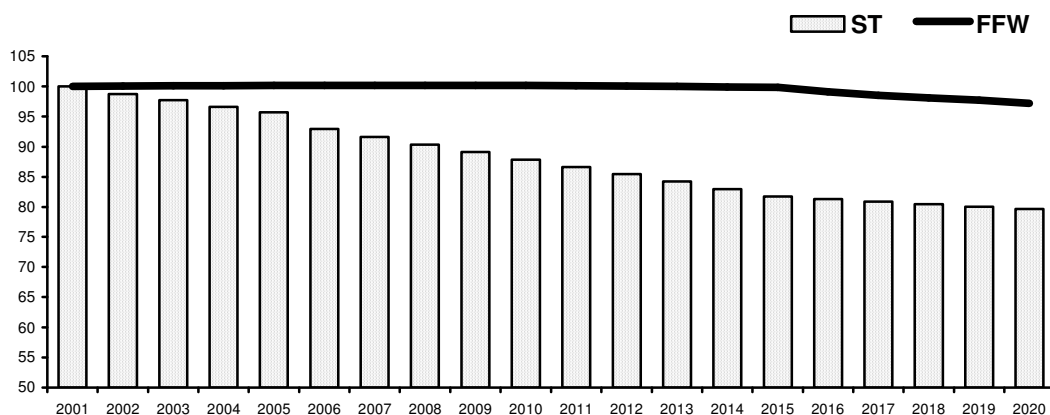
ten. Nachdem die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt 2001 und 2002 gegenüber dem Vorjahr jeweils um rd. 1,3 vH sank, hat sich der **Bevölkerungsrückgang ab 2003 spürbar verlangsam**.

Abbildung II.3.1: Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt seit 2001 im Vergleich zu den finanzschwachen Westflächenländern (FFW) und der Gesamtheit der neuen Flächenländer (NFL)/ 2001 = 100



Nach der zuletzt vorgelegten Bevölkerungsprognose (Stand: Frühjahr 2004 - Datenbasis 2002) wird sich der Bevölkerungsrückgang auch in den nächsten Jahren fortsetzen, siehe Abbildung II.3.2. Längerfristig geht die Prognose davon aus, dass die Bevölkerung des Landes von 2,47 Mio. Einwohner Ende 2005 bis 2020 auf ca. 2,06 Mio. Einwohner sinkt². Im Vergleich hierzu rechnet das Statistische Bundesamt für die FFW in den nächsten Jahren mit einer nahezu unveränderten Bevölkerungszahl.

Abbildung II.3.2: Bevölkerungsprognose für den Zeitraum von 2001 bis 2020 in Sachsen-Anhalt und den finanzschwachen Westflächenländern (FFW) im Vergleich (2001 = 100)



² Die aktualisierte Prognose, die im Jahr 2007 vorliegen wird, geht dagegen voraussichtlich von einem schwächeren Rückgang auf etwa 2,19 Mio. Einwohner aus.

Aus den durch die Prognose aufgezeigten demografischen Entwicklungen resultieren sowohl auf Länder- als auch auf Kommunalebene erhebliche **fiskalische Anpassungslasten, die zusätzlich zu den Aufbaulasten von den neuen Ländern zu tragen sind und denen in den alten Ländern in den nächsten Jahren kaum vergleichbare Lasten gegenüberstehen**. Sachsen-Anhalt verliert mit jedem Einwohner, der das Land verlässt, gut 2.000 Euro pro Jahr an Einnahmen. Die Landesregierung wird daher durch entsprechende Gegenmaßnahmen dazu beitragen, den Bevölkerungsrückgang auch aus diesem Grund nach Möglichkeit zu verlangsamen. In einem ersten Schritt hat die Landesregierung ein Familienfördergesetz mit konkreten Maßnahmen beschlossen. Außerdem wurden Forschungs- und Modellprojekte auf den Weg gebracht, wie „Ländliche Lebensmodelle für junge Menschen und Familien in Sachsen-Anhalt“ und „Innovative Ansätze zur Bewältigung des demografischen Wandels – Generationswechselmanagement in Sachsen-Anhalt“.

Eine Studie über die Zuwanderung nach Sachsen-Anhalt hat gezeigt, dass in Sachsen-Anhalt neben der Abwanderung und dem Geburtendefizit insbesondere die geringere Zuwanderung ein Problem darstellt. Hier besteht Handlungsbedarf für künftige politische Entscheidungen, um eine höhere Attraktivität des Standorts und Lebensraums Sachsen-Anhalt zu bewirken.

II.4 Zusammenfassende Bewertung der Konvergenzfortschritte und der Rahmenbedingungen in Sachsen-Anhalt

Das Kapitel hat gezeigt, dass Sachsen-Anhalt wie die ostdeutschen Bundesländer insgesamt noch erhebliche Entwicklungsrückstände aufweist. Es wurde aber auch deutlich, dass das Land im Berichtszeitraum **deutliche Konvergenzfortschritte** aufweist und dass es zunehmend gelingt, die Transferabhängigkeit abzubauen.

Abbildung II.4.1: Zentrale Indikatoren zum erreichten Anpassungsniveau Sachsen-Anhalts im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (=100) in den Jahren 1995, 2001 und 2005

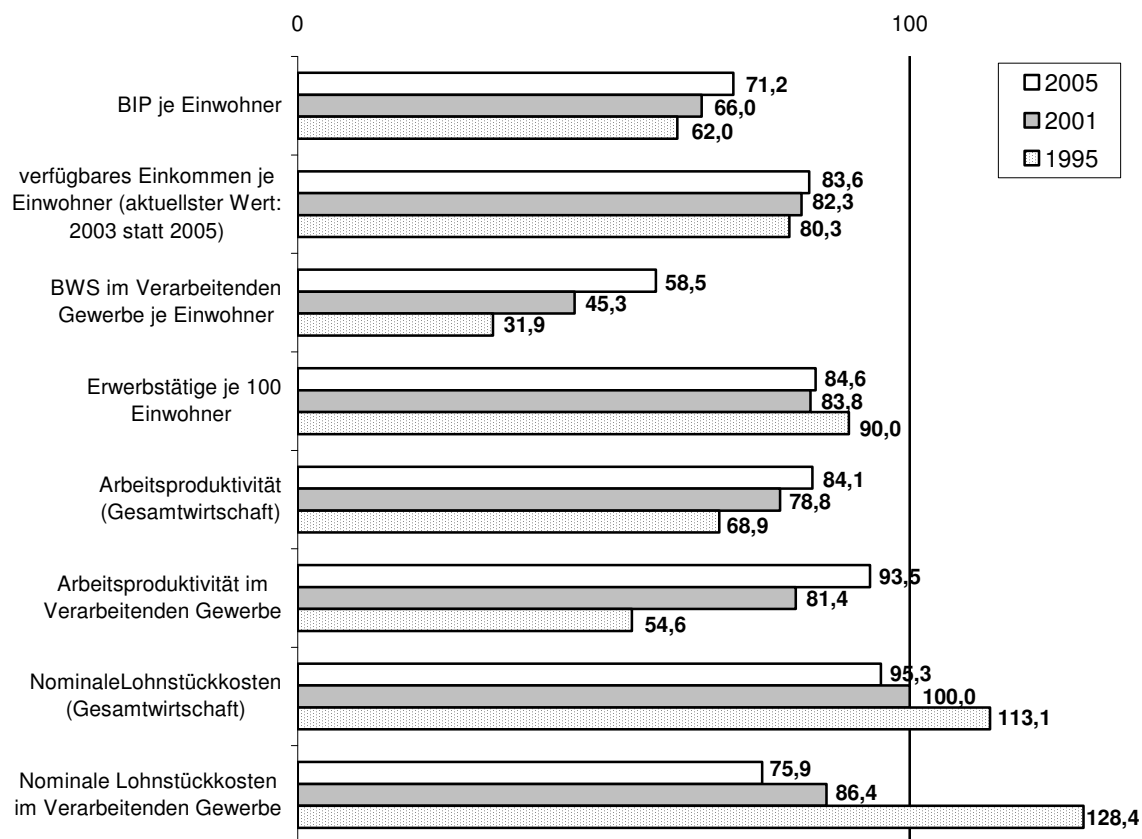


Abbildung II.4.1 fasst den erreichten Anpassungsstand Sachsen-Anhalts anhand zentraler Konvergenzindikatoren zusammen. Sie zeigt, dass es Sachsen-Anhalt im Berichtszeitraum gelungen ist, beachtliche Konvergenzerfolge zu erzielen. So stieg das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner um 9,1 vH und damit deutlich stärker als im ostdeutschen und im Bundesdurchschnitt. Die Wirtschaftsleistung wuchs in den zurückliegenden Jahren deutlich schneller als die verfügbaren Einkommen. Sachsen-Anhalt gelingt es folglich zunehmend, seinen Verbrauch aus eigener Kraft zu erwirtschaften. Die Abbildung zeigt allerdings auch, dass das wirtschaftliche Wachstum bislang noch in zu geringem Umfang neue Arbeitsplätze mit sich gebracht hat. Dies zeigt sich auch in der nach wie vor viel zu hohen Arbeitslosigkeit, die mit

20,3 vH im Jahr 2005 fast doppelt so hoch war wie im Bundesdurchschnitt. Eine wesentliche Ursache hierfür ist auch die immer noch zu geringe Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe. Obwohl der Wirtschaftsbereich dynamisch wächst, erreicht die Bruttowertschöpfung im Jahr 2005 – bezogen auf die Einwohnerzahl – erst 58,5 vH des Bundesdurchschnitts. Gleichzeitig haben hohe Produktivitätsgewinne und deutlich gesunkene Lohnstückkosten die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie nachhaltig verbessert. Zahlreiche Neuansiedlungen sind der Beleg für die günstigen Rahmenbedingungen und die neu gewonnene Attraktivität des Industriestandorts Sachsen-Anhalt.

Einen wesentlichen Beitrag zu den überdurchschnittlichen Konvergenzerfolgen Sachsen-Anhalts haben die Solidarpaktmittel geleistet. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zeigt, dass die Hilfen effektiv im Sinne der gesamtwirtschaftlichen Ziele des Aufbaus Ost eingesetzt wurden und dass es dem Land zunehmend gelingt, sich aus seiner Transferabhängigkeit zu befreien. Gleichwohl sind die noch vorhandenen Entwicklungsrückstände unübersehbar.

Auch weiterhin sind große Anstrengungen erforderlich, um die Transferabhängigkeit Ostdeutschlands weiter zu reduzieren und das Konvergenzziel des Aufbaus Ost zu erreichen. In dieser Situation ist von großer Bedeutung, dass die ostdeutschen Länder Planungssicherheit für den weiteren Prozess des Aufbaus Ost erhalten, damit die Konvergenzerfolge verstetigt werden können und das Ziel – finanziell auf eigenen Beinen zu stehen – erreicht wird.

III. Finanzwirtschaftliche Entwicklung des Landeshaushaltes und der Kommunalhaushalte einschließlich der Begrenzung der Neuverschuldung

III.1. Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen auf der Landesebene

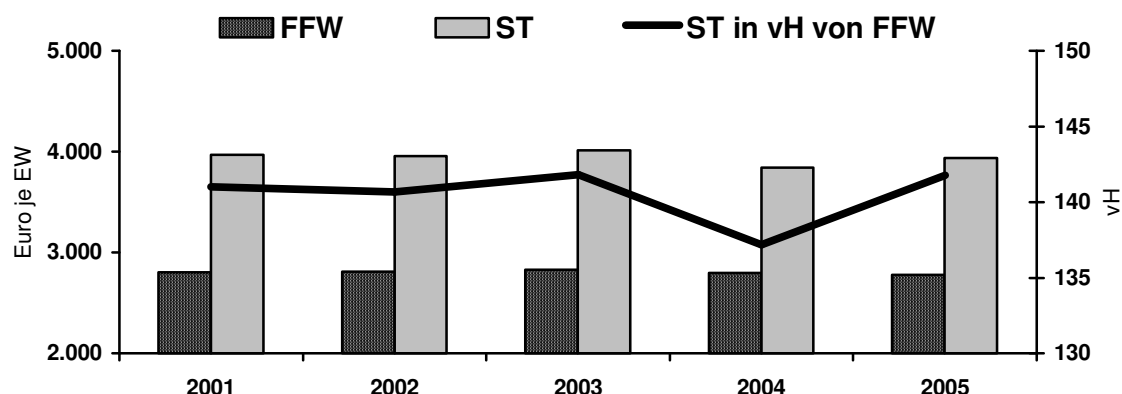
III.1.1 Ausgaben

Bereinigte Gesamtausgaben

Die bereinigten Gesamtausgaben³ auf Landesebene sind in Sachsen-Anhalt seit 2001 im Vergleich zu den FFW deutlich gesunken, von ca. 10,3 Mrd. Euro im Jahr 2001 sind sie absolut um fast 2 vH auf ca. 10,1 Mrd. Euro im Jahr 2005 zurückgegangen. Ohne Berücksichtigung der 2005 erstmalig weitergeleiteten Mittel des Bundes für die Beteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung für FFW und Sachsen-Anhalt und der nur in den neuen Ländern zur Verfügung gestellten SOBEZ zur Überwindung der strukturellen Arbeitslosigkeit, die vom Land an die Kommunen weitergeleitet werden- Hartz IV -, die den Landeshaushalt nur durchlaufen, ergibt sich sogar ein Rückgang von 5 vH. Allerdings ergibt sich aufgrund des demografischen Effekts bei den Pro-Kopf-Ausgaben kaum eine Veränderung.

Im Vergleich zum Niveau der finanzschwachen Westflächenländer hat sich der Abstand Pro-Kopf von rd. 141 vH im Jahr 2001 auf ca. 142 vH im Jahr 2005 geringfügig erhöht, siehe Abbildung III.1.1. (ohne Hartz-IV-Ausgaben).

Abbildung III.1.1: Bereinigte Pro-Kopf-Ausgaben auf Landesebene im Vergleich zu den FFW (ohne Fluthilfe und ohne Ausgaben Hartz IV)

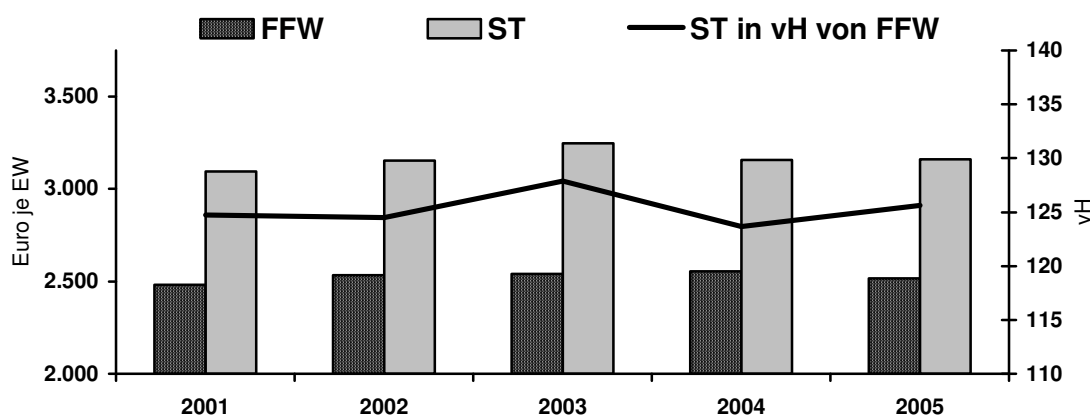


³ alle Vergleiche zu den FFW im Folgenden ohne Ausgaben für Fluthilfe, die vollständig aus dem Aufbauhilfefonds finanziert wurden

Ausgaben der laufenden Rechnung

Die Ausgaben der laufenden Rechnung, siehe [Abbildung III.1.2](#), haben sich gegenüber dem Vorjahr, aber auch gegenüber dem Referenzjahr 2001 deutlich erhöht. Dies ist hauptsächlich begründet in den durchlaufenden Leistungen (Hartz IV), ohne die sich gegenüber 2004 nur ein Aufwuchs um etwa 1 vH ergibt. In den Vergleichsländern West hat in diesem Zeitraum ebenfalls eine Steigerung der Ausgaben der laufenden Rechnung stattgefunden.

Abbildung III.1.2: Ausgaben der laufenden Rechnung (ohne Fluthilfe und ohne Ausgaben Hartz IV) auf Landesebene im Vergleich zu den FFW



Die höheren Pro-Kopf-Ausgaben im Vergleich zu den FFW, s. [Tabelle III.1.1.](#), sind insbesondere auf deutlich höhere Zuweisungen an die Kommunen zurückzuführen. Während das Land Sachsen-Anhalt im Jahr 2005 hierfür – ohne Fluthilfe – je Einwohner ca. 1.002 Euro (ohne Hartz IV 871 Euro) verausgabt, wurden in den FFW durchschnittlich nur ca. 542 Euro je Einwohner (ohne Hartz IV 505 Euro) verausgabt. Die vergleichsweise höheren Zuweisungen an die Kommunen sind weiter erforderlich, um die unterproportionale kommunale Finanzkraft auszugleichen und den Kommunen ausreichend Mittel zur Finanzierung überproportionaler Infrastrukturinvestitionen zur Verfügung zu stellen.⁴

Ebenfalls deutlich über den Vergleichswerten der FFW liegen die laufenden Zuweisungen an andere Bereiche in Sachsen-Anhalt. Zu nennen sind hier zum einen die Ausgaben für Renten und Unterstützungen (um nahezu 30 Euro je Einwohner), zum anderen die Zuweisungen und Zuschüsse an sonstige Unternehmen (um nahezu 263 Euro je Einwohner). **Dies ist Ausdruck des derzeitigen hohen Förderniveaus in den neuen Ländern.**

Die weiter steigenden Zinsausgaben als Folge der Neuverschuldung in den vergangenen Jahren haben 2005 dazu geführt, dass Sachsen-Anhalt bereits 60 Euro je Einwohner mehr aufwenden musste, als im Durchschnitt die FFW. Hier wird die Landesregierung erst mittel-

⁴ Siehe hierzu Teil IV des Berichts

bis langfristig durch die Rückführung und Beendigung der Neuverschuldung eine Reduzierung bewirken können.

Eine weitere Ausgabenkomponente, die keine Entsprechung in den alten Ländern hat, resultiert aus den Leistungen, welche die neuen Länder im Rahmen des AAÜG (Anspruchs- und Anwartschaftsüberleitungsgesetz; Ausgaben für die Zusatz- und Sonderversorgung der DDR) zu erbringen haben, die immerhin rd. 5 vH der laufenden Ausgaben ausmachen. Nach einem kurzzeitigen Rückgang in den Jahren 2003 und 2004 steigen diese Ausgaben zwischenzeitlich wieder an. **Hier bleibt die Bundesregierung gefordert, ihre Zusage zur zukünftigen stärkeren Entlastung der neuen Ländern zu realisieren.**

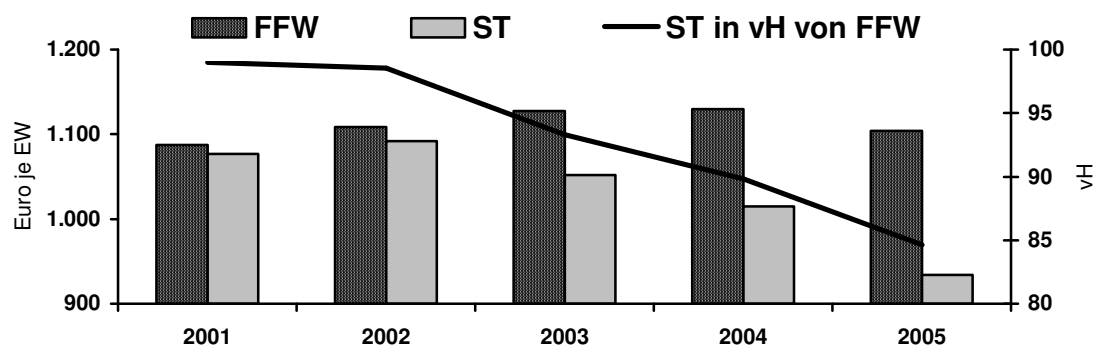
Tabelle III.1.1: Die Struktur der laufenden Ausgaben auf Landesebene im Vergleich zu den FFW im Jahr 2005 (ohne Fluthilfe)

	ST		FFW	
	Euro je EW	vH-Anteil	Euro je EW	vH-Anteil
1. laufende Ausgaben gesamt	3.292	100,0	2.548	100,0
- davon:				
2. Personalausgaben	934	28,4	1.104	43,3
-- davon:				
2.a Versorgungsleistungen	17	0,5	245	9,6
2.b Bezüge für aktives Personal	917	27,8	859	33,7
3. Zinsausgaben	353	10,7	293	11,5
4. laufender Sachaufwand	186	5,7	205	8,0
5. laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Kommunen	1.002	30,4	542	21,3
<i>ohne Hartz IV</i>	871		505	
6. Lfd. Zuweisungen an andere Bereiche	661	20,1	404	15,9
-- darunter:				
6.a Renten, Unterstützungen und dgl.	76	2,3	46	1,8
6.b Zuweisungen und Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	62	1,9	68	2,7
6.c Zuweisungen und Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	128	3,9	142	5,6
6.d Zuweisungen und Zuschüsse an sonstige Unternehmen	359	10,9	96	3,8
7. AAÜG-Zahlungen	156	4,7	0	0,0

Personalausgaben

Die Abbildung III.1.3 zeigt die Entwicklung der Personalausgaben. Die Personalausgaben sind danach seit dem Jahr 2001 absolut um ca. 17 vH und je Einwohner - aufgrund der Auswirkungen des Einwohnerrückgangs - um ca. 13 vH gesunken. Gleichzeitig wurden vom 1.1.2001 bis 31.12.2005 13.407 Stellen auf der Landesebene abgebaut. Im Personalhaushalt 2005 wies Sachsen-Anhalt noch 51.432 Stellen im Planpersonal aus. Das sind 20,7 Stellen je 1000 Einwohner. Das ist der niedrigste Wert innerhalb der neuen Flächenländer und innerhalb aller Länder der fünftbeste Wert. Die Überführung der Universitätskliniken in die mittelbare Landesverwaltung hat mit 5.325 Stellen zur Reduzierung des Stellenbestandes beigetragen.

Abbildung III.1.3: Personalausgaben auf Landesebene im Vergleich zu den FFW (ohne Einmaleffekt Auszahlung Lehrer-Arbeitszeitkonten 2004)



Die Pro-Kopf-Personalausgaben 2005 liegen um 15,4 vH unter denen der FFW, **beim Vergleich der Aufwendungen für aktives Personal** je Einwohner, d.h. Personalausgaben ohne Versorgungsausgaben - siehe Tabelle III.1.2, liegen aber die Personalausgaben auf Landesebene in Sachsen-Anhalt ca. noch um 6,7 vH **über dem Durchschnittswert der FFW**. Zum Teil ist dies auch dem Umstand geschuldet, dass **aufgrund der in Sachsen-Anhalt wie auch anderen neuen Ländern nicht erfolgten Verbeamtung der Lehrer gegenwärtig höhere Ausgaben je Stelle** anfallen, wodurch im Gegenzug **künftige Pensionsbelastungen reduziert werden**. Dies ist bei einer Bewertung des gegenwärtigen Ausgabevolumens zu berücksichtigen, weil dadurch die Vergleichbarkeit der Zahlen eingeschränkt wird. Zudem differieren auch die Ausgaben der einzelnen FFW-Länder deutlich. Durch die **konsequente Umsetzung weiterer geplanter Stellenrückführungen in Sachsen-Anhalt** wird der Abstand zu den Vergleichsländern aber weiter verringert.

Tabelle III.1.2: Personalausgaben insgesamt und für aktives Personal auf Landesebene im Jahr 2001 und 2005 in Euro je Einwohner

	Personalausgaben insgesamt			Ausgaben für aktives Personal (Personalausgaben minus Versorgungsausgaben)		
	2001	2005	2005/2001 in vH	2001	2005	2005/2001 in vH
ST	1.077	934	86,7	1.070	917	85,7
FFW	1.088	1.104	101,5	867	859	99,1

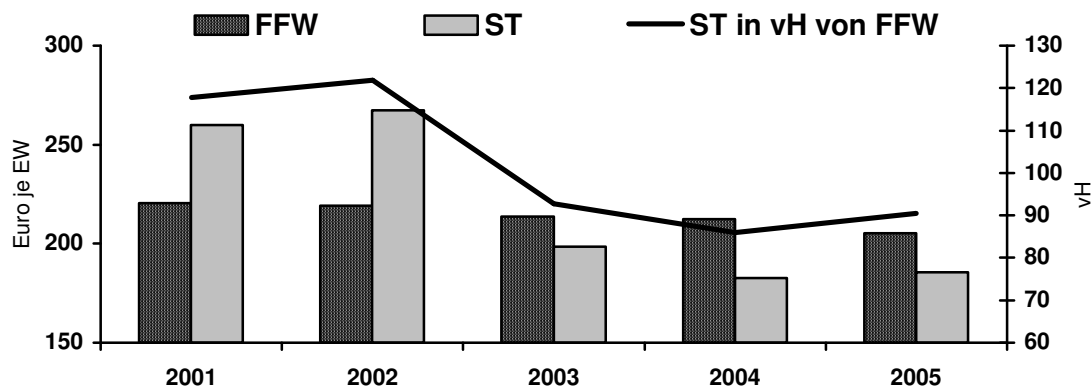
Im Jahr 2006 wird sich die Zahl der Stellen um rund 2.000 verringern und schließt damit an die Abbauraten der Vorjahre an. Entsprechend der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD vom 18. April 2006 wird auch die neue Landesregierung weiter geeignete Maßnahmen zur Verringerung der Personalausgaben ergreifen. Eine Zielzahl von jährlich 2.000 Planstellen/ Stellen ist für den weiteren Personalabbau formuliert worden. **Zur Sicherung einer zukunftsgerechten Altersstruktur in der Landesverwaltung werden gleichzeitig maximal 250 Neueinstellungen jährlich vorgesehen. Ein noch im Jahr 2006 zu erarbeitendes Personalentwicklungskonzept wird den Personalabbau und die Anpassung des Bestandes über die Legislaturperiode hinaus beschreiben.**

Verbeamtungen werden künftig auf die Aufgabenbereiche beschränkt, in denen dies unbedingt erforderlich ist. Gleichzeitig sollen ab 2007 für Neuverbeamtungen Pensionsrücklagen gebildet werden. Beide Maßnahmen werden die Ausgaben kurz- und mittelfristig erhöhen, jedoch langfristig eine Entlastung bewirken.

Laufender Sachaufwand

Die Abbildung III.1.4 zeigt die Pro-Kopf-Ausgaben für den laufenden Sachaufwand. Hier hat sich der Ausgabenabstand im Vergleich zu den FFW in den Jahren von 2001 bis 2005 rückläufig entwickelt und seit 2003 die Ausgaben der FFW unterschritten. Dies liegt teilweise auch an der Gründung von Landesbetrieben sowie der Globalisierung der Mittel für die Universitäten. Jedoch haben auch die FFW-Länder in zum Teil nennenswertem Umfang Ausgliederungen vorgenommen.

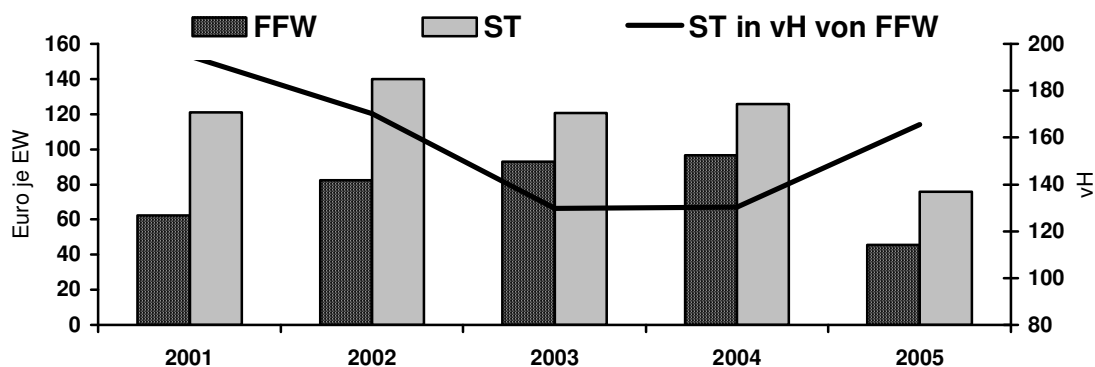
Abbildung III.1.4: Pro-Kopf-Ausgaben für laufenden Sachaufwand auf Landesebene im Vergleich zu den FFW



Sozialausgaben

Abbildung III.1.5 zeigt das Niveau der Sozialausgaben (im engeren Sinne, d.h. Renten, Unterstützungen und dgl.) im Land Sachsen-Anhalt gegenüber den FFW. Sichtbar wird, dass die Belastung des Landeshaushaltes 2005 bereits knapp zwei Drittel über denen der FFW (im Durchschnitt) lag. Dies wird im Vergleich zu den FFW allerdings teilweise durch noch geringere Belastungen der kommunalen Ebene (siehe Abb. III.2.5) ausgeglichen.

Abbildung III.1.5: Pro-Kopf-Ausgaben für Renten, Unterstützungen und dgl. auf Landesebene im Vergleich zu den FFW



Gegenüber dem Jahr 2001 haben sich die dargestellten Sozialausgaben im Land Sachsen-Anhalt 2005 um über 37 vH vermindert. Die Verringerung beruht auf den gesunkenen Ausgaben nach dem Wohngeldgesetz, die sich durch die Reformen am Arbeitsmarkt ergeben. Eine ähnliche Verringerung der Sozialausgaben (-26 vH) hat auch in den FFW stattgefunden. Die auf Landesebene eingesparten Mittel werden jährlich den Kommunen in einer gesonderten Zuweisung auf der Grundlage der Vereinbarungen zum 4. Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt.

Aufwendung im Rahmen des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG)

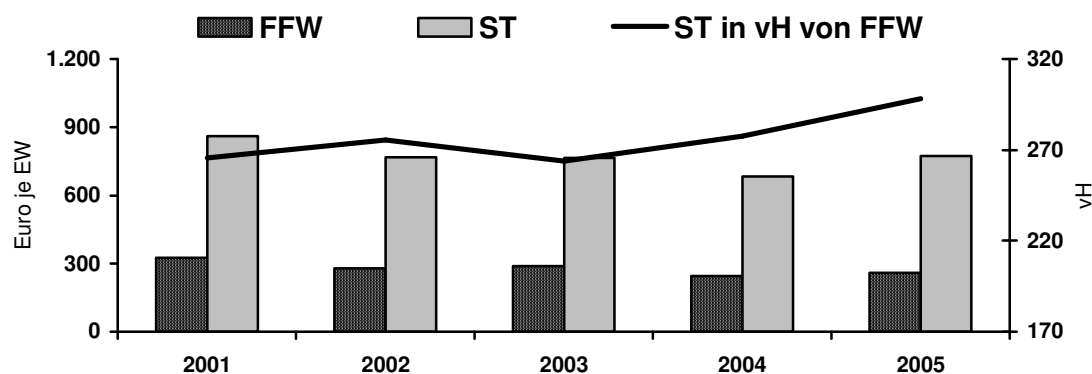
In der Tabelle III.1.1 wurden bei den laufenden Ausgaben des Landes Sachsen-Anhalt die Zahlungen zur Finanzierung von Rentenansprüchen, die im Rahmen des AAÜG gesetzlich geregelt sind, ausgewiesen. Diese Ausgaben sind in allen neuen Ländern seit Mitte der neunziger Jahre bis zum Jahr 2002 explosionsartig gestiegen und steigen auch gegenwärtig weiter an. Sie betragen derzeit je Einwohner mehr als das Doppelte der Ausgaben des Jahres 1995 und machen für Sachsen-Anhalt zwischenzeitlich knapp 400 Mio. Euro bzw. rd. 5 vH der laufenden Ausgaben aus.

Bei den AAÜG-Zahlungen handelt es sich um eine einigungsbedingte Sonderlast, weil diese nicht mit den Pensionslasten der alten Länder vergleichbar sind, da hier (insbesondere in der Zusatzversorgung) viele Berufsgruppen aus der DDR versorgt werden, die nicht zum öffentlichen Sektor zu rechnen sind (z.B. Künstler und sogenannte „technische Intelligenz“). Zahlungstechnisch sind die gesetzlichen Rentenversicherungen für die Rentenauszahlungen im Rahmen des AAÜG zuständig. Diese Aufwendungen – einschließlich der damit verbundenen Verwaltungsaufwendungen – werden den Rentenversicherungsträgern vom Bund erstattet. Der Bund wiederum lässt sich – gemäß dem Einigungsvertrag – die auf die neuen Länder entfallenden Anteile (ca. zwei Drittel) von diesen im Verhältnis ihrer Einwohnerzahlen erstatten. **Die Höhe der AAÜG-Lasten entspricht in Sachsen-Anhalt rd. 23 vH der SOBEZ. Diese Mittel fehlen dem Land Sachsen-Anhalt und auch den anderen neuen Ländern bei der weiteren Gestaltung des Aufbaus Ost. Deshalb bleibt die Bundesregierung gefordert, ihre Zusage zu zukünftigen stärkeren Entlastung der neuen Ländern zu realisieren.**

Investive Ausgaben

Die Ausgaben der Kapitalrechnung, siehe Abbildung III.1.6, sind auf Landesebene gegenüber 2001 rückläufig, sie betragen im Jahr 2005 ohne Fluthilfe aber je Einwohner immer noch rd. 775 Euro und damit das Dreifache des FFW-Niveaus (ohne die im Jahr 2005 getätigte Kapitalaufstockung für die Norddeutsche Landesbank rd. 275 vH). Auch hier haben die Zuweisungen an die Kommunen einen maßgeblichen Anteil.

Abbildung III.1.6: Ausgaben der Kapitalrechnung auf Landesebene im Vergleich zu den FFW (ohne Fluthilfe)



Die Tabelle III.1.3 zeigt die Struktur der Ausgaben der Kapitalrechnung im Jahr 2005. Auf Landesebene wurden in Sachsen-Anhalt ca. 38 vH der investiven Ausgaben (ohne Fluthilfe) in Form von Investitionszuweisungen an die kommunale Ebene geleistet. Dabei lagen die Pro-Kopf-Zuweisungen an die Kommunen in Sachsen-Anhalt bei fast 280 vH (ohne Fluthilfe) des Niveaus in den finanzschwachen Westflächenländern. Deutliche Unterschiede bei den investiven Ausgaben zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und den FFW sind auch bei den Zuweisungen und Zuschüssen an andere Bereiche zu verzeichnen, wobei auf Landesebene insbesondere betriebliche Investitionsfördermaßnahmen, z.B. im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, den Hauptanteil ausmachen. Die Sachinvestitionsausgaben betragen im Jahr 2005 85 Euro je Einwohner und lagen damit bei rd. 236 vH der Sachinvestitionsausgaben der FFW (ohne Fluthilfe).

Tabelle III.1.3: Struktur der Ausgaben der Kapitalrechnung im Jahr 2005 (ohne Fluthilfe)

	ST		FFW	
	Euro je EW	vH-Anteil	Euro je EW	vH-Anteil
1. Ausgaben der Kapitalrechnung insgesamt	775	100,0	266	100,0
-- davon:				
2. Sachinvestitionen	85	11,0	36	13,5
3. Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden/ GV	296	38,2	106	39,9
4. Sonstige investive Zuweisungen und Zuschüsse	394	50,8	124	46,6

Bei den für die Schließung der Infrastrukturlücke bedeutsamen Sachinvestitionen konnte in den letzten Jahren ein Rückgang aufgrund der extremen Konsolidierungserfordernisse und

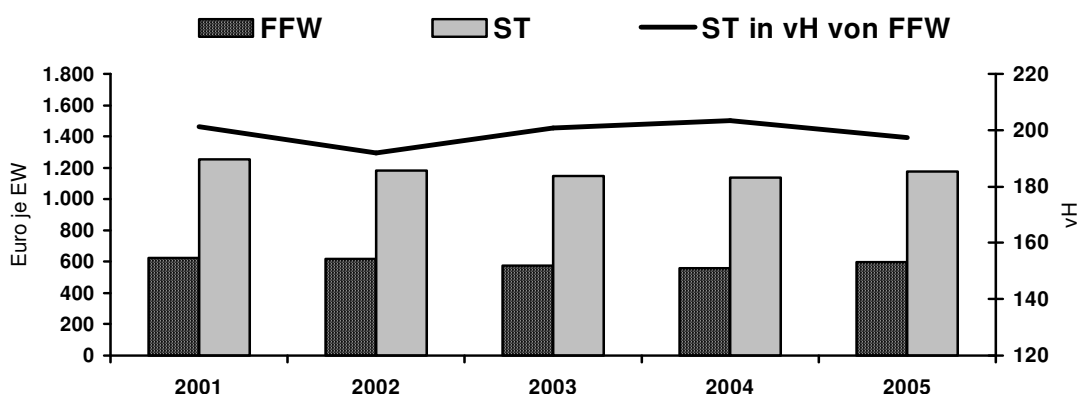
der Einbrüche auf der Einnahmeseite nicht vermieden werden. In den FFW sind die Sachinvestitionen auf Länderebene aber ebenfalls deutlich gesunken. Im Ergebnis wurden 2005 in Sachsen-Anhalt knapp 122 Mio. Euro mehr verausgabt als in den Vergleichsländern West.⁵

Zahlungen an die Gemeinden/ Gemeindeverbände (GV)

Eine wesentliche Ausgabenkomponente sind gerade in den neuen Ländern die Zahlungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände inner- und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs. Diese sind in der Abbildung III.1.7 dargestellt. In diesen Zahlungen sind sowohl Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke als auch Vermögensübertragungen des Landes an die Kommunen (Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen) enthalten. Da die Struktur der Zahlungen der Länder an ihre Kommunen im Hinblick auf laufende Zuweisungen/Zuschüsse auf der einen Seite und Vermögensübertragungen (investive Zuweisungen) auf der anderen Seite sehr unterschiedlich ist, werden beide Komponenten zusammen betrachtet. Wie die Abbildung zeigt, liegen die Zahlungen je Einwohner gerechnet ohne Fluthilfe doppelt so hoch wie in den FFW und damit 2005 bei etwa 32 vH der Gesamtausgaben des Landes (ohne Ausgaben Hartz IV rd. 30 vH).

Grund für die hohen Zahlungen des Landes an seine Kommunen ist die unterproportionale Finanzkraft der Kommunen in Sachsen-Anhalt und die Notwendigkeit, die Kommunen finanziell durch hohe Zuweisungen zur Durchführung überdurchschnittlicher Investitionen zum Abbau der infrastrukturellen Defizite im Land zu befähigen (vgl. Abschnitt IV).

Abbildung III.1.7: Zahlungen des Landes Sachsen-Anhalt an die Gemeinden/GV inner- und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs je Einwohner (ohne Fluthilfe und ohne Ausgaben Hartz IV)



⁵ Hochrechnung des Pro-Kopf-Unterschiedes mit der Einwohnerzahl Sachsen-Anhalts

Aus den Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen erhalten die Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich 23,8 vH, das waren im Jahr 2005 rd. 394 Mio. Euro. Für den Nachweis der SOBEZ-Verwendung sind entsprechend der in Abschnitt IV.2 dargestellten Berechnung jedoch rd. 168-249 Mio. Euro, das sind 43-63 vH der tatsächlich vom Land gezahlten Mittel, zu berücksichtigen.

III.1.2 Einnahmen

Bereinigte Gesamteinnahmen

Die Tabelle III.1.4 zeigt die Höhe und Struktur der Einnahmen im Jahr 2005. Das Land Sachsen-Anhalt verbuchte bereinigte Gesamteinnahmen (ohne Fluthilfe) in Höhe von 3.666 Euro je Einwohner (ohne Einnahmen Hartz IV 3.525 Euro je Einwohner), die damit rd. 50 vH (ohne Einnahmen Hartz IV 47 vH) über denen der FFW lagen. Von den Gesamteinnahmen entfielen etwa 47 vH auf Steuereinnahmen, während in den FFW der Steueranteil bei ca. 73 vH lag. Die höheren Einnahmen gegenüber den FFW werden wesentlich durch höhere Zuweisungen vom Bund und von der EU bestimmt. Allein ca. 18 vH der Einnahmen des Landes entfallen auf die SOBEZ.

Tabelle III.1.4: Die Struktur der Einnahmen im Jahr 2005 (ohne Fluthilfe)

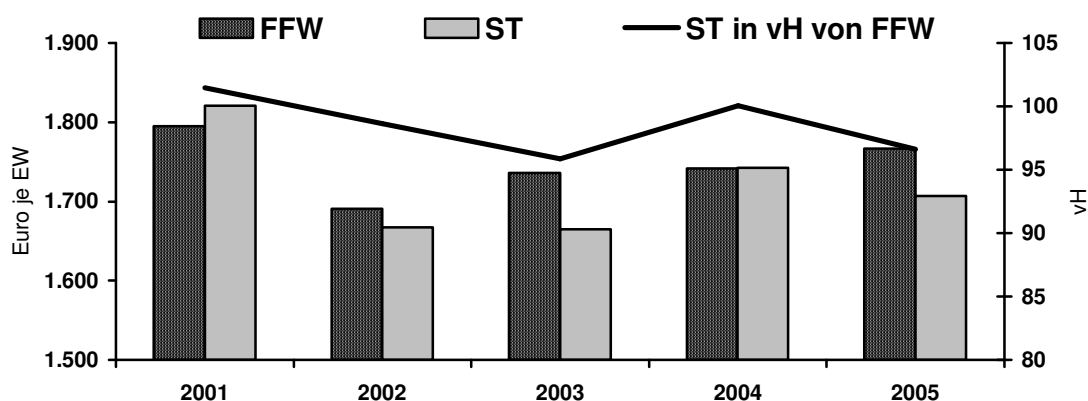
	ST		FFW	
	Euro je EW	vH-Anteil	Euro je EW	vH-Anteil
1. bereinigte Einnahmen	3.666	100,0	2.443	100,0
darunter:				
2. Steuereinnahmen	1.711	46,7	1.790	73,3
3. Einnahmen aus dem LFA	227	6,2	51	2,1
4. Zahlungen vom Bund	1.265	34,5	272	11,1
-- darunter:				
Einnahmen Hartz IV	141	3,8	37	1,5
SOBEZ	667	18,2		
5. Verwaltungseinnahmen	185	5,0	230	9,4
-- darunter:				
Vermögensveräußerungen	11	0,3	21	0,9

Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen auf Landesebene, siehe Abbildung III.1.8, haben sich gegenüber den finanzschwachen Westflächenländern im Jahr 2005 verschlechtert. Hier macht sich die Wirkung der Umsatzsteuerverteilung, die auf Basis der Einwohnerzahl erfolgt, bemerkbar: entsprechend der aktuellen Entwicklung der Einwohnerzahl werden die Steuereinnahmen eines Landes beeinflusst. Zum einen haben sich die Steuereinnahmen der Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und im Saarland gegenüber dem Jahr 2004 erhöht, u. a. weil die Anzahl der Einwohner gestiegen ist. Zum anderen sind in Sachsen-Anhalt die Steuereinnahmen gegenüber 2004 um 135 Mio. Euro rückläufig. Ursachen hierfür sind:

- ein Rückgang um 59 Mio. Euro aufgrund der Verringerung der Einwohnerzahl (-27.054 Einwohner per 30.6. ggü. Juni des Vorjahres),
- der Einmaleffekt 2004 aus der Auszahlung der Lehrer-Arbeitszeitkonten, die zu entsprechend höheren Lohnsteuereinnahmen führte (entsprechend ergibt sich für 2005 ein Rückgang um 60 Mio. Euro)
- ein Minus von 82 Mio. Euro aus der Körperschaftsteuer, das durch hohe Erstattungen an Investitionszulage (Landesanteil 45 Mio. Euro) und Erstattungen an Unternehmen verursacht wurde,
- einem gleichzeitigen Plus bei der veranlagten Einkommensteuer von 53 Mio. Euro durch geringere Auszahlung von Investitionszulage und geringere Arbeitnehmererstattungen.

Abbildung III.1.8: Steuereinnahmen auf Landesebene im Vergleich zu den FFW



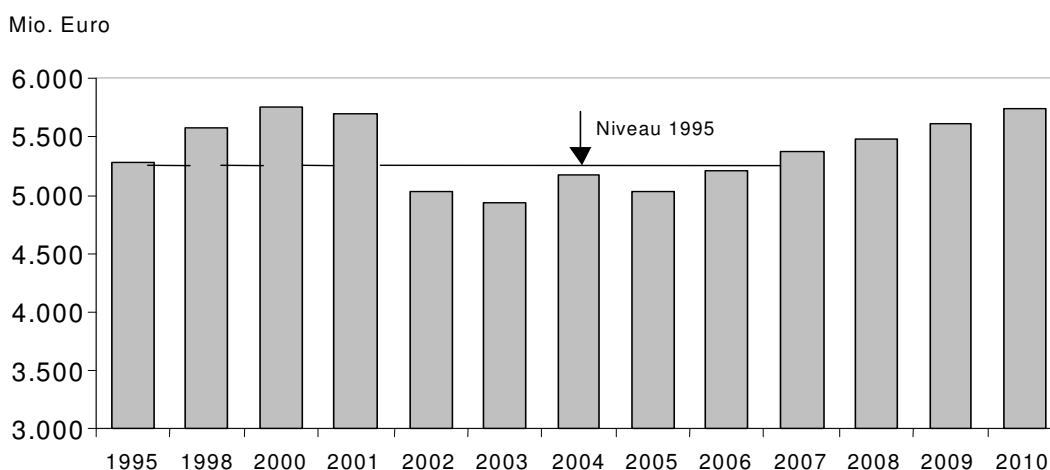
Auf der Landesebene entfallen allein 78 vH des Steueraufkommens in Sachsen-Anhalt auf die Umsatzsteuer; in den FFW-Ländern liegt diese Quote bei lediglich 42 vH. Dies ist eine Folge des Umsatzsteuerausgleichs. Bei allen anderen Gemeinschaftssteuern lag das Aufkommen in Sachsen-Anhalt erheblich unter den Pro-Kopf-Einnahmen gegenüber den FFW-

Ländern (knapp 30 vH). Bei den reinen Landessteuern betrug das Pro-Kopf-Aufkommen im Jahr 2005 ca. 64 vH des Steueraufkommens der FFW-Länder.

Das Pro-Kopf-Steuerertrag 2005 insgesamt ist in Sachsen-Anhalt um 5,8 vH gesunken, in den FFW wurde mit -0,1 vH ein fast gleiches Aufkommen wie 2001 erzielt. In Sachsen-Anhalt ist das Steuerertrag in absoluten Werten um über 470 Mio. Euro zurückgegangen. Ursachen hierfür sind der bereits erwähnte Wohnerrückgang (der Verlust von etwa 116 Tausend Einwohnern seit 2001 bewirkte Steuererträge von rd. 250 Mio. Euro) sowie die steuerrechtlichen Veränderungen aus dem Steuerertragsgesetz und dem Steuerertragsergänzungsgesetz, die mit der Absenkung der Körperschaftsteuer, der teilweisen Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer und der stufenweisen Reduzierung der Einkommensteuersätze bei Bund, Ländern und Gemeinden zu erheblichen Steuerertragminderungen führten.⁶ Die sich seit 2001 deutlich abschwächende konjunkturelle Entwicklung hat das Steuerertrag weiter verringert (die Schätzung 2001 für das nominale BIP-Wachstum 2005 lag noch bei 4,1 vH, im Ist wurden 1,3 vH erreicht). Die Einbrüche beim Umsatzsteuerertrag seit 2002 zeigt Abbildung III.1.9. Es wird deutlich, dass das Ertragniveau des Jahres 1995 bisher noch nicht wieder erreicht ist. Dies wird nach der jüngsten Steuerertragsschätzung erst im Jahr 2007 annähernd der Fall sein.

Mittelfristig soll nach der Steuerertragsschätzung vom Mai 2006 der Zuwachs der Steuererträge in Sachsen-Anhalt wieder bei 2 vH jährlich liegen (Länder gesamt 3vH), auch hier wirkt die zu erwartende demografische Entwicklung.

Abbildung III.1.9: Steuererträge/ Erträge aus LFA und Fehl-BEZ auf Landesebene in ihrer zeitlichen Entwicklung



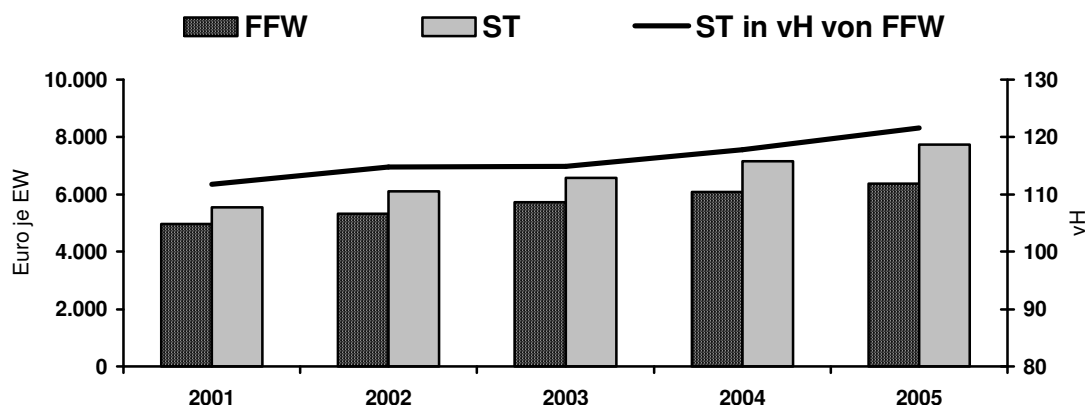
⁶ Im Gegensatz zu Sachsen-Anhalt konnten die FFW diese Verluste zum Teil durch Wohnerrträge im Betrachtungszeitraum ausgleichen.

Das Land Sachsen-Anhalt empfing im Jahr 2005 Zahlungen vom Bund (ohne Fluthilfe) in Höhe von rd. 1.265 Euro je Einwohner, davon rd. 667 Euro je Einwohner aus den SOBEZ (Korb I des Solidarpakts). Im Vergleich hierzu ergab sich für die finanzschwachen Flächenländer West ein Betrag in Höhe von rd. 272 Euro je Einwohner. Wie der Tabelle III.1.4 zu entnehmen ist, beliefen sich diese Zahlungen (ohne Fluthilfe) im Jahr 2005 auf ca. 34 vH der Gesamteinnahmen des Landes. Ohne SOBEZ beträgt der Anteil ca. 16 vH, in den FFW ca. 11 vH der Einnahmen.

III.1.3 Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Neuverschuldung auf Landesebene in Sachsen-Anhalt

Im gesamten Vergleichszeitraum liegen die Pro-Kopf-Schulden des Landes Sachsen-Anhalt über dem Durchschnitt der finanzschwachen Westflächenländer, siehe Abbildung III.1.10. Ende 2005 betrug der Schuldenbestand auf Landesebene nach Abgrenzung der Schuldenstatistik 7.740 Euro (FFW: 6.366 Euro) je Einwohner. Ca. ein Drittel der Schulden des Landes am Ende des Jahres 2005 entstammt den Jahren von 1991 bis 1994. Dieser hohe Anteil ist darauf zurückzuführen, dass die Finanzausstattung des Landes Sachsen-Anhalt und auch der anderen neuen Länder in den Jahren vor der Einbeziehung der neuen Länder in das Finanzausgleichssystem eindeutig zu gering war und den aufbaubedingten Ausgabenerfordernissen nicht entsprochen hat.⁷

Abbildung III.1.10: Pro-Kopf-Schulden auf Landesebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW

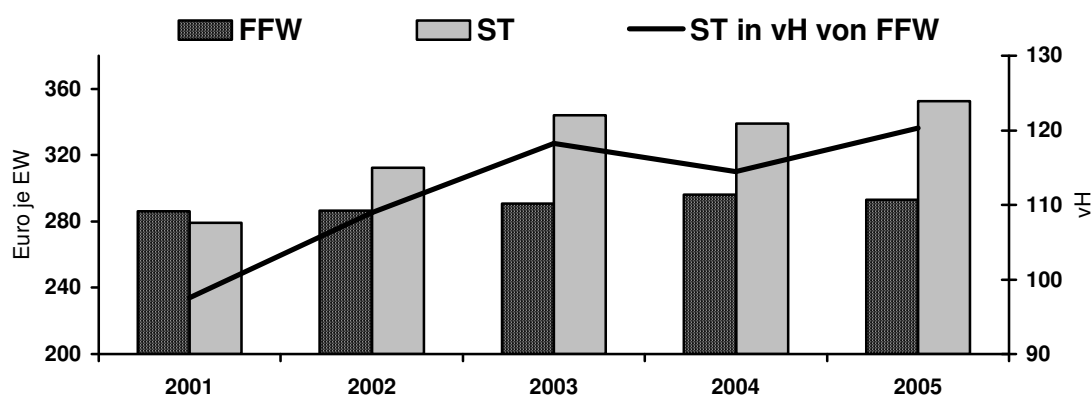


⁷ In diesem Kontext ist zu erwähnen, dass in den frühen 90er Jahren auch argumentiert wurde, dass die neuen Länder – da sie mit einem Schuldenstand von nahezu Null „gestartet“ waren – auch das Verschuldungsinstrument zur Finanzierung des Aufbaus einsetzen sollen.

Im Jahr 2005 war erneut ein Sondereffekt aus der notwendigen Kapitalaufstockung der NordLB in Höhe von 150 Mio. Euro zu verzeichnen, der kreditfinanziert wurde. Ohne diese in § 3 Abs. 6 des Haushaltsgesetzes 2005 als *zusätzliche* Ermächtigung vorgesehene Kreditaufnahme **wurde der Planansatz für die Neuverschuldung 2005 um 105 Mio. Euro unterschritten**. Dies wurde insbesondere durch Minderausgaben beim Personal und bei den Zinsen erreicht.

Die insgesamt hohe Schuldenbelastung des Landes Sachsen-Anhalt führte im Jahr 2005 zu Zinszahlungen, die bei ca. 353 Euro je Einwohner (FFW: 293 Euro je Einwohner) lagen. Die Zinsausgaben binden bereits über 10 vH der laufenden Ausgaben des Landes und belasten die beabsichtigte Konsolidierung des Landeshaushaltes in deutlichem Maße. Im Verhältnis zu den FFW, siehe Abbildung III.1.11, lag das Zinsausgabenniveau 2005 bei rd. 120 vH.

Abbildung III.1.11: Zinsausgaben auf Landesebene im Vergleich zu den FFW



Begrenzung der Neuverschuldung

In den Jahren bis 2005 wurden insbesondere folgende Maßnahmen zur Begrenzung der Neuverschuldung umgesetzt:

- ein fortgesetzter jährlicher Stellenabbau von rd. 2000 Stellen,
- die Streichung der Sonderzuwendungen der Beamten und Arbeitszeitverkürzung bis zu 7,5 vH im Tarifbereich bei entsprechender Kürzung der Vergütung,
- Eingriffe in Leistungsgesetze des Landes (insbesondere Kürzung der Zuweisungen für Kindertagesstätten nach dem KiFÖG um rd. ein Viertel),
- Beginn einer Verwaltungsreform für die Landesverwaltung Sachsen-Anhalt.

Ziel der neuen Landesregierung ist es, zur Verringerung der Schuldenbelastung die Neuverschuldung konsequent weiter zurückzuführen und ab dem Jahr 2010 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Ab dem Jahr 2011 soll eine jährliche Tilgung einsetzen. Die Zielstellung der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD vom 18. April 2005 wurde damit durch den Beschluss zur Mittelfristigen Finanzplanung 2006 bis 2010 noch intensiviert.

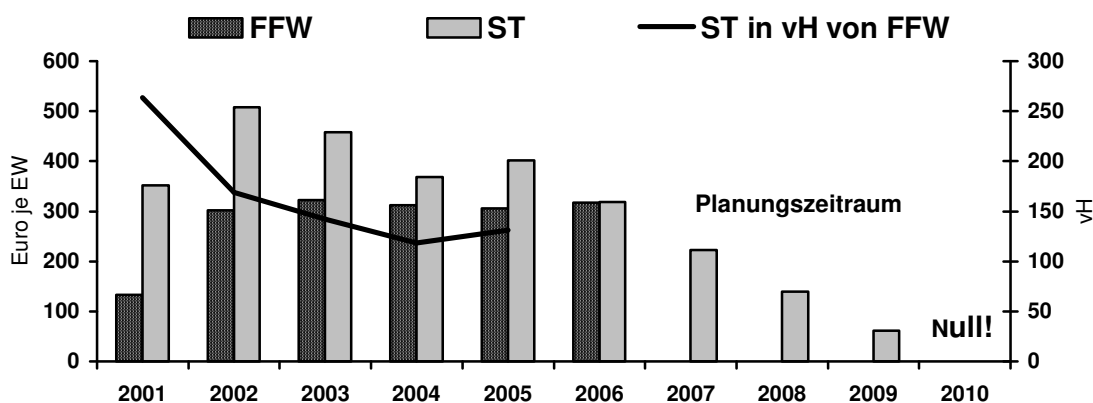
Für den Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2010 ergeben sich folgende Schwerpunkte:

- Ab 2007 wird die Verbundquote des kommunalen Finanzausgleichs von 23,8 auf 22,7 vH gesenkt. Damit verbunden wird eine Deregulierung im kommunalen Bereich.
- Künftig erfolgt eine Beteiligung der Kommunen in Höhe von rd. 10 vH an den Ausgaben für die überörtliche Sozialhilfe (stationäre Eingliederungshilfen), da gleichzeitig die kommunalen Ausgaben für die ambulanten Eingliederungshilfen deutlich unter denen der anderen Bundesländer liegen.
- Darüber hinaus wurde eine Überprüfung aller Ausgabetatbestände auf ihr - auch mittelfristiges - Konsolidierungspotenzial hin in Angriff genommen. Die Landesregierung wird mit der Haushaltsaufstellung 2008/2009 und unter wissenschaftlicher Begleitung in eine umfassende strategische Diskussion hinsichtlich der künftig notwendigen und finanzierbaren Struktur des Haushaltes eintreten.
- Der Bund ist dabei gefordert, die Länder durch die Verringerung bundesgesetzlicher Standards bei der Konsolidierung zu unterstützen und entsprechende Vorschläge des Bundesrates konstruktiv zu prüfen.

Die Mittelfristige Finanzplanung 2006 bis 2010 weist darüber hinaus vor dem Hintergrund der mittelfristigen Einnahmeentwicklung einen bis 2010 auf rd. 650 Mio. Euro ansteigenden jährlichen Handlungsbedarf aus. Die Landesregierung wird im Jahr 2007 die notwendigen Schritte zur sukzessiven Umsetzung von Maßnahmen zur Schließung der derzeit ermittelten Finanzierungslücken beraten und mit dem Doppelhaushalt 2008/2009 einleiten.

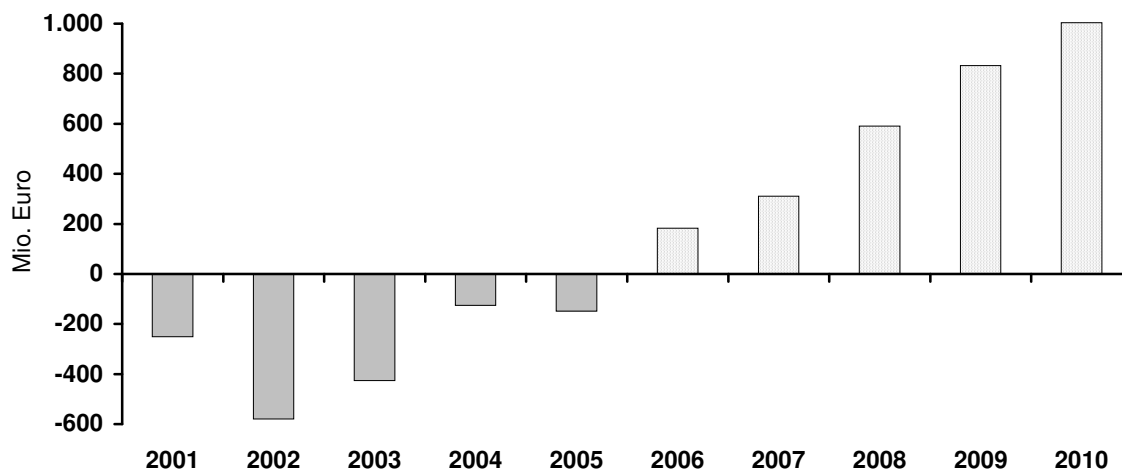
Abbildung III.1.12 zeigt die bisherige sowie die geplante Entwicklung der Neuverschuldung in Sachsen-Anhalt entsprechend der von der Landesregierung am 29. Aug. 2006 beschlossenen Mittelfristigen Finanzplanung 2006 bis 2010.

Abbildung III.1.12: Neuverschuldung auf Landesebene in Euro je Einwohner (Fehlbeträge dem Entstehungsjahr zugeordnet) im Vergleich zu den FFW



Damit verbunden ist auch die Zielsetzung des Übergangs von Primärdefiziten zu steigenden Primärüberschüssen⁸. Die entsprechend der Mittelfristigen Finanzplanung 2006 bis 2010 geplante Entwicklung des Primärsaldos zeigt [Abbildung III.1.13](#).

Abbildung III.1.13: Entwicklung des Primärsaldos in Sachsen-Anhalt



Für die erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen werden Eingriffe in alle Förder- und Sachhaushalte wie auch weitere Einschnitte in die Personalhaushalte unerlässlich sein. Dabei greift die Sichtweise, dass öffentliche Konsumausgaben grundsätzlich als eher „schlecht“ anzusehen sind, während öffentliche Investitionsausgaben als „gut“ angesehen werden, deutlich zu kurz. Entsprechend der Koalitionsvereinbarung wird eine Bewertung der Ausgaben an ihrer Zukunftswirksamkeit erfolgen. Eine ähnliche Einschätzung hat übrigens auch

⁸ Der Primärsaldo ist der Saldo zwischen bereinigten Einnahmen ohne Veräußerungserlöse und bereinigten Ausgaben ohne Zinsausgaben. Er gibt an, wie die aktuellen Ausgaben eines Jahres ohne "Erblasten" durch die jeweiligen Einnahmen gedeckt werden können. Erst bei einem Primärüberschuss ist dies vollständig möglich.

die Bundesregierung in ihrer Mittelfristigen Finanzplanung 2005 bis 2009 getroffen (vgl. dort, S. 49, bzw. S. 50 dieses Berichts).

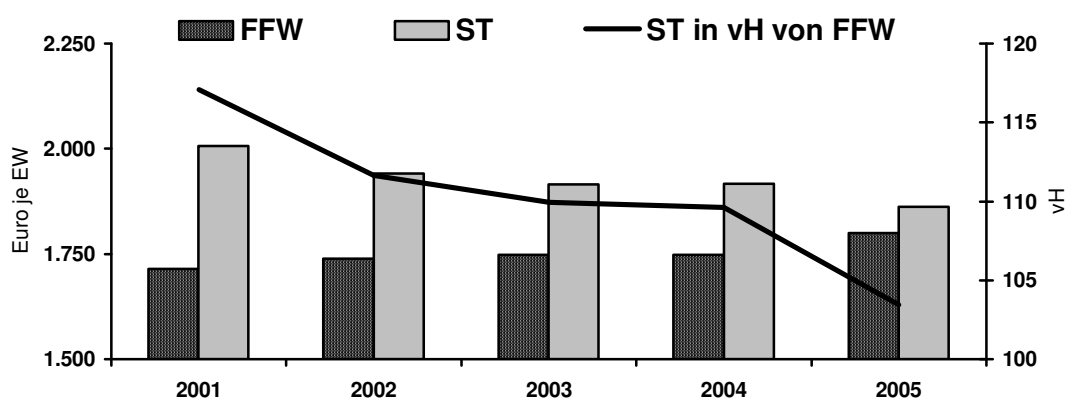
III.2 Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in Sachsen-Anhalt auf der kommunalen Ebene

III.2.1 Ausgaben

Bereinigte Gesamtausgaben

Die bereinigten Gesamtausgaben der Kommunen⁹ des Landes Sachsen-Anhalt, siehe Abbildung III.2.1, sind in den vergangenen Jahren sowohl absolut als auch in Relation zu den Kommunen in den finanzschwachen Westflächennländern gesunken. Während diese 2001 noch ca. 17 vH über den FFW-Werten lagen, ist der Abstand zwischenzeitlich auf ca. 3 vH zurückgegangen.

Abbildung III.2.1: Bereinigte Pro-Kopf-Ausgaben der kommunalen Ebene (ohne Fluthilfe) im Vergleich zu den FFW

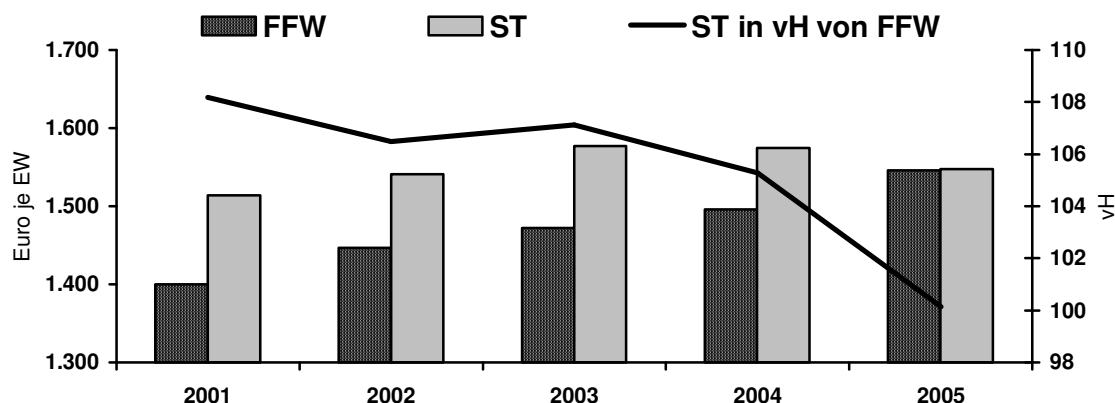


Ausgaben der laufenden Rechnung

Auf kommunaler Ebene sind die Ausgaben der laufenden Rechnung - ohne Fluthilfe - in Sachsen-Anhalt gegenüber 2001 um ca. 33 Euro je Einwohner angestiegen, siehe Abbildung III.2.2. Der Zuwachs fiel allerdings deutlich geringer aus als in den FFW-Kommunen (rd. 146 Euro je Einwohner). **Nachdem 2001 der Abstand zum FFW-Niveau noch etwa 8 vH-Punkte betrug, entsprechen die laufenden Ausgaben der Kommunen in Sachsen-Anhalt nunmehr dem Niveau in den Vergleichsländern.**

⁹ Ohne Ausgaben für Fluthilfe, die vollständig aus dem Aufbauhilfefonds finanziert wurden. In der kommunalen Kassenstatistik werden die Leistungen der Fluthilfe nicht gesondert erfasst. Daher wurden hier die vom Land geleisteten Beträge berücksichtigt.

Abbildung III.2.2: Ausgaben der laufenden Rechnung (ohne Fluthilfe) je Einwohner auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW



Die Tabelle III.2.1 zeigt die Hauptkomponenten der laufenden Ausgaben sowie die Ausgabenanteile im Jahr 2005 auf der Kommunalebene. Die laufenden Ausgaben der Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt liegen um 2 Euro je Einwohner höher als in den FFW-Kommunen, wobei erhebliche Strukturunterschiede zu beobachten sind. So liegen die Aufwendungen für aktives Personal in den Kommunen des Landes um 126 Euro je Einwohner höher als in den FFW-Kommunen (im Vorjahr noch 140 Euro je Einwohner). Gegenüber dem Vorjahr war ein Rückgang um 16 Euro bzw. 11 vH zu verzeichnen, der im Wesentlichen auf Personalabbau bei den kommunalen Verwaltungen in Sachsen-Anhalt beruht. In den FFW-Ländern sind die Pro-Kopf-Ausgaben für aktives Personal nur geringfügig gesunken.

Das in Sachsen-Anhalt höhere Niveau der Ausgaben für *aktives* Personal wird wesentlich dadurch verursacht, dass in den neuen Ländern immer noch mehr Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft geführt werden. Daher sind auch die Aufwendungen für den laufenden Sachaufwand höher als in den FFW-Kommunen; hier war der Unterschied zwischen Sachsen-Anhalts Kommunen und den FFW-Kommunen 2005 aber ebenfalls geringer als im Vorjahr. Dagegen sind - aufgrund des höheren Anteils von Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft - bei den Kommunen in Sachsen-Anhalt und auch in den anderen neuen Ländern die *Zuschüsse* an soziale Einrichtungen derzeit geringer als in den Kommunen in den Vergleichsländern West. Auch die Sozialausgaben liegen unter dem Niveau der FFW-Kommunen. Die Zinsausgaben liegen um 11 vH über dem Durchschnitt der Vergleichsländer.

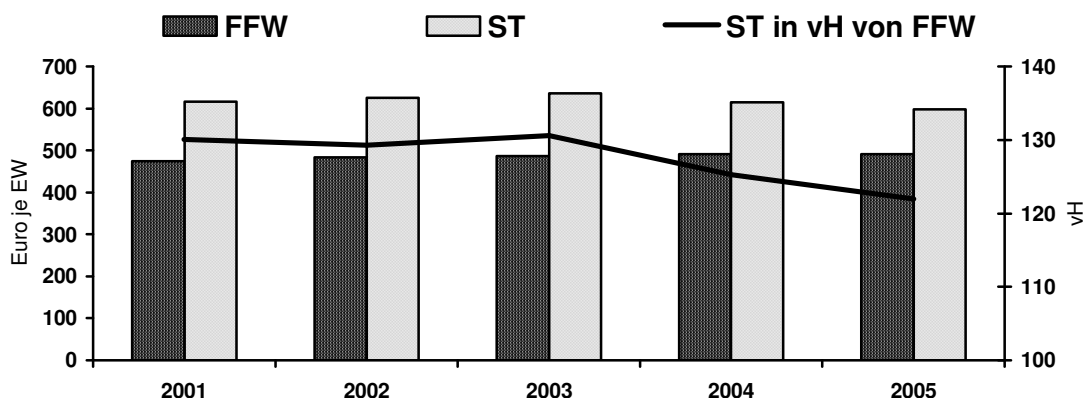
Tabelle III.2.1: Struktur der laufenden Ausgaben je Einwohner auf kommunaler Ebene im Jahr 2005

	ST		FFW	
	Euro je EW	vH-Anteil	Euro je EW	vH-Anteil
1. laufende Ausgaben gesamt	1.548	100,0	1.546	100,0
- davon:				
2. Personalausgaben	599	38,7	491	31,8
-- davon:				
2.a Versorgungsleistungen	40	2,6	58	3,8
2.b Bezüge für aktives Personal	559	36,1	433	28,0
3. Zinsausgaben	69	4,5	62	4,0
4. laufender Sachaufwand	375	24,2	348	22,5
5. laufende Zuweisungen an andere Bereiche	469	30,3	592	38,3
-- darunter:				
5.a Renten und Unterstützungen	337	21,8	461	29,8
5.b Zuweisungen und Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	61	3,9	79	5,1

Personalausgaben

Die Abbildung III.2.3 zeigt die Entwicklung der Personalausgaben in Euro je Einwohner auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW. **Die Kommunen des Landes haben seit 2001 die Personalausgaben trotz der deutlichen Tariflohnsteigerungen nominal um rund 114 Mio. Euro reduziert. Auch im Vergleich der Pro-Kopf-Ausgaben zu den FFW-Kommunen ist ein erheblicher Rückgang der Personalausgaben auf kommunaler Ebene zu erkennen.** Lagen die Personalausgaben je Einwohner auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt im Jahr 2001 noch bei ca. 130 vH des Westwertes, sind diese zwischenzeitlich auf ca. 122 vH gesunken. Hierbei ist zu beachten, dass gerade die Kommunen nach der Wende in erheblichem Umfang Personalüberbestände aus Einrichtungen der DDR sowohl im Verwaltungs- als auch im Sozialbereich übernommen haben, die nur sukzessive abgebaut werden können. Auch hohe Betreuungsstandards und eine überdurchschnittliche Versorgungsquote im Bereich der Kinderbetreuung sind ein Grund für überdurchschnittliche Ausgaben. Weiterhin sind Unterschiede in der kommunalen Verwaltungsstruktur zu berücksichtigen. Der in Abb. III.2.3 deutlich sichtbare Rückgang in Relation zu den FFW ist Ausdruck der weiter stattfindenden Anpassungsprozesse.

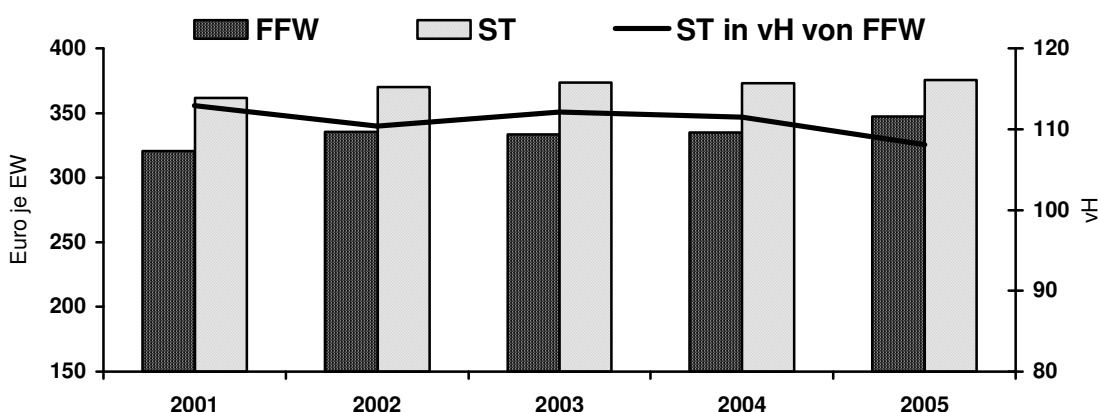
Abbildung III.2.3: Pro-Kopf-Personalausgaben auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW



Laufender Sachaufwand

Die Pro-Kopf-Ausgaben für den laufenden Sachaufwand lagen im Jahr 2005 in den Kommunen Sachsen-Anhalts je Einwohner um ca. 28 Euro über denen der FFW-Kommunen. Die Ursachen liegen, wie bereits erwähnt, im höheren Anteil von Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft. Der Abstand hat sich in den letzten Jahren reduziert, s. [Abbildung III.2.4](#), da der Anstieg bei den Kommunen in Sachsen-Anhalt unter dem Anstieg des laufenden Sachaufwandes in den FFW-Kommunen gehalten werden konnte.

Abbildung III.2.4: Pro-Kopf-Ausgaben für laufenden Sachaufwand auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW

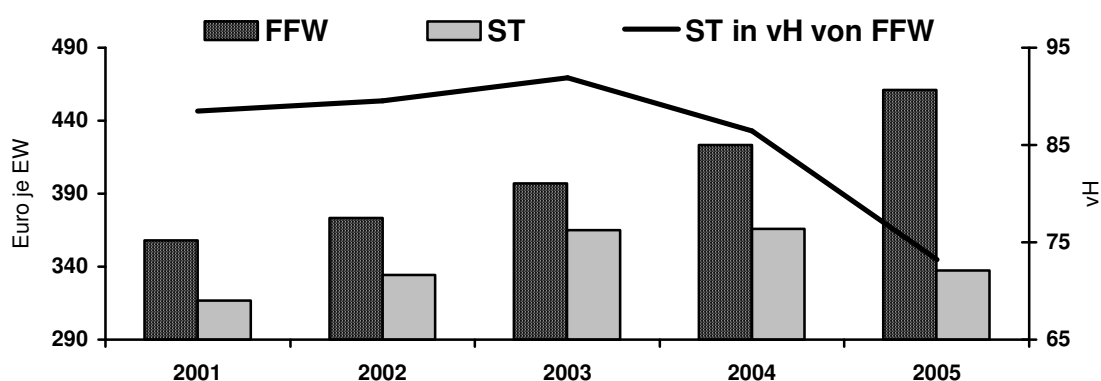


Sozialausgaben

[Abbildung III.2.5](#) zeigt die Sozialausgaben auf kommunaler Ebene seit dem Jahr 2001 in Sachsen-Anhalt und den FFW. Die Sozialausgaben waren in den letzten Jahren in Sachsen-Anhalt und den anderen neuen Flächenländern von einer dynamischen Entwicklung gekenn-

zeichnet. So sind die Ausgaben je Einwohner für soziale Leistungen der Kommunen des Landes von 2001 bis 2005 um knapp 7 vH angestiegen. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr um rd. 15 vH ist wesentlich durch die Änderung des Buchungsverfahrens ab 1. Januar 2005 bei den von den Kommunen in Sachsen-Anhalt aufgrund der Heranziehungsverordnung ausgeführten Leistungen der überörtlichen Sozialhilfe verursacht (dies bedingt einen Rückgang in Höhe von rd. 380 Mio. Euro). Insgesamt sind die sozialen Leistungen der Kommunen des Jahres 2005 und der Vorjahre wegen der Neuregelungen im SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende - nur bedingt vergleichbar.

Abbildung III.2.5: Pro-Kopf-Sozialausgaben auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW



Investive Ausgaben

Seit 2001 sind die Ausgaben der Kapitalrechnung - ohne Fluthilfe - um ca. 178 Euro je Einwohner gesunken. Dies ist im Wesentlichen auf die niedrigeren Sachinvestitionen der Kommunen in Sachsen-Anhalt zurückzuführen. Trotzdem ist festzustellen, dass im Jahr 2005 im Verhältnis zu den Kommunen der FFW-Länder um etwa 36 vH höhere Sachinvestitionen getätigt wurden.

Tabelle III.2.2: Struktur der Ausgaben der Kapitalrechnung je Einwohner auf kommunaler Ebene im Jahr 2005

	ST		FFW	
	Euro je EW	vH-Anteil	Euro je EW	vH-Anteil
1. Ausgaben der Kapitalrechnung insgesamt - dsgl. ohne Fluthilfe ¹⁰	355 314	100,0	254	100,0
-- darunter:				
2. Sachinvestitionen	282	79,4	207	81,5

¹⁰ Eine Trennung der Fluthilfeausgaben auf kommunaler Ebene (vom Land wurden rd. 102 Mio. Euro investive Ausgaben an die Kommunen geleistet) in Sachinvestitionen und Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche ist nicht möglich, da die Fluthilfeausgaben in der kommunalen Kassenstatistik nicht erfasst werden.

	ST		FFW	
	Euro je EW	vH-Anteil	Euro je EW	vH-Anteil
3. Vermögensübertragungen und Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche	50	14,1	24	9,4

Tabelle III.2.2 zeigt die Struktur der investiven Ausgaben je Einwohner auf kommunaler Ebene. Die Sachinvestitionsausgaben lagen im Jahr 2005 in Sachsen-Anhalt ca. 36 vH über denen der Kommunen in den FFW, während dieser Abstand im Jahr 2001 noch bei 52 vH lag. In Sachsen-Anhalt gingen die Pro-Kopf-Sachinvestitionen in diesem Zeitraum stärker zurück als in den FFW-Ländern, wobei allerdings das höhere Ausgangsniveau zu berücksichtigen ist. Die Mittel wurden dabei insbesondere in die Infrastrukturbereiche Straßenbau, Städtebau und Schulbau investiert.

III.2.2 Einnahmen

Bereinigte Gesamteinnahmen

Tabelle III.2.3 zeigt die Höhe und Struktur der Einnahmen der Kommunen im Jahr 2005. Diese verbuchten im Jahr 2005 je Einwohner bereinigte Gesamteinnahmen in Höhe von rd. 1.866 Euro und damit um ca. 8 vH höhere Einnahmen als die FFW-Kommunen. 57 vH der Einnahmen entfielen dabei auf Zahlungen des Landes innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs, während in den FFW-Kommunen der Anteil der Zuweisungen aus dem Landeshaushalt bei lediglich ca. 35 vH lag. Absolut bedeutet das höhere Zuweisungen in Höhe von über 400 Mio. Euro aus dem Landeshaushalt Sachsen-Anhalts.

Tabelle III.2.3: Struktur der Einnahmen je Einwohner in Euro auf kommunaler Ebene im Jahr 2005

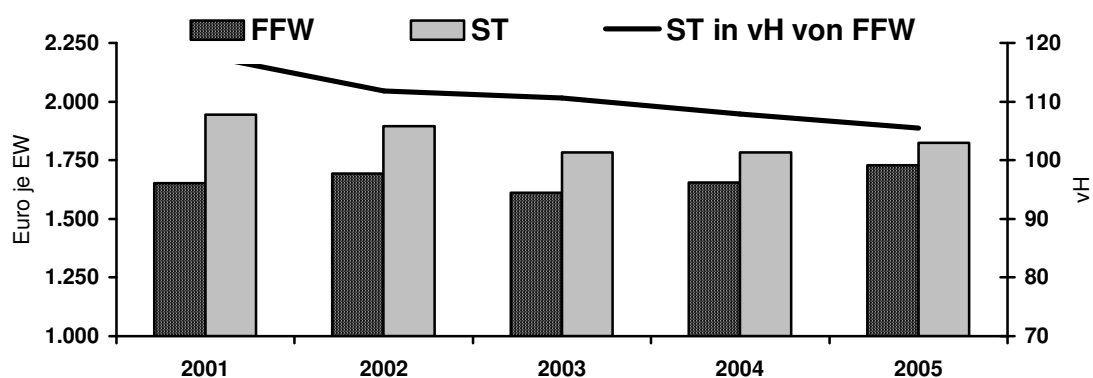
	ST		FFW	
	Euro je EW	vH-Anteil	Euro je EW	vH-Anteil
1. bereinigte Einnahmen insgesamt <i>dsgl. ohne Fluthilfe</i>	1.866 1.824	100,0	1.723	100,0
darunter:				
2. Steuereinnahmen	391	21,0	628	36,4
3. Zahlungen vom Land <i>dsgl. ohne Fluthilfe ¹¹</i>	1.066 1.025	57,1	611	35,5

¹¹ In Abgrenzung der Zahlungen aus dem Landeshaushalt

	ST		FFW	
	Euro je EW	vH-Anteil	Euro je EW	vH-Anteil
4. Gebühren und Verwaltungseinnahmen	155	8,3	160	9,3
5. Vermögensveräußerungen	43	2,3	59	3,4

In Abbildung III.2.6 wird die Entwicklung der bereinigten Einnahmen - ohne Fluthilfe - auf der kommunalen Ebene dargestellt. Die Einnahmen sind seit 2001 stetig gesunken und lagen im Jahr 2005 um ca. 121 Euro je Einwohner unter dem Wert des Jahres 2001, aber noch bei ca. 106 vH der durchschnittlichen Einnahmen der Kommunen in den finanzschwachen Westflä-chenländern.

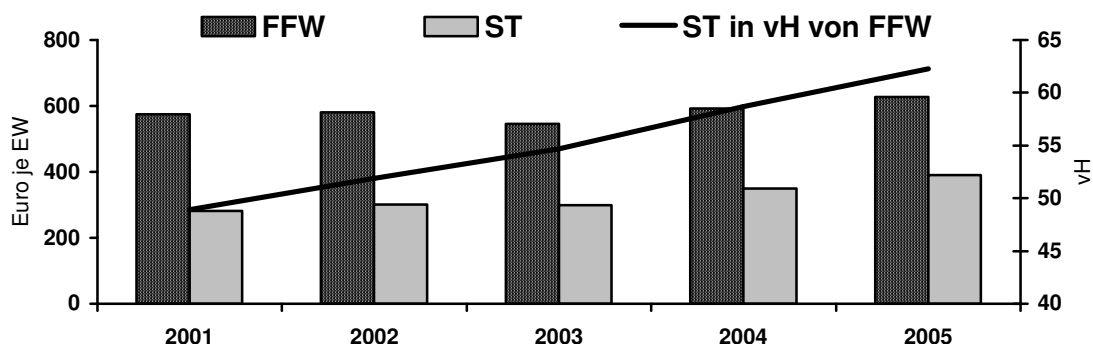
Abbildung III.2.6: Bereinigte Pro-Kopf-Einnahmen (ohne Fluthilfe) auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW



Steuereinnahmen

Aus eigenen Steuereinnahmen erwirtschafteten die Kommunen des Landes im Jahr 2005 ca. 21 vH der Einnahmen und damit deutlich mehr als im Jahr 2001 (ca. 14 vH). Der Abstand zu den Kommunen in den FFW (ca. 38 vH) hat sich damit weiter verringert. Den größten Beitrag dazu leistete der Anstieg der Gewerbesteuereinnahmen infolge der Gewerbesteuerreform im Rahmen der Gemeindefinanzreform. Die Entwicklung der Steuereinnahmen im Vergleich zu den FFW zeigt Abbildung III.2.7.

Abbildung III.2.7: Steuereinnahmen je Einwohner auf Ebene der Gemeinden im Vergleich zu den FFW



Die Steuerkraft der Gemeinden in Sachsen-Anhalt hat sich zwischen 2001 und 2005 um rd. 39 vH erhöht, im Vergleich zu rd. 9 vH bei den Kommunen der FFW.

Ergänzend zeigt die Tabelle III.2.4 das Pro-Kopf-Aufkommen der wichtigsten Steuerarten. Die Steuerkraft der Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt liegt insbesondere beim Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer (41 vH des FFW-Niveaus) noch deutlich unter dem Wert der finanzschwachen Westflächenländer. Bei der Grundsteuer B beträgt der Abstand ca. 32 vH und bei der Gewerbesteuer netto noch ca. 28 vH. Die Steuereinnahmen der Gemeinden werden im Rahmen der Darstellung der SOBEZ-Verwendung zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft im Abschnitt IV nochmals ausführlicher behandelt.

Tabelle III.2.4: Steuereinnahmen auf Ebene der Gemeinden in Euro je Einwohner 2005

	ST	FFW	ST in vH von FFW
1. Grundsteuer A	8,5	6,4	133,0
2. Grundsteuer B	78,0	115,5	67,6
3. Gewerbesteuer (Brutto)	210,1	325,1	64,6
3a. Gewerbesteuer netto (./. Gewerbesteueruml.)	183,4	256,1	71,6
4. Anteil a.d. Lohn-/ veranl. Einkommensteuer	86,9	212,4	40,9
5. Anteil an der Umsatzsteuer	29,0	27,6	104,8
6. Vergnügungsteuer	2,1	3,2	64,0
7. Hundesteuer	2,9	3,1	93,1
8. Zweitwohnungsteuer	0,4	2,0	19,7
9. Sonstige Gemeindesteuern	3,2	0,9	372,8
10. Steuereinnahmen der Gemeinden/ GV. insgesamt	390,9	627,7	62,3

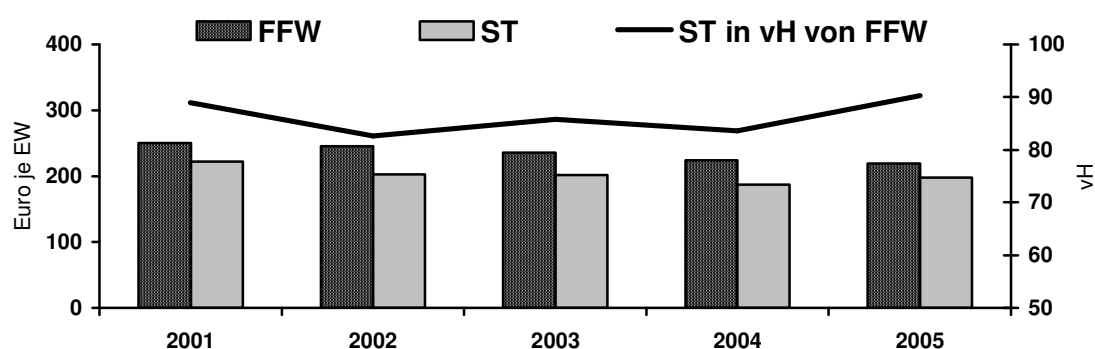
Zahlungen vom Land

Die Einnahmen aus Zahlungen des Landes an die Kommunen wurden bereits im Abschnitt III.1 bei der Darstellung der Entwicklung des Landeshaushaltes erwähnt, siehe Abbildung III.1.7. In Abgrenzung der Kassenstatistik vereinnahmten die Kommunen Sachsen-Anhalts im Jahr 2005 rd. 2.648 Mio. Euro (einschließlich der ab 2005 erstmals zu leistenden aufgabenbezogenen Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung), das sind in Vergleich zu 2001 ca. 15 vH weniger. Zu berücksichtigen ist hier die systematische Umstellung bei der Zahlung der überörtlichen Sozialhilfe in Sachsen-Anhalt, wodurch die in der Kassenstatistik ausgewiesenen Einnahmen vom Land verringert werden.

Einnahmen aus Gebühren usw. sowie Einnahmen aus Vermögensveräußerungen

Auf Kommunalebene waren die Einnahmen aus Gebühren in Sachsen-Anhalt um 5 Euro je Einwohner niedriger als in den FFW-Ländern. 2001 betrug dieser Abstand noch rd. 15 Euro. Im Gegensatz zu den FFW-Ländern ist das Gebührenaufkommen der Kommunen in Sachsen-Anhalt seit 2001 kontinuierlich gestiegen. Die Pro-Kopf-Einnahmen aus *Vermögensveräußerungen* sind dagegen in den letzten Jahren zurückgegangen, daher ist bei den Pro-Kopf-Einnahmen aus Gebühren und Vermögensveräußerungen insgesamt gegenüber 2001 ein Rückgang um 11 vH zu verzeichnen, s. Abbildung III.2.8. Gegenüber dem Vorjahr konnte aber ein Anstieg um rd. 6 vH erreicht werden (FFW minus 2 vH).

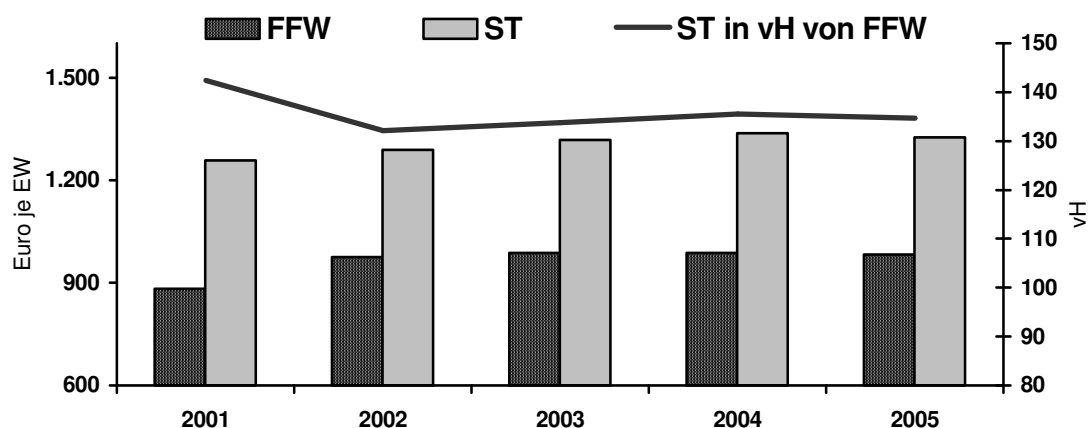
Abbildung III.2.8: Einnahmen der Kommunen aus Gebühren und Veräußerungserlösen je Einwohner im Vergleich zu den FFW



III.2.3 Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Neuverschuldung der kommunalen Ebene in Sachsen-Anhalt

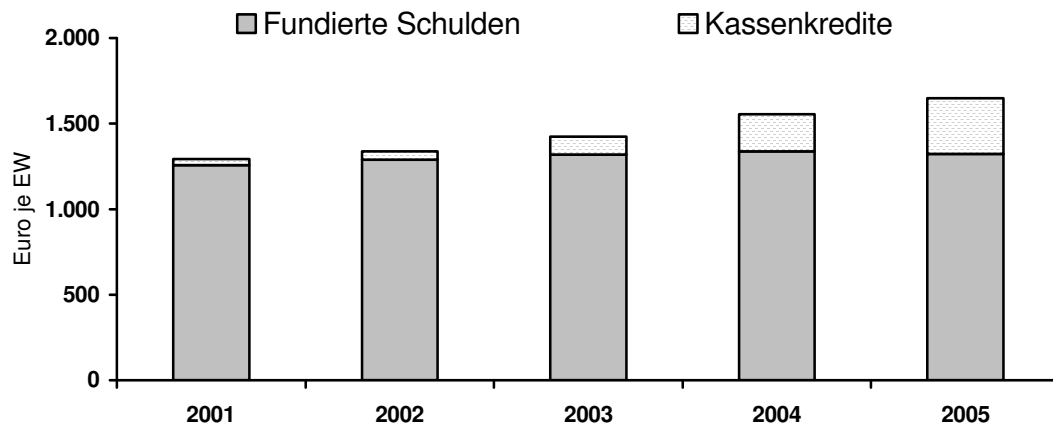
Im Jahr 2005 konnten die Schulden der FFW-Kommunen in etwa auf dem Vorjahresniveau gehalten werden, in den Kommunen Sachsen-Anhalts wurden Schulden getilgt. In den FFW-Kommunen ergibt sich für die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um ca. 3 Euro je Einwohner, in den Kommunen Sachsen-Anhalts sank der Schuldenstand je Einwohner um ca. 11 Euro. Dagegen haben sich die von den Kommunen aufgenommenen Kassenkredite um rd. 250 Mio. Euro erhöht.

Abbildung III.2.9: Pro-Kopf-Schulden auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW



Die Entwicklung der Neuverschuldung der Kommunen des Landes ist von der Einnahmementwicklung der letzten Jahre bestimmt. Konnten im Jahr 2000 netto erstmals Kredite getilgt werden, war bis 2004 eine Fortsetzung der Kredittilgung aufgrund zurückgehender Einnahmen nicht mehr möglich. 2005 konnten erstmals wieder 24 Euro je Einwohner getilgt werden. Gleichzeitig haben sich die Kassenkredite gegenüber dem Vorjahr um etwa 46 vH erhöht, siehe [Abbildung III.2.10](#). Insgesamt war bei fundierten Schulden und Kassenkrediten je Einwohner gegenüber 2001 ein Aufwuchs um rd. 28 vH zu verzeichnen.

Abbildung III.2.10: Pro-Kopf-Schulden und Kassenkredite auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt



Infolge der insgesamt leicht höheren Verschuldung der Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt sind auch die Zinszahlungen höher als in den FFW-Kommunen. Die Zinsausgaben lagen im Jahr 2005 in Sachsen-Anhalt auf kommunaler Ebene bei ca. 69 Euro je Einwohner, während die FFW-Kommunen hierfür ca. 63 Euro je Einwohner aufwenden mussten.

III.3 Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen im Land Sachsen-Anhalt

III.3.1 Ausgaben im Land Sachsen-Anhalt insgesamt

Tabelle III.3.1 zeigt die bereinigten Gesamtausgaben, die Ausgaben der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung (ohne Fluthilfe¹²) in Sachsen-Anhalt auf der konsolidierten Länder- und Kommunalebene im Vergleich zum Durchschnittswert der finanzschwachen Westflächenländer.

Tabelle III.3.1: Entwicklung der bereinigten Gesamtausgaben, der Ausgaben der Kapitalrechnung und der laufenden Rechnung in Sachsen-Anhalt (ohne Fluthilfe)

in Euro je Einwohner

	bereinigte Gesamtausgaben		Ausgaben der Kapitalrechnung		laufende Ausgaben	
	Euro je EW	in vH des FFW-Wertes	Euro je EW	in vH des FFW-Wertes	Euro je EW	in vH des FFW-Wertes
2001	4.758	120,6	1.076	191,8	3.682	108,8
2002	4.750	119,8	952	193,3	3.798	109,4
2003	4.892	123,1	947	194,6	3.945	113,2
2004*	4.736	119,9	835	194,0	3.901	110,8
2005	4.883	123,4	881	199,9	4002	113,8

in Mio. Euro

	bereinigte Ausgaben	Ausgaben der Kapitalrechnung	laufende Ausgaben
2001	12.369	2.796	9.573
2002	12.184	2.443	9.742
2003	12.404	2.401	10.003
2004*	11.890	2.096	9.794
2005	12.127	2.189	9.940

* 2004 ohne Einmaleffekt Ausgleich Lehrer-Arbeitszeitkonten

Es wird ersichtlich, dass die bereinigten Gesamtausgaben in absoluten Beträgen in den Jahren bis 2004 deutlich gesunken sind. Durch den stärkeren Einwohnerrückgang

¹² Zu den Fluthilfeausgaben der einzelnen Kommunen liegen keine Angaben vor. Daher werden die Fluthilfeausgaben auf der aggregierten Ebene in gleicher Höhe der 2005 empfangenen Einnahmen aus dem Aufbauhilfefonds in Höhe von rd. 112 Mio. Euro abgesetzt. Dies kann daher nur auf Ebene der Gesamtausgaben, der Ausgaben der laufenden Rechnung (1 Mio. Euro) sowie der Kapitalrechnung (111 Mio. Euro) zugeordnet werden.

der neuen Länder ist diese Entwicklung auf der Ebene der Pro-Kopf-Ausgaben aber nicht sichtbar. Ab **2005** ist durch den **Sondereffekt der Hartz-IV-Ausgaben** ein Anstieg zu verzeichnen.

Die laufenden Pro-Kopf-Ausgaben der zusammengefassten Haushalte beider Ebenen in Sachsen-Anhalt lagen auch 2005 um ca. 14 vH über den laufenden Ausgaben der finanzschwachen Westflächenländer, je Einwohner bedeutet das einen Betrag von rd. 487 Euro an Mehrausgaben 2005 in Sachsen-Anhalt. Zu den Ursachen wird auf die Abschnitte III.1 und III.2 verwiesen.

Die investiven Ausgaben sind sowohl absolut als auch in Relation zu den FFW zurückgegangen¹³. Sie sind aber immer noch doppelt so hoch wie in den FFW. Je Einwohner gerechnet waren die investiven Ausgaben im Jahr 2005 um ca. 195 Euro geringer als im Jahr 2001. Eine wesentliche Ursache des Rückgangs insgesamt liegt darin, dass die laufenden Ausgaben im Gegensatz zu den investiven Ausgaben weitgehend durch Leistungsgesetze des Bundes und des Landes bestimmt werden und daher bei starken Konsolidierungserfordernissen ein überproportionaler Beitrag aus den Investitionsausgaben erbracht werden muss.

Die Tabelle III.3.2 zeigt die einzelnen Ausgabenkomponenten der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung im Jahr 2005. Zu den Ursachen der einzelnen Abweichungen wird auf die Abschnitte III.1 und III.2 des Berichts verwiesen.

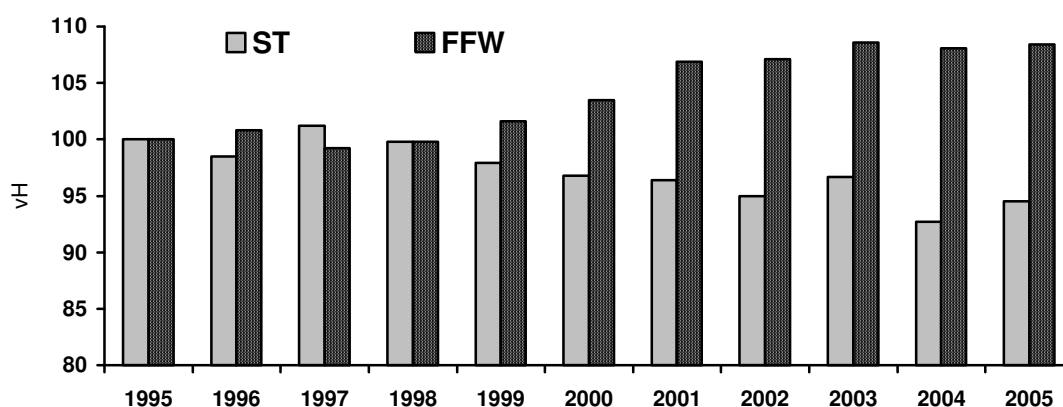
¹³ ohne Sondereffekt aus der Kapitalzuführung an die NordLB 2005

Tabelle III.3.2: Höhe und Struktur der Ausgaben auf Landes- und Kommunalebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den finanzschwachen Westflächenländern im Jahr 2005

	ST			FFW	
	Euro je EW	vH-Anteil	ST in vH von FFW	Euro je EW	vH-Anteil
A. laufende Ausgaben	4.003	81,2	113,9	3.516	88,9
<i>dsgl. ohne Fluthilfe</i>	<i>4.002</i>	<i>82,0</i>	<i>113,8</i>		
- davon					
1. Personalausgaben	1.533	31,1	96,1	1.595	40,3
-- davon:					
1a. Versorgungsleistungen	57	1,2	18,7	303	7,7
1b. Bezüge für aktives Personal	1.476	30,0	114,3	1.292	32,6
2. Zinsausgaben	422	8,5	118,9	355	9,0
3. laufender Sachaufwand	561	11,4	101,5	553	14,0
4. Laufende Zuweisungen an andere Bereiche	1.331	27,0	131,4	1.013	25,6
-- darunter:					
4a. Renten, Unterstützung und dgl.	413	8,4	81,5	507	12,8
4b. Zuweisungen und Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	123	2,5	83,9	147	3,7
4c. Zuweisungen und Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	195	4,0	105,7	185	4,7
4d. Zuweisungen und Zuschüsse an sonstige Unternehmen	362	7,4	346,7	105	2,7
5. AAÜG-Ausgaben	156	3,2	-	-	-
B. Ausgaben der Kapitalrechnung					
<i>dsgl. ohne Fluthilfe</i>	<i>881</i>	<i>18,0</i>	<i>199,9</i>		
1. Sachinvestitionen	346	7,0	142,2	243	6,1
2. Vermögensübertragungen an andere Bereiche	358	7,3	337,0	106	2,7
C. bereinigte Gesamtausgaben					
<i>dsgl. ohne Fluthilfe</i>	<i>4.883</i>	<i>100,0</i>	<i>123,4</i>		

Bei Betrachtung der zurückliegenden Jahre wird deutlich, dass Sachsen-Anhalt seine Ausgaben seit 1995 erheblich stärker konsolidiert hat als die ebenfalls von den vorhandenen Sparzwängen betroffenen FFW. So zeigt Abbildung III.3.1 einen Ausgaberrückgang um etwa 5 vH seit 1995 für Sachsen-Anhalt (ohne Fluthilfe), dagegen war in den FFW im gleichen Zeitraum ein Ausgabenzuwachs von etwa 8 vH zu verzeichnen.

Abbildung III.3.1: Ausgabenzuwachsraten in Sachsen-Anhalt einschließlich der kommunalen Ebene im Vergleich zu den FFW (bereinigte Ausgaben ohne Fluthilfe und Lehrer-Arbeitszeitkonten 2004) 1995 = 100



III.3.2 Einnahmen im Land Sachsen-Anhalt insgesamt

In Tabelle III.3.3 wird die Entwicklung der bereinigten Einnahmen insgesamt, der Einnahmen der Kapitalrechnung und der laufenden Rechnung (ohne Fluthilfe) seit dem Jahr 2001 in Euro je Einwohner, in Prozent der Vergleichswerte des Durchschnitts der FFW sowie in absoluten Beträgen ausgewiesen.

Tabelle III.3.3: Entwicklung der bereinigten Einnahmen, der Einnahmen der Kapitalrechnung und der laufenden Rechnung in Sachsen-Anhalt
in Euro je Einwohner

	bereinigte Gesamteinnahmen		Einnahmen der Kapitalrechnung		laufende Einnahmen	
	Euro je EW	in vH des FFW-Wertes	Euro je EW	in vH des FFW-Wertes	Euro je EW	in vH des FFW-Wertes
2001	4.307	122,4	416	174,0	3.891	118,6
2002	4.074	117,7	399	184,7	3.675	113,2
2003	4.271	123,9	548	227,4	3.723	116,2
2004	4.345	121,5	427	197,7	3.918	116,6
2005	4.444	126,4	425	193,2	4.019	121,9

	bereinigte Einnahmen	Einnahmen der Kapital- rechnung	laufende Einnahmen
2001	11.198	1.082	10.116
2002	10.451	1.025	9.427
2003	10.831	1.389	9.442
2004	10.907	1.072	9.835
2005	11.037	1.055	9.982

FFW: Ohne SanierungsBEZ des Saarlandes bis 2004.

Die Gesamteinnahmen lagen in den vergangenen Jahren etwa bei 122 vH des FFW-Vergleichswertes. Bei Betrachtung der absoluten Zahlen ergibt sich von 2001 bis 2005 ein Rückgang von 161 Mio. Euro. Je Einwohner betrachtet sind die Gesamteinnahmen 2005 (ohne Fluthilfe) aufgrund des demografischen Effekts aber gegenüber dem Jahr 2001 um rd. 137 Euro gestiegen. Gegenüber 2004 ist ein Zuwachs von ca. 1 vH (absolut 130 Mio. Euro) aufgrund gestiegener Steuereinnahmen (insbesondere auf Gemeindeebene) festzustellen.

Die Tabelle III. 3.4 zeigt die Höhe und Struktur der Einnahmen im Jahr 2005. Die gesamten Pro-Kopf-Einnahmen lagen ca. 126 vH über denen der FFW. Die Steuereinnahmen des Landes und seiner Kommunen erreichten nur ca. 87 vH der FFW-Vergleichswerte, wobei die ausschließliche Ursache für die unterdurchschnittlichen Steuereinnahmen die geringe kommunale Steuerkraft in Sachsen-Anhalt ist, da über die Umsatzsteuerverteilung die Pro-Kopf-Steuerkraft der Nehmerländer auf Länderebene im Finanzausgleich weitgehend angeglichen wird.

Die erhebliche Transferabhängigkeit der Finanzausstattung des Landes Sachsen-Anhalt wird insbesondere sichtbar, wenn man beachtet, dass das Land lediglich ca. 47 vH seiner Einnahmen aus Steuern erzielt hat, während in den finanzschwachen Westflächenländern die Quote bei rd. 69 vH lag. Aus Leistungen des Bundes – laufende und investive Zuweisungen – bezog das Land im Jahr 2005 ca. 25 vH seiner Einnahmen, davon entfallen rd. 15 vH auf unmittelbare Zuweisungen aus dem Solidarpakt II (Korb I = SOBEZ).

Tabelle III.3.4: Höhe und Struktur der Einnahmen auf Landes- und Kommunalebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den finanzschwachen Westflächenländern im Jahr 2005

	ST			FFW	
	Euro je EW	vH-Anteil	ST in vH von FFW	Euro je EW	vH-Anteil
A. laufende Einnahmen	4.020	89,6	121,9	3.297	93,7
<i>dsgl. ohne Fluthilfe</i>	4.019	90,4	121,9		
darunter:					
1. Steuereinnahmen	2.102	46,8	87,0	2.417	68,7
2. Verwaltungseinnahmen	444	9,9	82,2	526	15,0
3. Einnahmen aus dem LFA	227	5,1	442,0	51	1,5
4. Laufende Zahlungen des Bundes	1.132	25,2	497,8	227	6,5
-- darunter:					
4a. SOBEZ	667	14,9			
darunter:					
B. Einnahmen der Kapitalrechnung	469	10,4	213,5	220	6,3
<i>dsgl. ohne Fluthilfe</i>	425	9,6	193,3		
darunter:					
1. Zuweisungen vom Bund	192	4,3	348,9	55	1,6
2. Zuweisungen von der EU	207	4,6	522,9	40	1,1
darunter:					
C. bereinigte Gesamteinnahmen	4.489	100,0	127,7	3.517	100,0
<i>dsgl. ohne Fluthilfe</i>	4.444	100,0	126,4		

Langfristig hat Sachsen-Anhalt deutliche Einnahmenverluste im Zuge der Abschmelzung der Transferleistungen im Rahmen des Solidarpakt II zu kompensieren. Dies betrifft die SOBEZ, die von derzeit 1.657 Mio. Euro auf letztmalig 330 Mio. Euro im Jahr 2019 zurückgehen werden, weitere überproportionale Leistungen, die das Land vom Bund im Rahmen anderer Programme erhält sowie Zuweisungen von der EU.

III.3.3 Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Entwicklung der Neuverschuldung im Land Sachsen-Anhalt insgesamt

Seit dem Jahr 2001 sind die Pro-Kopf-Schulden des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen um etwa 2.252 Euro je Einwohner angestiegen, siehe Abbildung III.3.2. Ursache sind die bereits beschriebenen extrem hohen Einnahmenausfälle infolge der Konjunkturschwäche, aber auch der Steuerreform.

Abbildung III.3.2: Pro-Kopf-Schulden des Landes und der Kommunen im Vergleich zu den FFW

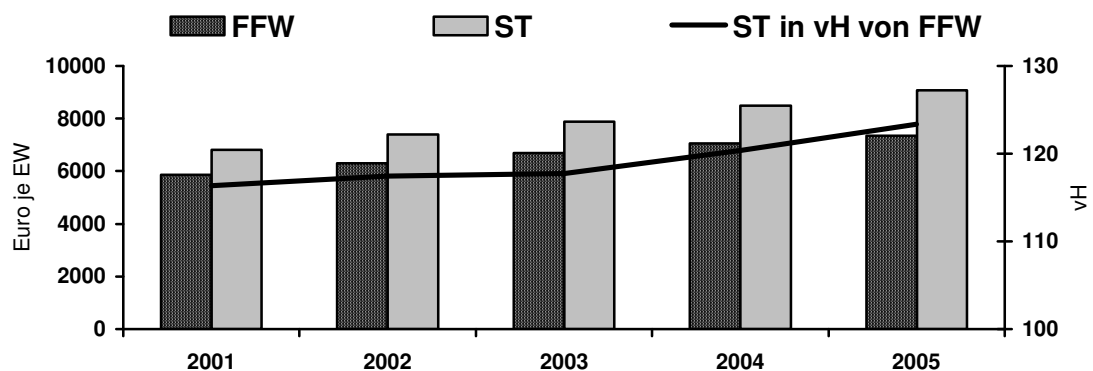
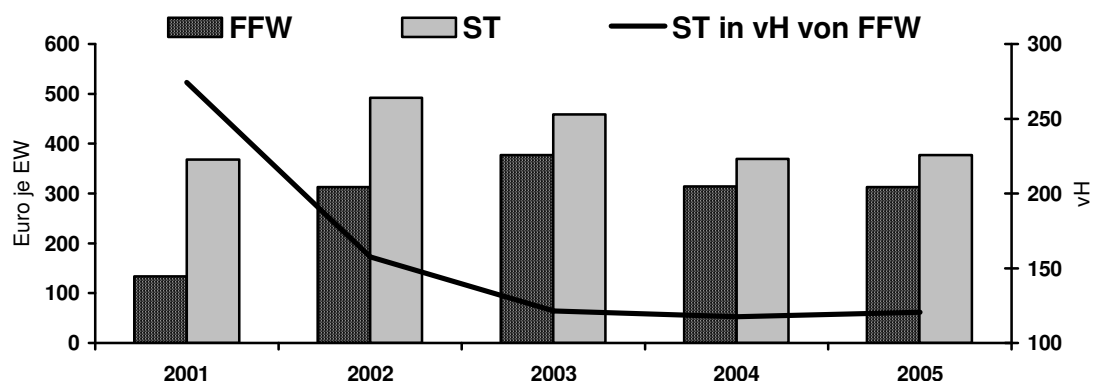


Abbildung III.3.3 zeigt die jeweilige jährliche Neuverschuldung, die hier unter ursächlicher Zuordnung der jeweiligen Jahresfehlbeträge dargestellt wird. **Danach ist erkennbar, dass in der Tendenz eine rückläufige Neuverschuldung seit 2002 - dem Jahr der höchsten Steuerausfälle - erreicht werden konnte.** Eine vergleichbare Entwicklung ist auch in den FFW zu verzeichnen.

Abbildung III.3.3: Pro-Kopf-Neuverschuldung des Landes und der Kommunen (Fehlbeträge auf Landesebene dem Entstehungsjahr zugeordnet) im Vergleich zu den FFW



III.4 Zusammenfassende Bewertung der finanzwirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen-Anhalt

Die im Abschnitt III. vorgenommene Analyse zeigt, dass das Land eine Reihe von spezifischen finanzwirtschaftlichen Problemen zu bewältigen hat, die vielfach noch auf teilungsbedingte Lasten und die im Jahr 1990 übernommene „Erbmasse“ zurückzuführen sind. Es konnte aber auch sichtbar gemacht werden, dass beide Ebenen erhebliche Beiträge zur Ausgabenkonsolidierung und damit zur Begrenzung des Schuldenwachstums im Land geleistet haben. So wurde im Jahr 2005 gegenüber dem Ausgangsjahr 1995 des Solidarpakts eine Ausgabenreduzierung um etwa 6 vH erreicht (trotz neu hinzugetretener Ausgaben aus der Arbeitsmarktreform), während in den FFW gleichzeitig ein Anstieg um etwa 8 vH erfolgte.

Diese Anstrengungen zur Konsolidierung der Haushalte wurden allerdings durch die extremen Einnahmenverluste aus den Steuerausfällen der vergangenen Jahre erheblich gestört und fanden damit bis 2005 noch keinen entsprechend hohen Niederschlag bei der Rückführung der Neuverschuldung. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass Sachsen-Anhalt sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite von Faktoren und Entwicklungen abhängig ist, die vom Land nicht direkt kontrollierbar sind und auch nicht in der ausschließlichen Entscheidungsverantwortung des Landes liegen. So wurden die erheblichen Einnahmeausfälle bei den Steuern und den Einnahmen aus dem Finanzausgleich beim Land und seinen Kommunen durch die schwache Wirtschaftsentwicklung in Gesamtdeutschland verursacht. Ferner wurden beide Ebenen ausgabeseitig auch durch Entwicklungen belastet, die nicht bzw. kaum durch das Land zu gestalten sind. Zu nennen sind hier die gestiegenen Aufwendungen im Rahmen der Sozialausgaben und insbesondere auch das hohe Niveau der Zahlungen im Rahmen des AAÜG.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung hat die neue Landesregierung mit dem Regierungsentwurf 2007 erstmals eine deutliche Absenkung der Neuverschuldung auf 550 Mio. Euro beschlossen. Dies ist fast eine Halbierung des Betrages aus dem Jahr 2005. **Entsprechend der Mittelfristigen Finanzplanung 2006 bis 2010 wird mit der vorgelegten Zeitschiene zur Rückführung der Neuverschuldung der weiteren Konsolidierung hohe Priorität einräumt. Es ist erklärtes Ziel der Landesregierung, im Jahr 2010 erstmals einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen.**

IV. Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen im Berichtsjahr 2005 in Sachsen-Anhalt

In diesem Abschnitt erfolgt entsprechend dem vereinbarten Nachweisschema eine Darstellung der Verwendung der Solidarpaktmittel 2005. Diese sind ab 2005 entsprechend den Bestimmungen des § 11 Abs. 3 FAG, zuletzt geändert mit dem Solidarpaktfortführungsgesetz vom 20. Dez. 2001,

- für investive Zwecke und
- zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK)

einzusetzen. Eine Anrechnung der weiterhin bestehenden teilungsbedingten Sonderlasten, insbesondere aus dem AAÜG, ist nach der neuen gesetzlichen Regelung ab 2005 nicht mehr vorgesehen.

IV.1 Der investive Einsatz der SOBEZ

Nach dem vereinbarten Berechnungsschema ergibt sich für die konsolidierte Landes- und Kommunalebene folgende investive Verwendung, s. Tabelle IV.1.1:

Tabelle IV.1.1: Berechnung der aus den SOBEZ finanzierten Investitionen in Sachsen-Anhalt (Landes- und Kommunalebene) in Euro je Einwohner

	2002	2003	2004	2005
1. Investitionsausgaben für Infrastruktur	863	1.010	879	825
- davon:				
Sachinvestitionen ¹⁴	480	459	426	367
sonstige Investitionen	383	551	453	458
Schuldendiensthilfen ¹⁵				7
2. investive Einnahmen	372	475	422	401
- davon:				
Zuweisungen für Investitionen vom öffentlichen Bereich	256	279	235	194
Zuschüsse für Investitionen von sonstigen Bereichen	115	196	187	207
3. eigenfinanzierte Infrastrukturinvestitionen (1.–2.) ¹⁶	492	535	457	424
4. anteilige Neuverschuldung ¹⁷	605	447	344	271
5. aus den SOBEZ finanzierte Investitionen (3.–4.) ¹⁸	0	88	113	153
6. empfangene SOBEZ	648	655	662	667
7. investive Verwendung in vH der SOBEZ	0	13,4	17,1	22,9
8. investive Verwendung in Mio. Euro	0	223	284	380

¹⁴ Die Darunterpositionen „Sachinvestitionen“ und „sonstige Investitionen“ wurden korrigiert um den Anteil der Sachinvestitionen aus der ab 2005 erfolgenden Zuweisung an den Landesbetrieb Bau (LBB). Durch diese systematisch bedingte Korrektur erhöhen sich die Sachinvestitionen um 21 Euro/Einw., gleichzeitig verringert sich der bei den sonstigen Investitionen ausgewiesene Betrag gleichermaßen.

¹⁵ Entsprechend der am 12. Juni 2006 mit dem Bund abgestimmten Änderung sind Schuldendiensthilfen, mit Ausnahme für den Wohnungsbau, ab 2005 anrechnungsfähig auf den Nachweis.

¹⁶ Eine Bereinigung um die Fluthilfe wurde wie bereits in den Vorjahren nicht vorgenommen, da die Einnahmen und Ausgaben sich grundsätzlich ausgleichen.

¹⁷ Der Fehlbetrag 2003 ist dem Entstehungsjahr zugeordnet. Der „anteilige“ Betrag ergibt sich durch Abzug des Betrages, der außerhalb der Infrastrukturinvestitionen für (kreditfinanzierte) eigene Investitionen verausgabt wurde. Dies war im Jahr 2005 insbesondere die Kapitalzuführung an die NordLB.

¹⁸ Da im Jahr 2002 die Differenz aus eigenfinanzierten Investitionen und Neuverschuldung negativ war, wurden hier 0 Euro ausgewiesen, da die Verwendung der SOBEZ nicht negativ sein kann.

Wie aus der Darstellung ersichtlich ist, lag der Nachweis der investiven Verwendung im Jahr 2002 bei Null, da aufgrund der Überschreitung der Verfassungsgrenze mit dem Nachtrag 2002 die eigenfinanzierten Investitionen die Höhe der Neuverschuldung nicht überstiegen haben. **Bis zum Jahr 2005 konnte eine weitere Steigerung der investiven Verwendung auf nunmehr rd. 23 vH der SOBEZ erreicht werden.**

Bei der Bewertung dieses Berechnungsschema ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der Beeinflussung der investiven Verwendung durch die Höhe der Neuverschuldung bei gleichem Investitionsniveau dann eine geringe investive Verwendung der SOBEZ bescheinigt wird, wenn – z.B. aufgrund hoher „Erblasten“ oder unerwartet hoher Einnahmeeinbrüche – eine höhere Neuverschuldung notwendig wird. Dagegen bewirkt z. B. ein Anziehen der Konjunktur über verbesserte Steuereinnahmen auch eine Verbesserung des investiven Nachweises, ohne dass zusätzlich investiert wird. Die Aufbauleistung, die tatsächlich durch die SOBEZ bewirkt wird, lässt sich anhand dieser Kennziffern nicht darstellen.

IV.2 Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK)

Die Gemeinden in den neuen Ländern haben eine deutlich geringere Steuerkraft als die Gemeinden in den finanzschwachen Westflächenländern, die sich mittelbar über die Kreisumlage auch auf die Landkreise auswirkt. Es ist daher erforderlich, dass die neuen Länder überproportional hohe Zuweisungen leisten, damit die Kommunen in den neuen Ländern zunächst den Kommunen der FFW vergleichbaren Leistungen erbringen können (diese können gedanklich unterteilt werden in die Zuweisungen zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft und die „normalen“ Zuweisungen auf dem Niveau der FFW). Zusätzlich müssen die neuen Länder den Kommunen Mittel zuweisen, die über das Niveau der FFW-Länder *hinausgehen*, da ohne diese Mittel die Kommunen in den neuen Ländern nicht in der Lage sind, überproportionale Investitionen zum Schließen der Infrastrukturlücke zu tätigen. Tabelle IV.2.1 zeigt die entsprechende Zerlegung der Zuweisungen des Landes Sachsen-Anhalt an seine Kommunen.

Tabelle IV.2.1: Struktur der Zuweisungen des Landes Sachsen-Anhalt an die kommunale Ebene im Jahr 2005

in Mio. Euro

Zuweisungen des Landes Sachsen-Anhalt an die Kommunen (Gesamtbetrag 2005: ca. 2.647 Mio. Euro)		
1. Zuweisungen zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Steuerkraft rd. 589 Mio. Euro	2. Zuweisungen auf dem Niveau der Zuweisungen der finanzschwachen Westflä-chenländer an ihre Kommunen ¹⁾ rd. 1.358 Mio. Euro	3. Überproportionale Leistungen zur Finanzierung des Abbaus des Infrastrukturdefizits auf kommunaler Ebene („Aufbautransfers“) ²⁾ rd. 700 Mio. Euro

1) Unterschiedliche Aufgabenverteilungen und Standards bleiben bei dieser Betrachtung unberücksichtigt. Der Betrag wird wie folgt errechnet: Multiplikation der Zuweisungen der FFW pro Einwohner mit der Einwohnerzahl des Landes Sachsen-Anhalt. Bereinigt wurde die systematische Änderung bei der überörtlichen Sozialhilfe in Sachsen-Anhalt i. H. v. rd. 380 Mio. Euro.

2) Dieser Betrag ergibt sich als Restbetrag aus der Gesamtsumme der Zuweisungen des Landes Sachsen-Anhalt an seine Kommunen.

Da das Land aufgrund der UFK seiner Kommunen bereits Mittel aus dem Länderfinanzausgleich (LFA) einschließlich der Fehlbetrags-BEZ, erhält, wird nur die danach verbleibende „Finanzierungslücke“ aus den SOBEZ gedeckt. Mit der erhöhten Anrechnung der Steuereinnahmen der Gemeinden im Länderfinanzausgleich ab 2005 (64 vH statt vorher 50 vH) sinkt der auf die SOBEZ-Verwendung anzurechnende Betrag für die UFK entsprechend ab. Das Bundesministerium der Finanzen hat für das Jahr 2005 eine Spannweite von 10 bis 15 vH der SOBEZ als relevante Größe ermittelt (vorher 15 bis 20 vH), die im Folgenden Verwendung findet. **Daraus ergibt sich ein Betrag von 168 bis 249 Mio. Euro für die UFK, der 2005 aus den SOBEZ finanziert wurde.**

IV.3 Zusammenfassende Verwendungsrechnung der SOBEZ

Die Tabelle IV.3.1 beinhaltet die aus der Zusammenfassung der in den Abschnitten IV.1 und IV.2 ermittelten Beträge resultierende **gesamte Verwendungsrechnung**. Die Summe aus den eigenfinanzierten Investitionen sowie den zum Ausgleich der UFK erforderlichen SOBEZ wird den empfangenen SOBEZ gegenübergestellt.

Tabelle IV.3.1: Zusammenfassende Verwendungsrechnung der SOBEZ (Landes- und Kommunalebene) für das Land Sachsen-Anhalt

in Euro je Einwohner

	2002	2003	2004	2005
1. Investive Verwendung	0	88	113	153
2. Ausgleich der UFK	115	113	112	68 bis 100
3. Nachweis gesamt entsprechend neuer Abgrenzung 2005 (Summe 1. und 2.)	115	201	225	221 bis 253
4. empfangene SOBEZ ¹⁹	648	655	662	667
5. Nachweis in vH der SOBEZ	17,7	30,7	34,0	33 bis 38
<i>nachrichtlich für Vorjahre:</i>				
sonst. teilungsbedingte Sonderlasten	184	166	162	
Nachweis einschl. teilungsbedingter Lasten gesamt	299	367	387	
in vH der SOBEZ	46,1	56,0	58,5	

in Mio. Euro

	2002	2003	2004	2005
1. Investive Verwendung	0	221	284	380
2. Ausgleich der UFK	295	287	281	168 bis 249
3. Nachweis gesamt entsprechend neuer Abgrenzung 2005 (Summe 1. und 2.)	295	508	565	549 bis 629
4. empfangene SOBEZ	1.661	1.661	1.661	1.657
5. Nachweis in vH der SOBEZ	17,7	30,7	34,0	33 bis 38

Zur Bewertung von Investitionen in Abgrenzung der Haushaltssystematik hinsichtlich ihres Aufbau- oder Zukunftswertes soll hier auf den **Finanzplan 2005 bis 2009 des Bundes** (S. 49) verwiesen werden:

„Die Einordnung einer Ausgabe als Investition ist nicht unbedingt gleichbedeutend mit ihrer höheren Qualität gegenüber konsumtiven Ausgaben; die Höhe der Investitionen in absoluten Zahlen oder als Quote der Gesamtausgaben ist kein zuverlässiger Indikator hinsichtlich der Qualität der Haushaltsstruktur. Dies zeigt ein Blick auf die Bereiche Forschung und Bildung, Kinder oder Umwelt, bei denen auch viele im haushalts-

¹⁹ Seit 2005 gehen die SOBEZ absolut zurück. Der hier dargestellte Anstieg je Einwohner seit 2002 ist durch den gleichzeitig stattfindenden Einwohnerrückgang begründet.

rechtlichen Sinne „konsumtive“ Ausgaben tatsächlich „Investitionen in die Zukunft“ bedeuten.“

Im Ergebnis wurden bis zu 38 vH der empfangenen SOBEZ rechnerisch für das Jahr 2005 nachgewiesen. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt ist sich bewusst, dass der gegenwärtig geringe Stand nachgewiesener SOBEZ Ausdruck der noch zu leistenden Haushaltskonsolidierung ist. Dieser wird in den nächsten Jahren eine hohe Priorität eingeräumt. Angesichts der steigenden Bedeutung der Zukunftsinvestitionen, wie z. B. in Bildung und Wissenschaft, ist aber auch zu betonen, dass die Zuordnung zur Haushaltssystematik nicht alleinige Richtlinie der künftigen Ausgabenschwerpunkte des Landes sein kann.

Die in der Vergangenheit auf die SOBEZ anrechenbaren teilungsbedingten Sonderlasten sind ab 2005 nicht mehr aus den SOBEZ zu finanzieren, so z. B. die bereits in Abschnitt III.1.1 angesprochenen Zahlungen des Landes im Rahmen des AAÜG oder die Finanzierung der kommunalen Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen nach dem Altschuldenregelungsgesetz vom 6. März 1997, aber auch teilungsbedingte Sonderlasten für zusätzliche Aufwendungen zur Beseitigung von Altlasten und für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Gleichwohl besteht die Belastung der Haushalte der neuen Länder aus diesen Verpflichtungen unvermindert weiter. Im Jahr 2005 haben die Ausgaben allein für die Zahlungen nach dem AAÜG sowie dem Altschuldenregelungsgesetz rd. 400 Mio. Euro betragen. Diese Ausgaben schränken die Haushaltskonsolidierung entsprechend ein. Der Bund bleibt daher aufgefordert, seine Zusagen zur Entlastung der neuen Länder entsprechend umzusetzen.

V. Maßnahmen zur Schließung der Infrastrukturlücke in Sachsen-Anhalt im Berichtszeitraum

Die Darstellung zur *rechnerischen* Verwendung der SOBEZ bedarf einer **quantitativen Ergänzung hinsichtlich des Beitrages des Landes Sachsen-Anhalt zur Beseitigung der Infrastrukturlücke** im Vergleich zu den alten Ländern bzw. zu den finanzschwachen Westflächenländern. Hierzu wurde im ersten vom Land Sachsen-Anhalt vorgelegten Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ zunächst eine Bestandsaufnahme der Infrastrukturlücke in den neuen Ländern vorgenommen, wobei sich die Darstellung an dem im Zuge der Solidarpakt-II-Verhandlungen vorgelegten Gutachten orientierte. In den vergangenen Berichten wurde dokumentiert, wie die Infrastrukturinvestitionsaktivität seit 1991 in Sachsen-Anhalt auf der Ebene des Landes und seiner Kommunen zum Schließen der Infrastrukturlücke beigetragen hat. In diesem Fortschrittsbericht wird daran angeknüpft. Die Darstellung beschränkt sich daher zum Teil auf das Berichtsjahr 2004.

V.1 Zur Ausgangssituation: Höhe und Struktur der Infrastrukturlücke

Das Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)²⁰ hat folgende Bestände und Nachholbereiche bei der Infrastrukturausstattung der neuen Flächenländer (einschl. ihrer Kommunen) quantifiziert, s. Tabelle V.1.1:

Tabelle V.1.1: Pro-Kopf-Bruttoanlagevermögen der neuen Flächenländer und Sachsen-Anhalts sowie der strukturschwachen Westflächenländer in Euro je Einwohner im Jahr 1999 zu Preisen von 1991 (die „**Nachholbereiche**“ sind hervorgehoben)

	finanzschwache Flächenländer West	neue Flächenländer	Sachsen-Anhalt
1. Zentrale Verwaltung	469	529	450
2. Öffentliche Sicherheit und Ordnung	325	343	323
3. Rechtsschutz	98	100	84
4. Schulen	2.444	1.474	1.458
5. Hochschulen und sonstige Forschung	745	558	557
6. Kultur	168	369	407

²⁰ DIW (2000), *Infrastrukturausstattung und Nachholbedarf in Ostdeutschland*, Berlin 2000.

	finanzschwache Flächenländer West	neue Flächenländer	Sachsen-Anhalt
7. Soziale Sicherung	230	337	342
8. Sport und Erholung	447	393	405
9. Krankenanstalten	691	905	914
10. Wohnungswesen und Raumordnung	366	400	399
11. Landwirtschaft und Forsten	234	150	148
12. Verkehrsbereich insgesamt	4.505	2.406	2.520
- darunter Straßen	4.394	2.162	1.980
insgesamt (1. bis 12.): Kerninfrastruktur	10.718	7.963	8.008
13. Kommunale Gemeinschaftsdienste	2.720	639	652
14. Energie, Wasserwirtschaft	367	239	213
15. Wirtschaftsunternehmen	483	129	91
16. Allg. Grund-/Sondervermögen	505	253	310
insgesamt (1. bis 16)	14.782	9.224	9.274

Anmerkungen:

- 1) Die Daten sind der Tabelle 4 in DIW (2000) entnommen.
- 2) Die Angaben für Sachsen-Anhalt wurden aus den Tabellenanhängen A, B und C zum DIW-Gutachten 2000 berechnet. Bei den Hochbauten wurden die Kommunalen Gemeinschaftsdienste nicht berücksichtigt; dies entspricht der Verfahrensweise zur Tabelle 4 des DIW-Gutachtens.

Der größte Anteil des staatlichen Bruttoanlagevermögens entfällt auf den Verkehrsbereich und hier insbesondere auf den Straßenverkehr. In den neuen Ländern hatte dieser Bereich im Jahr 1999 einen Anteil von ca. 30 vH, während in den alten Ländern der Anteil bei ca. 42 vH lag. Dies ist auch der Bereich, in dem nach den Berechnungen des DIW sowohl die relativ als auch die absolut höchste Infrastrukturlücke zu verzeichnen ist. **Bedeutend ist ferner das Bildungssystem, besonders der Schulbereich,** auf den in den Westfläachenländern ca. 23 vH des Bruttoanlagevermögens, in den neuen Flächenländern hingegen lediglich ein Anteil von ca. 19 vH entfallen. **Weitere staatliche Aufgabenbereiche mit einem Infrastrukturanteil von mehr als 5 vH sind die Bereiche Hochschulen, allgemeine Verwaltung und der Krankenhausbereich.**

Eine Bewertung des weiteren Abbaus der Infrastrukturlücke in den neuen Ländern muss auch den erheblichen demografischen Veränderungen in den neuen Ländern Rechnung tragen. So ist infolge des hohen und nachhaltigen Schülerrückgangs eine Anpassung der Infra-

strukturen in diesem Bereich auf das je Einwohner gerechnete „Westniveau“ kaum sinnvoll²¹, während in anderen Bereichen, wie z.B. bei der sozialen Sicherung, den Krankenanstalten, dem Wohnungswesen, usw., der schnellere Alterungsprozess in den neuen Flächenländern möglicherweise eine höhere (Pro-Kopf-) Infrastrukturausstattung erfordert als in den alten Flächenländern.

V.2 Infrastrukturinvestitionen des Landes Sachsen-Anhalt 2005

Das Land Sachsen-Anhalt hat 2005 rd. 2.050 Mio. Euro für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen im Bereich der Infrastruktur eingesetzt. Schwerpunktmäßig wurde dabei in die nachfolgend dargestellten Bereiche investiert.

Wie bereits im Vorjahr konnte auch im Jahr 2005 **das Landesstraßennetz Sachsen-Anhalt** mit einer Gesamtlänge von 3.866 km durch Um- und Ausbauarbeiten weiter verbessert werden. Inzwischen entsprechen 52 vH des Landesstraßennetzes dem derzeitigen Standard (Vorjahr: 48 vH). Im Bereich Brückenbau sind 90 vH hinsichtlich ihrer Tragfähigkeit ohne Einschränkung nutzbar.

Zudem wurden weitere Investitionen in die **Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen im kommunalen und unternehmerischen Bereich** gefördert. So wurde zum Beispiel der Neubau der Sternbrücke in Magdeburg fertiggestellt. Ebenso konnte der Zustand der Binnenhäfen und Flugplätze in Sachsen-Anhalt verbessert werden. Weitere Investitionen erfolgten in die Eisenbahninfrastruktur des Landes Sachsen-Anhalt (z.B. Stickstoffwerke Piesteritz, Hafentunnel Halle).

Im Bereich des **Städtebaus** erfolgte die Förderung von Projekten auf der Grundlage ganzheitlicher Entwicklungskonzepte (Sanierungs-, Stadtteilentwicklungskonzepte), insbesondere von kommunalen Infrastrukturmaßnahmen. Dadurch konnte in den durch industrielle Bauweise errichteten Wohngebieten im Hinblick auf den Ausbau eine Verbesserung der kulturellen und sozialen Infrastruktur erreicht werden. Als Schwerpunkt der aktuellen Stadtentwicklung wurde der Stadtumbau gefördert. Der Programmteil „Aufwertung“ diente dabei vorrangig der Anpassung der sozialen Infrastruktur (Kindertageseinrichtungen und Schulen) sowie des Wohnumfeldes (Barrierefreiheit, ruhender Verkehr usw.) und der Stärkung der Innenstädte. Des Weiteren wurden Mittel für **Investitionsmaßnahmen in Gemeinden im ländlichen Be-**

²¹ In dem bereits mehrfach zitierten DIW-Gutachten wird als „Vergleichsmaßstab“ im Wesentlichen auf die Einwohnerzahl zurückgegriffen. In einzelnen Aufgabenbereichen, wie insbesondere dem Bildungssystem, aber auch in den Bereichen der Krankenhausversorgung usw., sind andere Vergleichsmaßstäbe (wie z.B. die Schülerzahlen) besser geeignet.

reich zur Beseitigung von Mängeln im Hinblick auf die bauliche Beschaffenheit von Gebäuden und die Erfüllung von Aufgaben (Infrastruktur) eingesetzt. Außerdem wurde die Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum in Großwohnsiedlungen, insbesondere in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf, gefördert.

Die noch bestehende Infrastrukturlücke im Bereich **der Infrastruktur der Wirtschaft** konnte mit Mitteln der vom Land, dem Bund und der EU finanzierten Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ weiter verringert werden. Der Schwerpunkt bezüglich der Verteilung der bewilligten Investitionszuschüsse lag wie in den Vorjahren bei der Revitalisierung von Industriebranchen bzw. der Erweiterung von Industrie- und Gewerbegebieten sowie der Förderung der touristischen Infrastruktur. Im Jahr 2005 wurden 36 Infrastrukturvorhaben gefördert. Das Investitionsvolumen betrug rd. 99 Mio. Euro, das Zuschussvolumen rd. 76 Mio. Euro (Vorjahr 51 Mio. Euro).

Eine wesentliche Rolle für den weiteren Aufbau Ost wird auch künftig der Förderung der wirtschaftsnahen Forschung und Entwicklung zukommen. Ziel ist dabei die Schaffung einer stabilen Innovationsbasis im Land, die Festigung ihrer Nachhaltigkeit und die Bündelung von Innovationspotentialen im Land zu Innovationsnetzwerken.

Im Dezember 2002 wurde ein optimiertes Förderprogramm für **Technologie- und Innovationsforschung** auf den Weg gebracht, das vor allem kleine und mittlere Unternehmen bei der Erschließung von Marktpotentialen unterstützt sowie die industrielle Forschung und vorwettbewerbliche Entwicklung fördert. Es ist erkennbar, dass sich mittelständische Unternehmen in Sachsen-Anhalt wieder verstärkt der Forschung im eigenen Unternehmen in Bezug auf die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren widmen. Dies gilt besonders in innovativen Branchen, wie Maschinen- und Anlagenbau/Automotive, Chemie/Neue Werkstoffe, LifeScience (Biotechnologie, Pharmazie und Medizintechnik), sowie den Querschnittsbranchen Nanotechnologie, Mikrosystemtechnologie und Informations- und Kommunikationstechnologie/Automation/Logistik. So wurden im Jahr 2005 insgesamt rd. 32 Mio. Euro in 139 Projekte investiert.

Im Bereich der **Umweltforschung** wird vor allem die Entwicklung innovativer Umwelttechnologien unterstützt. Im Jahr 2005 wurde dafür rd. 1 Mio. Euro eingesetzt.

Investitionen in **Wissenschaft und Forschung** sind ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Sachsen-Anhalt. Das Land verfügt über 7 staatliche Hochschulen, davon 2 Universitäten und eine Kunsthochschule, sowie mehrere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Alle mit sehr guten Bedingungen hinsichtlich der Ausstattung, der

Betreuungsrelation und der Möglichkeit eines schnellen und qualifizierten Abschlusses. Im Jahr 2005 wurden für die Ausstattung der Hochschulen mit Großgeräten und den Hochschulbau im Rahmen der Hochschulbauförderung (HBF) ca. 70 Mio. Euro investiert, der darin enthaltene Bundesanteil beträgt 50 vH.

Für Geräte und Bauinvestitionen in außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft (WLG), der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) und des Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle (UFZ) wurden im Jahr 2005 insgesamt rd. 10 Mio. Euro aus Landesmitteln eingesetzt. Hinzu traten jeweils noch Bundesmittel gemäß gemeinsamer Finanzierungsvereinbarung nach Art. 91b GG. Mit den Mitteln konnte z. B. die Sanierung im Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) in Gatersleben wesentlich voran gebracht werden, für das Pilotanlagezentrum für Polymersynthese (PAZ) der Fraunhofer-Gesellschaft in Schkopau wurde die Ausrüstung finanziert.

Darüber hinaus ist ein nicht unerheblicher Anteil der Gesamtförderungen des Landes an die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) in Höhe von rd. 16 Mio. Euro auch für Investitionen in Einrichtungen der MPG in Sachsen-Anhalt eingesetzt worden.

Im Bereich der **Trinkwasserversorgung und der Abwasserbeseitigung** konnten weitere Fortschritte erzielt werden. Der Anschlussgrad der Bevölkerung konnte für die öffentliche Kanalisation auf 86,8 vH und für öffentliche Kläranlagen auf 86,6 vH erhöht werden. Der weitere Ausbau der öffentlichen Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung wurde im Jahr 2005 mit fast 49 Mio. Euro gefördert. Auch in den Bereichen **Abfall/Altlasten** konnten die Standortfaktoren weiter verbessert werden. Schwerpunkt der Förderung von insgesamt 6 Mio. Euro im Jahr 2005 war die Deponiesanierung.

Die **Stärkung des Wirtschaftsfaktors „Landwirtschaft“** erfolgt im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ aus Mitteln des Landes, des Bundes und der EU. Die gegenwärtige Situation ist immer noch von Defiziten gekennzeichnet, insbesondere durch verkehrstechnische Unzulänglichkeiten und dem hohen Sanierungsbedarf in den ländlichen Gemeinden. Das Hauptanliegen der Förderung besteht daher in der Verbesserung der infrastrukturellen und baulichen Verhältnisse in Dörfern mit agrarstrukturellem Bezug. Der Schwerpunkt der ausgereichten Fördermittel lag im Jahr 2005 mit einem Anteil von 81,6 vH ähnlich wie in den Vorjahren im Bereich der kommunalen Investitionen zur Verbesserung der innerörtlichen Verkehrsverhältnisse (421 Vorhaben), zur Erhaltung und Gestaltung des dörflichen Charakters (2.000 Vorhaben) und zur Sanierung von Gewässern und zum Abbruch von Bausubstanz (29 Vorhaben).

Für die **Umsetzung des ländlichen Wegekonzeptes** in Sachsen-Anhalt wurden im Jahr 2005 rd. 14 Mio. Euro investiert. Hierdurch wurde das Straßen- und Wegenetz im ländlichen Raum unter Berücksichtigung der verschiedenen Verkehrssysteme weiter ausgebaut, so dass es den Anforderungen für die Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz bis hin zur Bewirtschaftung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke abdeckt.

Weiterhin wurden erhebliche Mittel für **wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen** zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes eingesetzt. Gefördert wurden hier im Wesentlichen der naturnahe Gewässerausbau und der Neubau und die Erweiterung von Hochwasserschutzanlagen.

Sanierungsbedarf besteht weiterhin im Bereich der **Kindertageseinrichtungen**. Im Jahr 2005 konnten 30 Einrichtungen in ihrer Substanz gesichert oder aufgrund von Bauvorhaben neu geschaffen werden.

Auch Im Bereich der Sportförderung wurde im Jahr 2005 der Nachholbedarf bei der Sanierung der vorhandenen **Sportstätten** weiter verringert. Derzeit sind noch rd. 65 vH der Sportstätten sanierungsbedürftig (Vorjahr 68 vH). Das Land Sachsen-Anhalt hat im Jahr 2005 17 Investitionsmaßnahmen in einem Umfang von rd. 6 Mio. Euro gefördert.

Mit dem im Jahr 2005 erfolgten Investitionen konnte die bestehende Infrastrukturlücke weiter verringert werden. Auch zukünftig verfolgt die Landesregierung das Ziel, die zur Verfügung stehenden Mittel gezielt in die Schwerpunktbereiche für den weiteren Aufbau der Infrastruktur zu lenken.

V.3 Beiträge zur Schließung der Infrastrukturlücke in Sachsen-Anhalt

Auf Basis der festgestellten Situation, dass in den neuen Flächenländern und damit auch in Sachsen-Anhalt, Ende des Jahres 1999 noch erhebliche, wenn auch über die öffentlichen Aufgabenbereiche höchst unterschiedliche Infrastrukturlücken vorgelegen haben, wird hier dargelegt, in welchem Umfang die Investitionstätigkeit im Land einen Beitrag zum Schließen der Infrastrukturlücke geleistet hat.

Dazu zeigt die Abbildung V.3.1 das Volumen der investiven Ausgaben für Infrastruktur auf der Ebene des konsolidierten Haushaltes des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen im Vergleich zu den FFW. Im Berichtsjahr 2005 lagen die investiven Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen in Sachsen-Anhalt bei ca. 774 Euro je Einwohner, während diese in

den finanzschwachen Westflächenländern ca. 380 Euro je Einwohner betragen. **Damit lag das gesamte Investitionsvolumen bei etwa 200 vH des FFW-Wertes. Dies belegt, dass – insbesondere auch vor dem Hintergrund des höheren Ersatzinvestitionsbedarfs in den Westflächenländern – die Schließung der Infrastrukturlücke trotz der notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen in Sachsen-Anhalt weiter vorangekommen ist.** Allerdings hat sich – nicht zuletzt infolge der angespannten Einnahmesituation in den Länder- und Kommunalhaushalten – dieser Prozess weiter verlangsamt.

Abbildung V.3.1: Investive Ausgaben für Infrastruktur in Sachsen-Anhalt (Landes- und Kommunalebene – ohne Fluthilfe) im Vergleich zu den FFW

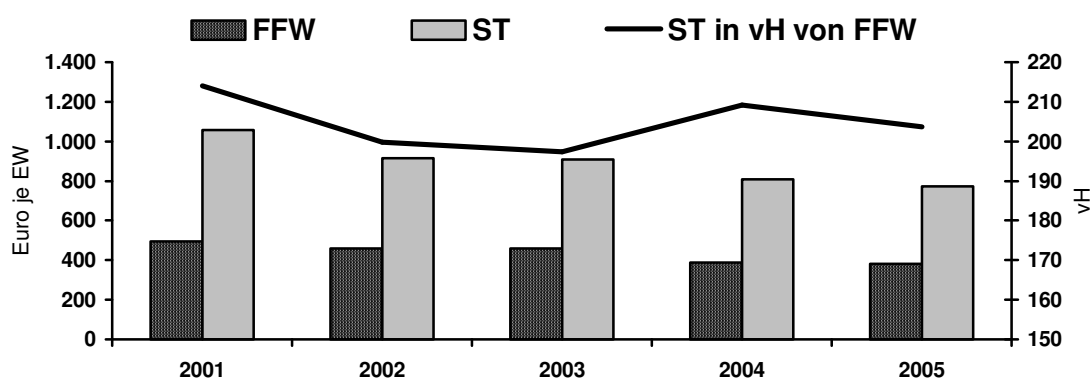
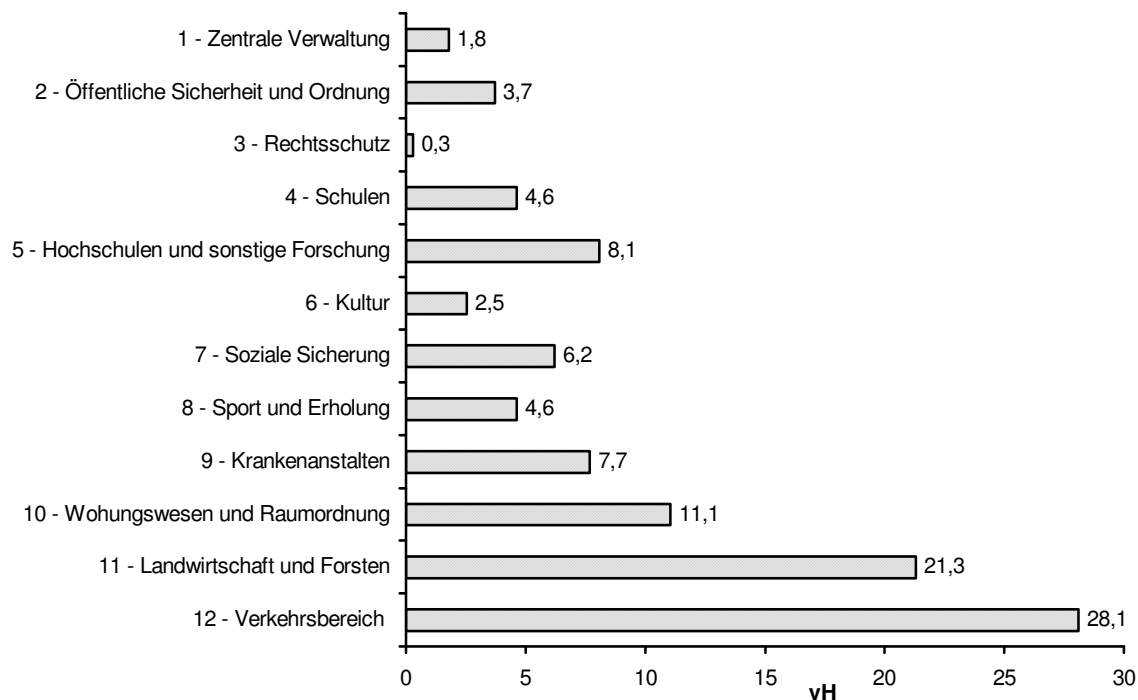


Abbildung V.3.2 zeigt die Verteilung der Infrastrukturinvestitionsausgaben im Land Sachsen-Anhalt auf die einzelnen Kerninfrastrukturbereiche im Jahr 2004²². **Ein Schließen der Infrastrukturlücke unter Beachtung der Struktur des Infrastrukturkapitalbestandes erfordert, dass öffentliche Infrastrukturinvestitionen insbesondere in jene Bereiche gelenkt werden, bei denen von einer besonders hohen Infrastrukturlücke auszugehen ist. Über 40 vH der Investitionsausgaben für die Infrastruktur entfielen auf die Bereiche Verkehr und Bildung (Schulen und Hochschulen). Diese Aufgabenbereiche haben nach den Untersuchungen des DIW die umfangreichsten Infrastrukturdefizite zu verzeichnen.** Hingegen sind in die Bereiche, in denen es nach der DIW-Untersuchung Ende des Jahres 1999 Hinweise in Richtung einer „infrastrukturellen Überausstattung“ in den neuen Ländern gab, nur geringe Anteile der Infrastrukturinvestitionen geflossen. So entfielen auf den Bereich Kultur ca. 2,5 vH und den Bereich der sozialen Sicherung nur ca. 6,2 vH der Investitionsausgaben für die Infrastruktur.

²² In Abgrenzung des Funktionenplans des Landes Sachsen-Anhalt für die Landesebene und der Gliederungsübersicht auf Gemeindeebene, für die Gemeinden liegen bislang nur die Angaben für 2004 vor.

Abbildung V.3.2: Anteil der Aufgabenbereiche an den Infrastrukturausgaben in Sachsen-Anhalt im Jahr 2004 im Bereich der Kerninfrastruktur (Landes- und Kommunalebene) in vH



Ergänzend zeigt Tabelle V.3.1 die Anteile der einzelnen Bereiche an den Bauausgaben auf Landes- und Kommunalebene. Auch hier zeigt sich, dass ein erheblicher und im Zeitverlauf sogar deutlich ansteigender Anteil der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen in den infrastrukturell noch hoch defizitären (Straßen-)Verkehrsbereich geflossen ist und auch in den Bildungsbereich – Schulen und Hochschulen – wird ein weiterhin hoher Anteil der Infrastrukturinvestitionen gelenkt. Im Schulbereich ist der gegenüber 2002 rückläufige Investitionsanteil auch ein Reflex auf die demografischen Entwicklungen (Schülerrückgang) in Sachsen-Anhalt.

Tabelle V.3.1: Anteil der Aufgabenbereiche an den Baumaßnahmen in den Jahren 2002 bis 2005 in Sachsen-Anhalt (Landes- und Kommunalebene) in vH

	2002	2003	2004	2005
Allgemeine Verwaltung	1,6	1,4	1,2	1,8
Schulen u. vorschulische Bildung	6,7	5,8	6,0	9,5
Hochschulen	6,2	4,8	2,6	3,3
Eigene Sportstätten	3,6	3,3	3,8	2,3
Städtebau sowie -planung u. ä.	13,3	15,0	16,9	18,5
Wohnungsbau/-fürsorge	0,6	0,3	0,2	0,1
Straßen	33,7	35,2	36,3	33,0
Allgemeines Grundvermö-	5,7	3,7	3,2	3,4

	2002	2003	2004	2005
gen				
Ver- und Entsorgungsbe- reiche ²³	3,9	4,3	3,5	3,6
übrige Aufgabenbereiche	24,9	26,2	26,3	24,5

Ergänzend wird in der Tabelle V.3.2 betrachtet, in welchem absoluten Umfang Sachsen-Anhalt in der aktuellen Vergangenheit Beiträge zur Schließung der Infrastrukturlücke im Vergleich zu den FFW geleistet hat. Hierzu werden die kumulierten Baumaßnahmen im Zeitraum von 2000 bis 2005 (d.h. seit dem Jahr 1999, das der Analyse des DIW zugrunde lag) in Sachsen-Anhalt mit den entsprechenden Werten in den FFW-Ländern verglichen (jeweils gerechnet in Euro je Einwohner). Zu beachten ist hierbei, dass die Investitionsstrukturen zwischen den Ländern nicht in allen Aufgabenbereichen vergleichbar sind, da hauptsächlich im Bereich der „kommunalen Gemeinschaftsdienste“ Aufgaben auf Zweckverbände und insbesondere öffentliche Unternehmen (teilweise sogar private Unternehmen) verlagert wurden.

Tabelle V.3.2: Kumulierte Bauinvestitionen nach Aufgabenbereichen in den Jahren 2000 bis 2005 in Sachsen-Anhalt und den FFW (Landes- und Kommunalebene)

in Euro je Einwohner

	ST	FFW	ST in vH von FFW
Allgemeine Verwaltung	33	29	113,8
Schulen u. vorschulische Bildung	177	218	81,2
Hochschulen	124	67	185,1
Eigene Sportstätten	82	29	282,8
Städtebau sowie -planung u. ä.	334	52	642,3
Wohnungsbau/-fürsorge	10	4	250,0
Straßen	753	416	181,0
Allgemeines Grundvermögen	102	28	364,3
Ver- und Entsorgung	88	122	72,1
sonstige Aufgabenbereiche	601	337	178,3
insgesamt	2.304	1.302	177,0

Auch die Angaben in der Tabelle V.3.2 belegen, dass gerade in den Bereichen mit hohen Infrastrukturdefiziten die Investitionsausgaben (Baumaßnahmen) deutlich höher liegen als in den Vergleichsländern:

²³ Zusammenfassung von Abwasser- und Abfallbeseitigung, Energie- und Wasserwirtschaft, Versorgungs- und Verkehrsunternehmen.

So verzeichnet der **Straßenbau** in Sachsen-Anhalt im Zeitraum von 2000 bis 2005 die höchsten Investitionen aller Aufgabenbereiche. Es wurden in Sachsen-Anhalt 753 Euro je Einwohner investiert, während in den FFW das Volumen bei lediglich ca. 416 Euro je Einwohner lag.

→ + **81 vH gegenüber FFW**

Im **Hochschulbereich** ist ebenfalls ein erhöhtes Investitionsvolumen im Land Sachsen-Anhalt deutlich sichtbar. Während in Sachsen-Anhalt Investitionen in Höhe von ca. 124 Euro je Einwohner getätigt wurden, lag das Investitionsvolumen in den finanzschwachen Westflä-chenländern bei ca. 67 Euro je Einwohner.

→ + **85 vH gegenüber FFW**

Auch der **Bereich Städtebau/-planung** gehörte nach den DIW-Ergebnissen zu den Bereichen mit markanten Infrastrukturdefiziten. In diesen Bereich sind im Zeitraum von 2000 bis 2005 Bauinvestitionen in Höhe von 334 Euro je Einwohner geflossen, in den FFW waren dies nur rd. 52 Euro je Einwohner.

→ + **542 vH gegenüber FFW**

Insgesamt dokumentieren die vorgelegten Indikatoren, dass Sachsen-Anhalt in den vergangenen Jahren deutlich höhere Infrastrukturinvestitionen getätigt hat als die FFW. Außerdem ist zu erkennen, dass diese Mittel schwerpunktmäßig in die Bereiche geflossen sind, bei denen von immer noch deutlichen Infrastrukturlücken auszugehen ist. Dies impliziert weitere Fortschritte beim Aufbau Ost, die unabhängig von der SOBEZ-Verwendungsrechnung allein aufgrund des hohen Investitionsniveaus in allen neuen Ländern erreicht wurden.

VI. Leistungen des Bundes an das Land Sachsen-Anhalt

Der Bund unterstützt die neuen Länder nicht nur durch die Gewährung von Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen, sondern auch durch überproportionale Leistungen in anderen Bereichen, wie z.B. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 a und b GG sowie den Finanzhilfen nach Art. 104 a Abs. 4 GG. Im Rahmen des Solidarpaket I wurden diese Leistungen weder inhaltlich noch volumenmäßig quantifiziert. Der Solidarpaket II dagegen sieht hierzu explizit den „Korb II“ vor, für den der Bund ein über die SOBEZ hinausgehendes Volumen von bis zu weiteren ca. 51 Mrd. Euro – was 50 vH der SOBEZ-Zahlungen entspricht - für den Zeitraum von 2005 bis 2019 zugesagt hat. Allerdings ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Frage der exakten Höhe sowie der zeitlichen und inhaltlichen Struktur der Zahlungen noch immer nicht geklärt. Im Zuge der parlamentarischen Debatte um das Maßstäbengesetz und die Fortführung des Solidarpaketes wurde am 4. Juli 2001 mit großer Mehrheit eine Entschließung des Bundestages²⁴ verabschiedet, in der zum Korb II festgehalten wurde

„Das Finanzvolumen des Korbes II (im Vergleich zu den westdeutschen Ländern überproportionale Leistungen des Bundes u.a. für Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen – ohne IfG – , EU-Strukturfondsmittel, Investitionszulage) beträgt derzeit über 10 Mrd. DM jährlich.“

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, in welchem Umfang der Bund derzeit solche „überproportionalen“ Leistungen an die neuen Länder erbringt und wie sich diese Leistungen im Zeitablauf entwickeln. Hierzu wird auch der Bund erstmals 2006 für das Jahr 2005 berichten.

Überproportionale Leistungen des Bundes an das Land Sachsen-Anhalt (außerhalb der SOBEZ)

Im Folgenden werden die Leistungen des Bundes in ihrer Struktur weiter differenziert, um die Frage zu beantworten, in welchem Umfang das Land Sachsen-Anhalt neben den SOBEZ überproportionale Leistungen des Bundes im Rahmen anderer Programme zur Förderung des „Aufbaus Ost“ bezieht. Die Angaben basieren wie in den Vorjahren auf den Erhebungen der Zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister (ZDL) zu den „Zahlungen des Bundes an die Länder“.

²⁴ Vgl. BT-Drs. 14/ 6577.

Nach der zugrunde gelegten Konzeption lassen sich 2005 die folgenden überproportionalen investiven Zahlungen des Bundes an die neuen Länder und das Land Sachsen-Anhalt ermitteln, s. Tabelle VI.1:

Tabelle VI.1: Investive Zuweisungen des Bundes an das Land Sachsen-Anhalt, die neuen Länder und Berlin insgesamt sowie die alten Länder (einschließlich Bremen und Hamburg) im Jahr 2005 in Euro je Einwohner

	Sachsen-Anhalt	neue Länder und Berlin	alte Länder (einschl. Hamburg und Bremen)
1. Investive Bundesleistungen gesamt:	140	135	55
davon:			
2. Art. 91a GG	68	59	20
GA Hochschulbau	13	12	11
GA Wirtschaft ¹⁾	44	35	2
GA Agrarstruktur/ Küstenschutz	11	12	7
3. Art. 91b GG	2	5	4
Bildungsplanung sowie Hochschul- und Forschungsförderung (investive Zahlungen) ²⁾	2	5	4
4. Art. 104a Abs. 4 GG	70	71	31
Förderung des Städtebaus	22	20	2
Wohnungsbauförderung	22	18	3
Gemeindeverkehrsfinanzierung	21	23	18
Pflegeeinrichtungen	0	0	1
Ganztagschulenprogramm	5	10	7

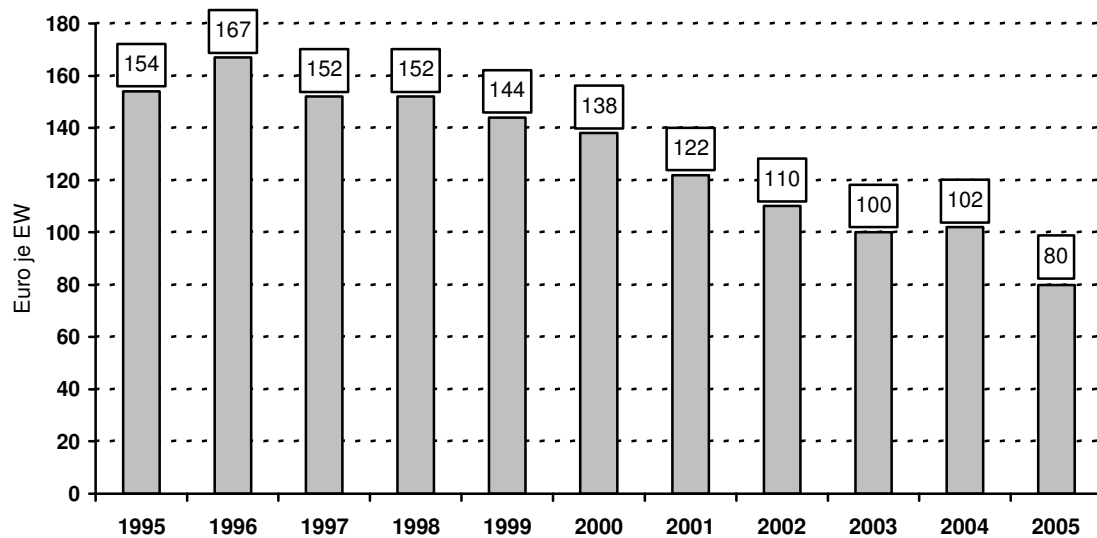
1) ohne EFRE-Bundesanteil

2) einschließlich Einrichtungen der „Blauen Liste“ (WGL) und HGF-Zentren

Die überproportionalen investiven Zuweisungen des Bundes an die neuen Länder insgesamt seit 1995 zeigt Abbildung VI.1. Seit 1996 ist ein stetiger Rückgang zu verzeichnen²⁵. Der deutliche Rückgang in 2005 beruht zum einem auf dem Auslaufen der Förderung von Investitionen in Pflegeeinrichtungen in den neuen Ländern (-17 Euro/Einwohner) und zum anderen auf der weiteren Rückführung der investiven Zuweisung vom Bund.

²⁵ Der leichte Anstieg im Jahr 2004 war auf den Einwohner-Rückgang in den neuen Ländern zurückzuführen.

Abbildung VI.1: Überproportionale investive Zuweisungen des Bundes an die neuen Länder und Berlin in Euro je Einwohner



Die **überproportionalen investiven Leistungen an das Land Sachsen-Anhalt** werden für das Jahr 2005 in Tabelle VI.2 dargestellt.

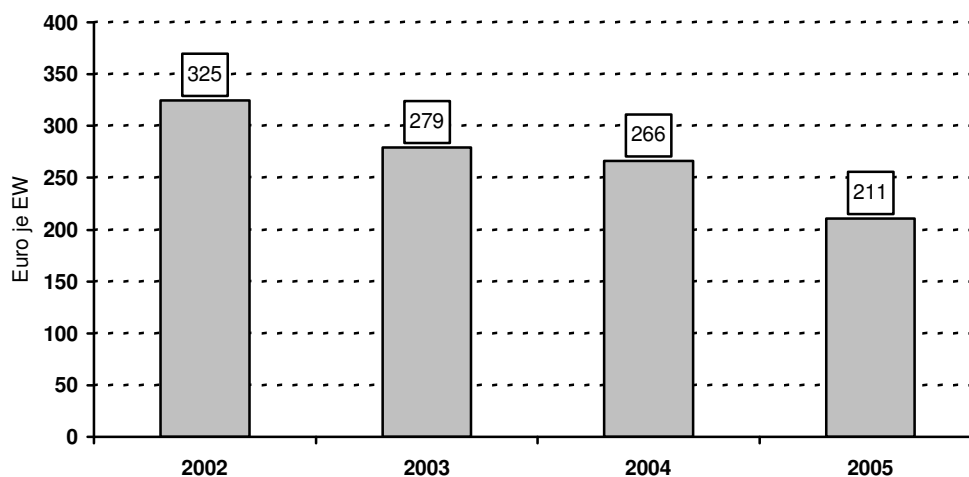
Tabelle VI.2: Überproportionale investive Leistungen des Bundes an das Land Sachsen-Anhalt im Jahr 2005

in Euro je Einwohner

1. Investive Bundesleistungen gesamt:	85
davon:	
2. Art. 91a GG	48
GA Hochschulbau	2
GA Wirtschaft	42
GA Agrarstruktur/ Küstenschutz	4
3. Art. 91b GG	-2
Bildungsplanung sowie Hochschul- und Forschungsförderung (investive Zahlungen)	-2
4. Art. 104a Abs. 4 GG	39
Förderung des Städtebaus	20
Wohnungsbauförderung	19
Gemeindeverkehrsfinanzierung	3
Pflegeeinrichtungen	-1
Ganztagsschulenprogramm	-2
nachr.: Überproportionale investive Leistungen in Mio. Euro	211

Nach den Ergebnissen in der Tabelle VI.2. betrug das Gesamtvolumen der überproportionalen aufbaurelevanten Leistungen des Bundes an das Land Sachsen-Anhalt im Jahr 2005 rd. 211 Mio. Euro im Vergleich zum Durchschnitt der alten Länder. Die Entwicklung seit 2002 ist in Abbildung VI.2 dargestellt. **Gegenüber dem Jahr des ersten Fortschrittsberichts ist ein Rückgang um etwa ein Drittel zu verzeichnen.**

Abbildung VI.2: Überproportionale investive Zuweisungen des Bundes an das Land Sachsen-Anhalt seit 2002 in Euro je Einwohner



Die derzeitigen überproportionalen investiven Leistungen entsprechen ca. 13 vH der vom Land Sachsen-Anhalt vereinnahmten SOBEZ.

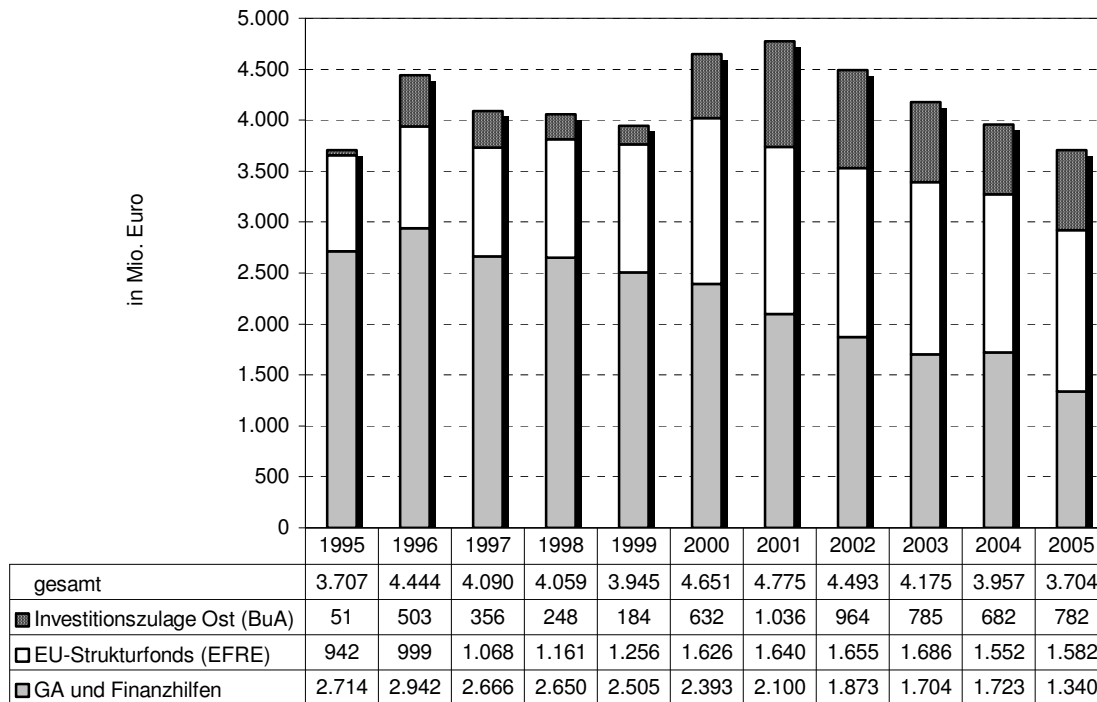
Leistungen im Korb II gesamt (neue Länder und Berlin)

Tabelle VI.3 zeigt die Zusammenfassung mit den übrigen Komponenten des Korbes II. Dabei bestehen diese Leistungen ausschließlich aus Zuweisungen des Bundes an die Länderhaushalte und dem Bundesanteil an der Investitionszulage. Daher sind folgende Beträge für 2005 dem Korb II zuzuordnen:

Tabelle VI.3: „Korb II“ im Jahr 2005 (neue Länder und Berlin)

überproportionale investive Zuweisungen	1.340 Mio. Euro
Zuweisungen aus dem EFRE	1.582 Mio. Euro
Bundesanteil an der Investitionszulage Ost	782 Mio. Euro
insgesamt:	3.704 Mio. Euro

Abbildung VI.3: Struktur und Entwicklung des "Korb II" von 1995 bis 2005 - neue Länder und Berlin



Wie aus Abbildung VI.3. deutlich wird, ist das Volumen des Korbs II seit mehreren Jahren rückläufig. Gegenüber dem Jahr 2001 als dem Jahr, in dem der Solidarpakt II geschlossen wurde, ist ein Rückgang um über 20 vH, das entspricht über 1 Mrd. Euro, zu verzeichnen. Verbunden mit dem voraussichtlichen Auslaufen der Investitionszulage im Jahr 2009 und den zu erwartenden langfristig rückläufigen EU-Zuweisungen entsteht hier zunehmend Handlungsbedarf für die Bundesregierung. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der rückläufigen Mittel aus dem Korb I und damit der Abnahme notwendiger Kofinanzierungsmittel des Landes, um die auf den Weg gebrachte Konsolidierung des Landeshaushaltes nicht zu gefährden.

Der Rückgang der genannten Bundesmittel in den vergangenen Jahren hat mit zur Verlangsamung des wirtschaftlichen Konvergenzprozesses in den neuen Ländern beigetragen. Damit wird deutlich, dass der Bund mittelfristig erheblich mehr Leistungen für die neuen Länder – und damit auch für das Land Sachsen-Anhalt – erbringen muss, um damit seinen zugesagten Beitrag zur weiteren Schließung der Infrastrukturlücke in den neuen Ländern zu leisten.

VII. Ausblick

Ein Blick auf die letzten Jahre zeigt, dass sich bei der wirtschaftlichen Entwicklung viel getan hat. Sachsen-Anhalt ist inzwischen ein Land mit hoher Dynamik. Die neue Landesregierung ist sich bewusst, dass die Ausgangslage 2005 trotz vieler bereits erfolgter Weichenstellungen enorme Herausforderungen für die nächsten Jahre bereit hält. Die besondere Ausgangslage gerade in Sachsen-Anhalt, die nach der Wende gekennzeichnet war vom Zusammenbruch der Monostrukturen in der chemischen Industrie, im Maschinenbau und Bergbau und dem damit verbundenen dem Verlust hunderttausender Industriearbeitsplätze, konnte bisher nicht ausreichend kompensiert werden. Dies ist die wesentliche Ursache für die weiterhin unbefriedigend hohe Arbeitslosigkeit, die fast doppelt so hoch ist wie in Westdeutschland. Mit der oftmals notwendigen Zweitprivatisierung von Unternehmen waren hohe finanzielle Belastungen für das Land verbunden, die so von keinem anderen neuen Bundesland zu schultern waren. In den vergangenen fünfzehn Jahren hat es aber auch politische Gründe gegeben, warum in Sachsen-Anhalt die Konsolidierung des Landeshaushaltes noch nicht in dem Maße erreicht wurde, wie es wünschenswert gewesen wäre.

Der Erfolg der weiteren Konsolidierungsanstrengungen ist nicht zuletzt abhängig von Entwicklungen, die nur zum Teil vom Land beeinflussbar sind. Hierzu zählen unter anderem die Entwicklung der Steuereinnahmen, der Konjunktur und der Geldpolitik. Aktuell stellt das steigende Zinsniveau eine Belastung für die Konsolidierungsbemühungen des Landes dar.

Für die neue Legislaturperiode hat sich die Landesregierung viel vorgenommen: Oberste Priorität hat die Rückführung der Neuverschuldung auf Null bis zum Jahr 2010. Damit wird der langfristige Trend der Zinsausgaben gestoppt und wieder mehr Spielraum für künftige finanzpolitische Entscheidungen eröffnet. Damit verbunden wird eine sukzessive Verbesserung des Nachweises der Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen sein, der nur auf diesem Wege erreicht werden kann. Eine Erhöhung des derzeitigen Investitionsniveaus, das in Sachsen-Anhalt wie in allen neuen Ländern etwa doppelt so hoch ist wie in den Vergleichsländern West, ist langfristig aufgrund der Einnahmeentwicklung weder möglich noch sinnvoll. Wichtig ist hier ein gezielter Einsatz der verfügbaren Mittel dort, wo die stärkste Wirkung für Wachstum und Zukunft zu erwarten ist. Die Orientierung am haushaltsrechtlichen Investitionsbegriff kann und wird daher nicht alleiniger Maßstab künftigen Handelns sein. Solange ein vollständiger Mittelnachweis in der vereinbarten Abgrenzung nicht erreicht werden kann, wird sich Sachsen-Anhalt auch weiter der Diskussion über angebliche „Mittelverschwendung“ in den neuen Ländern stellen. Klar ist, dass der gegenwärtige Grad des Mittelnachweises nicht zufriedenstellend ist. Klar ist aber auch, dass die zur Erhöhung

des Nachweises notwendige Haushaltskonsolidierung nicht von heute auf morgen erfolgen kann, wie es auch in den alten Ländern oder beim Bund sichtbar ist.

Um das gesteckte Konsolidierungsziel zu erreichen, wird die Landesregierung mit der Haushaltsaufstellung 2008/2009 in eine umfassende strategische Diskussion hinsichtlich der künftig notwendigen und finanzierbaren Struktur des Haushaltes eintreten, die in Bezug auf die vorhandenen Konsolidierungspotenziale beim Land und den Kommunen von wissenschaftlicher Seite begleitet werden soll. Mit dem Nachtragshaushalt 2006, dem Haushaltsplanentwurf 2007 und der Mittelfristigen Finanzplanung 2006 bis 2010 wurde hierzu der Auftakt geleistet. Gleichwohl wurde mit dem Haushalt 2007 bereits eine Reduzierung der Neuverschuldung gegenüber 2005 um fast die Hälfte erreicht. Dies zeigt, wie ernst es der neuen Landesregierung mit den gesteckten Zielen ist. In den kommenden Monaten werden eine umfassende Diskussion und Bewertung aller Politikfelder und ein neues Personalentwicklungskonzept die Grundlagen für die weitere Konsolidierung schaffen. Hierbei tragen auch die Anstrengungen der vergangenen Legislaturperioden, insbesondere der bereits umgesetzte Personalabbau und weitere personalausgabenreduzierende Maßnahmen erste spürbare Wirkungen. In den nächsten zehn Jahren wird die Orientierung auf den Durchschnitt der alten Flächenländer Maßstab für den weiteren Abbau von Personalüberhängen sein. Angesichts steigender Versorgungslasten soll damit zumindest eine Deckelung der bestehenden Personalausgaben erreicht werden, was wegen der noch ausstehenden vollständigen Angleichung des Tarifniveaus an das Westniveau eine gewaltige Anstrengung bedeutet. Außerdem ist vorgesehen, zur Bewältigung der ansteigenden Versorgungslasten für neu einzustellende Beamte einen Pensionsfonds einzurichten, in dem bereits während der Zeit des aktiven Dienstes Mittel für die Pensionszeit angespart werden können.

Die kurz- und mittelfristige Umsetzung der Gebiets- und Funktionalreform für die Gemeinden und Landkreise, die Umstellung derzeit überproportionaler EU-Fördermittel auf revolving Fonds zur Sicherung einer langfristigen Förderung und die konsequente Anpassung einwohnerabhängiger Ausgaben an die zurückgehende Bevölkerungszahl sowie die Fortsetzung der Verwaltungsreform in dieser Legislaturperiode werden weitere Beiträge zum Gelingen der Haushaltskonsolidierung leisten.

Mit dem Haushaltsplanentwurf 2008/2009 und der Mittelfristigen Finanzplanung 2007 bis 2011 wird die Landesregierung schon einen guten Teil der geplanten Maßnahmen präzisieren können. Eine kritische Bewertung und Fortführung erfolgt in den folgenden Jahren. **Die Landesregierung ist zuversichtlich, dass mit den Fortschritten der weiteren Konsolidierung auch die in der Vergangenheit oft einseitig geführte Diskussion um die Verwendung der Solidarpaktmittel beendet werden kann und die in Sachsen-Anhalt wie in**

allen neuen Ländern tatsächlich zu verzeichnenden Fortschritte beim Aufbau Ost stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt werden. Dies wird zu einem entscheidenden Teil den Solidarpaktmitteln zu verdanken sein, die auch in den nächsten Jahren verantwortungsbewusst und zukunftsorientiert eingesetzt werden.